



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Ungleichheit – eine politische Entscheidung?

Der Einfluss der Wohlfahrtsstaaten auf die Ungleichverteilung
der Einkommen gezeigt an den Beispielen
Großbritannien und Dänemark“

Verfasserin

Mag. Daniela Widhalm

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuer:

emer. O. Univ.-Prof. Dr. Peter Gerlich

Werden Personenbezeichnungen aus Gründen der besseren Lesbarkeit lediglich in der männlichen oder weiblichen Form verwendet, so schließt dies das jeweils andere Geschlecht mit ein.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1. Problemstellung	1
1.2. Forschungsfragen und Zielsetzung.....	3
1.3. Methodik und Aufbau	5
2. Ungleichheit	7
2.1. Entwicklungsverlauf von Ungleichheit.....	7
2.2. Gründe für die wachsende Ungleichheit.....	8
2.3. Relevanz von Ungleichheit für verschiedene Bereiche.....	9
2.3.1. Auswirkungen auf Wirtschaft und Wachstum	9
2.3.2. Auswirkungen auf Entwicklung	9
2.3.3. Politische Auswirkungen	10
2.3.4. Gesellschaftliche Auswirkungen.....	11
2.4. Welcher Grad an Ungleichheit ist realisierbar?	12
2.5. Dimensionen der Ungleichheit.....	13
2.6. Methoden zur Messung von Einkommensungleichverteilung	14
2.6.1. Lorenz Kurve.....	14
2.6.2. Gini-Koeffizient.....	15
2.6.3. Robin Hood Index.....	16
2.6.4. Ratios.....	16
2.6.5. Fazit	16
3. Begriff und Wirkungen des Wohlfahrtsstaates	17
3.1. Entstehung und Definition	17
3.2. Handlungsfelder des Wohlfahrtsstaates.....	19
3.2.1. Arbeit.....	19
3.2.2. Alter	20
3.2.3. Familie	21
3.2.4. Gesundheit	21
3.2.5. Mindestsicherung.....	22
3.3. Wirkungen der Wohlfahrtsstaaten	22
3.3.1. Problemverursachende Wirkungen	23
3.3.2. Problemlösende bzw. –mildernde Wirkungen.....	24
4. Theoretische Fundierung	25

4.1.	Vergleichende Politikwissenschaft	25
4.2.	Vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung	26
4.2.1.	Möglichkeiten und Herausforderungen der Vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung	27
4.2.2.	Typologien von Wohlfahrtsstaaten	28
4.2.2.1.	Typologien nach Titmuss	29
4.2.2.2.	Typologien nach Esping-Andersen	30
4.2.2.3.	Typologien nach Leibfried	34
4.2.2.4.	Typologien nach Ferrera	35
4.2.2.5.	Typologien nach Bonoli	35
4.2.2.6.	Überblick der Typologien	36
4.2.2.7.	Begründung der Wahl der verwendeten Typologie	37
5.	Der Effekt der Wohlfahrtsstaaten auf die Ungleichverteilung der Einkommen	39
5.1.	Allgemeine distributive Wirkung von Wohlfahrtsstaaten	39
5.2.	Arten der Umverteilung in Wohlfahrtsstaaten	41
5.3.	Hypothesenbildung und Studien über Umverteilungswirkung von Wohlfahrtsstaaten	42
5.3.1.	Dekommodifizierung	43
5.3.2.	Residualismus	47
5.3.3.	Privatisierung	52
5.3.4.	Vollbeschäftigungsgarantie	54
5.3.5.	Korporatismus / Etatismus	56
5.3.6.	Umverteilungskapazität	59
5.3.7.	Zusammenfassung der Hypothesen	63
6.	Länderanalyse	65
6.1.	Der Wohlfahrtsstaat und Ungleichheit in Dänemark	65
6.1.1.	Ungleichheit in Dänemark	65
6.1.2.	Entwicklung des dänischen Wohlfahrtsstaates	67
6.2.	Der Wohlfahrtsstaat und Ungleichheit in Großbritannien	71
6.2.1.	Ungleichheit in Großbritannien	71
6.2.2.	Entwicklung des britischen Wohlfahrtsstaates	72
6.3.	Verknüpfung Ländervergleich und bestätigte Zusammenhänge	75
6.3.1.	Dekommodifizierung	75
6.3.2.	Residualismus	79
6.3.3.	Privatisierung	81
6.3.4.	Vollbeschäftigungsgarantie	82

6.3.5.	Korporatismus / Etatismus	84
6.3.6.	Umverteilungskapazität	86
6.3.7.	Zusammenfassende Überlegungen des Ländervergleiches.....	88
7.	Zusammenfassung und Conclusio	91
8.	Quellenverzeichnis	97
9.	Anhang.....	105
	Anhang I: Überblick wohlfahrtsstaatlicher Handlungsbereiche in Dänemark.....	105
	Anhang II: Öffentliche und Private Sozialausgaben nach Bereichen Dänemark 1990-2007 in Prozent des BIP	107
	Anhang III: Werte der Gini-Koeffizienten Dänemarks.....	107
	Anhang IV: Überblick wohlfahrtsstaatlicher Handlungsbereiche in Großbritannien	108
	Anhang V: Öffentliche und Private Sozialausgaben nach Bereichen Großbritannien 1980-2007 in Prozent des BIP	110
	Anhang VI: Werte der Gini-Koeffizienten Großbritanniens	110
	Anhang VII: Die Autorin.....	111
10.	Abstract.....	113

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: „States of combustibility“	2
Abbildung 2: Veränderungen der Einkommensungleichheit in OECD-Ländern (Gini-Koeffizienten Mitte der 1980er Jahre und späte 2000er Jahre).....	3
Abbildung 3: Methodik und Aufbau zur Beantwortung der Forschungsfragen.....	6
Abbildung 4: HDI und an Ungleichheit angepasster HDI (IHDI) für ausgewählte Länder	10
Abbildung 6: Dimensionen der Ungleichheit	14
Abbildung 7: Lorenz Kurve	15
Abbildung 8: Determinanten der Kategorie Residualismus	32
Abbildung 9: Vorgehensweise der meisten Studien zur Beurteilung des Zusammenhanges zwischen Wohlfahrtsstaat und Ungleichverteilung	43
Abbildung 10: Zusammenhang zwischen der relativen Höhe des umverteilten Budgets und der Änderung des Gini-Koeffizienten (Umverteilungswirkung)	45
Abbildung 11: Zusammenhang zwischen öffentlichen und privaten Sozialausgaben (Prozent des BIP) und Gini-Koeffizienten.....	53
Abbildung 12: Gini-Index bei Betrachtung der Markteinkommen und der verfügbaren Einkommen (Werte in %).....	60
Abbildung 13: Einkommensungleichheit gemessen durch den Gini-Koeffizienten des verfügbaren Haushaltseinkommens zwischen 1985 und 2008 in Dänemark.....	66
Abbildung 14: Einkommensungleichheit gemessen durch den Gini-Koeffizienten des verfügbaren Haushaltseinkommens zwischen 1975 und 2008 in Großbritannien.....	71
Abbildung 15: Nettoersatzraten der Arbeitslosenunterstützung	77
Abbildung 16: Nettoersatzrate des Mutterschaftsgeldes und der gesamten Familienunterstützungsleistungen in Prozent während der Zeit des Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaubes, 2008.....	79
Abbildung 17: öffentliche Sozialausgaben für bedarfsgeprüfte Leistungen (in Prozent der gesamten öffentlichen Sozialausgaben)	80
Abbildung 18: : Gini-Index bei Betrachtung der Markteinkommen und der verfügbaren Einkommen in GB und DK (Werte in %)	87
Abbildung 19: Progressionsgrad des Steuersystems ausgewählter Staaten.....	87

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Indikatoren zur Einteilung der Wohlfahrtsstaaten nach Esping-Andersen	31
Tabelle 2: Darstellung der Drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus nach Esping-Andersen (1989). 34	
Tabelle 3: Übersicht über Typologien von Wohlfahrtsstaaten	36
Tabelle 4: Institutionen der sozialen Sicherung nach Korpi / Palme (1998)	49
Tabelle 5: Arten von Altersrentensystemen	52
Tabelle 6: staatliche Verteilung der Markteinkommen, Kapitaleinkommen und der Steuern und Transfers.....	61
Tabelle 7: Zusammenfassung der Hypothesen	64
Tabelle 8: Öffentliche Sozialausgaben in Dänemark und Großbritannien 1990-2005 in Prozent des BIP	76
Tabelle 9: Nettoersatzraten des dänischen Rentensystems.....	78
Tabelle 10: Öffentliche und private Sozialausgaben in DK und GB in Prozent des BIP 1990-2005	82
Tabelle 11: Ausgaben für Aktive Arbeitsmarktpolitik in Dänemark und Großbritannien 1990-2007 in Prozent des BIP	83
Tabelle 12: Gewerkschaftlicher Organisationsgrad in Dänemark und Großbritannien.....	85

Abkürzungsverzeichnis

ALMP	Aktive Arbeitsmarktpolitik (Active Labor Market Programs)
ATP	dänische Arbeitsmarktzusatzrente (Arbejdsmarkedets Tillaegspension)
bzw.	beziehungsweise
DK	Dänemark
DKK	Dänische Krone
EU	Europäische Union
EUR	Euro
GB	Großbritannien
GPB	Britische Pfund
JSA	Job Seekers Allowance
PLMP	Passive Arbeitsmarktpolitik (Passive Labor Market Programs)
SV	Sozialversicherung
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
v.a.	vor allem
vgl.	vergleiche
z.B.	zum Beispiel

1. EINLEITUNG

1.1. Problemstellung

Materieller Erfolg auf der einen Seite und soziales Versagen auf der anderen sind charakterisierend für viele Gesellschaften in reichen Ländern. Die besonders zur Unterstützung des Neoliberalismus geltende Prämisse, dass Wirtschaftswachstum und Wohlstand als Antrieb für mehr Lebensqualität wirken, erscheint angesichts der sozialen Spannungen in vielen entwickelten Nationen als veraltet. Das Ausmaß der Einkommensunterschiede innerhalb eines Landes stellt einen starken Einflussfaktor auf die sozialen Beziehungen und das Wohlergehen der Bevölkerung in einer Gesellschaft dar.¹ Wallich (1972) drückte den Zusammenhang zwischen Wachstum und Einkommensungleichheit treffend aus:

„Wachstum ist eine Ersatzdroge für Einkommensungleichheit. So lange es Wachstum gibt, gibt es auch Hoffnung, nur das macht große Einkommensunterschiede erträglich.“²

Die „Ersatzdroge“ Wirtschaftswachstum in entwickelten Gesellschaften erschöpft sich immer mehr und erhöht die Wahrscheinlichkeit gesellschaftlicher Spannungen. Abbildung 1 zeigt, dass ein hohes Risiko politischer Unruhen in vielen Staaten weit verbreitet ist. Dabei gehen nicht nur Einkommensverringierungen mit politischer Instabilität einher, sondern unter anderem auch das Ausmaß der Einkommensungleichheit und die Rolle der sozialen Fürsorge. Nicht nur ärmere Länder, wie Subsahara-Afrika oder osteuropäische Staaten, sind von diesem Risiko betroffen, auch Frankreich, Großbritannien oder Island sind relativ hoch eingestuft.³

¹ vgl. Wilkinson / Pickett (2009): 18f.

² Wallich (1972) zitiert in Wilkinson / Pickett (2009): 253.

³ vgl. The Economist (2009)

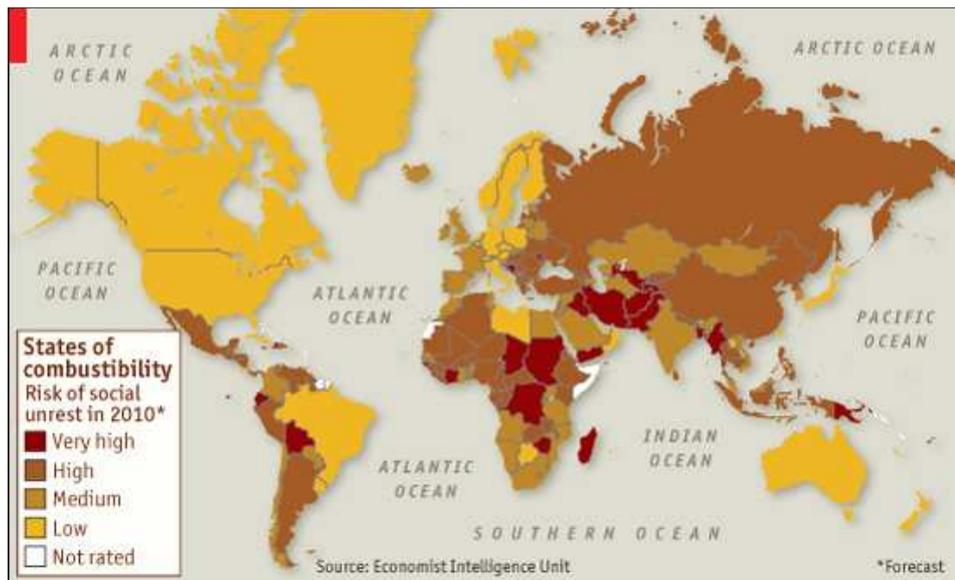


Abbildung 1: „States of combustibility“⁴

Dadurch entsteht vor allem in Zeiten wirtschaftlichen Abschwunges, die Forderung einer egalitären Einkommensverteilung, um eine Verbesserung des mentalen und sozialen Wohlbefindens der Gesellschaft zu erreichen. Die Epidemiologen Wilkinson und Pickett (2009) belegen, dass sich Wirtschaftswachstum in entwickelten Gesellschaften durch einen abnehmenden Grenznutzen charakterisieren lässt. Sie stellen Lebenserwartung und Wohlbefinden in Relation zum Pro-Kopf-Einkommen und führen vor Augen, dass sich die Steigerung des Lebensstandards in entwickelten Staaten in abnehmender Form auf diese Indikatoren auswirkt.

Um gegebene oder gar steigende Einkommensunterschiede in Gesellschaften hinzunehmen, wird manchmal argumentiert, dass die Einkommensungleichheit steigt, wenn sich Nationen verstärkt industrialisieren, um an einem Punkt ihr Maximum zu erreichen und darauffolgend wieder zu sinken, was durch ein verkehrtes U, die Kuznets' Kurve (1955), zum Ausdruck kommt. Die Kuznets' Kurve erlangte über Jahrzehnte eine hohe Aufmerksamkeit auf dem Gebiet der Forschungen über Einkommensverteilung.⁵ Die Entwicklungen der Einkommensdistribution in Großbritannien, USA, Japan und Schweden widerlegen aber die Aussagen der Kuznets' Kurve. Borschier (2010) sieht ebenfalls keinen Zusammenhang zwischen Entwicklungsstand und Ungleichheit in den von ihm beobachteten Nationen sondern macht stattdessen auf den „Great U-Turn“ aufmerksam, der sich auf das Ansteigen der Ungleichheit in den Ländern der hoch entwickelten Welt bezieht.⁶ Dadurch verliert das oftmals in der Wohlfahrtsstaatskritik angewendete Argument, dass ökonomische Kräfte gegenüber den politischen im Zeitalter der Globalisierung vorrangig seien, an Gewicht, während

⁴ The Economist (2009)

⁵ vgl. Kuznets (1955): 7ff.

⁶ vgl. Borschier (2010): 137, 139.

eine erhöhte Orientierung der Politik an der Bekämpfung der Einkommensungleichverteilung zentral wird.⁷

Abbildung 2 veranschaulicht die Veränderung der Ungleichheit der Einkommen in OECD-Ländern seit den 1980er Jahren. Es wird ersichtlich, dass der Großteil der Staaten eine Erhöhung des Gini-Koeffizienten, d.h. einen Anstieg der Ungleichverteilung der Einkommen, verzeichnete. Darüber hinaus wird verdeutlicht, dass auch reiche Staaten von diesem Phänomen betroffen sind.

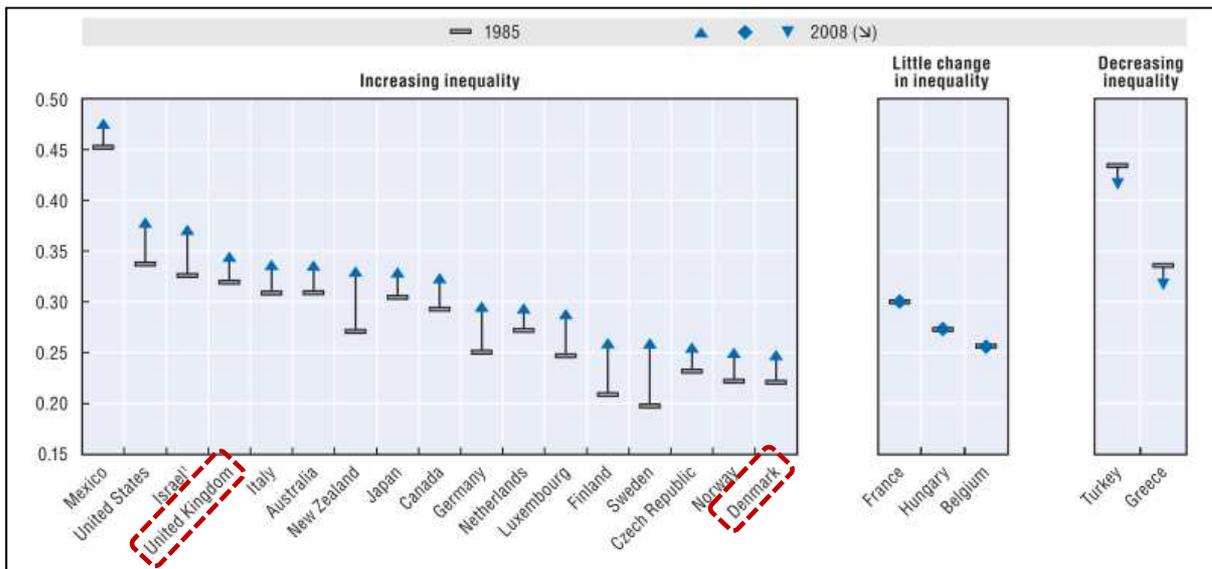


Abbildung 2: Veränderungen der Einkommensungleichheit in OECD-Ländern (Gini-Koeffizienten Mitte der 1980er Jahre und späte 2000er Jahre)⁸

Angesichts der Tendenz zu steigender Ungleichheit werfen sich Fragen um eine mögliche politische Einflussnahme auf, wie eine Senkung der Einkommensungleichverteilung in entwickelten Staaten auf nationaler Ebene stattfinden kann. An dieser Stelle kommt dem Wohlfahrtsstaat eine beträchtliche Bedeutung zu. Es kann angenommen werden, dass die Politik der Wohlfahrtsstaaten einen erheblichen Einfluss auf die Ungleichheit und die soziale Schichtung in der Gesellschaft ausübt. Aufgrund der Mechanismen Besteuerung und öffentliche (Sozial-)Ausgaben wirken Wohlfahrtsstaaten redistributiv, dennoch kann nicht von vornherein davon ausgegangen werden, dass damit zugleich auch Ungleichheiten reduziert werden.⁹

1.2. Forschungsfragen und Zielsetzung

Ziel dieser Arbeit soll sein, durch den internationalen Vergleich wohlfahrtsstaatlicher Handlungsfelder Aussagen zu treffen, warum in manchen Staaten eine höhere oder geringere

⁷ vgl. Atkinson (1997): 307 und Borschier (2010): 147.

⁸ vgl. OECD (2011a): 24. Anmerkung: "Little Change in inequality" verweist auf eine Veränderung von weniger als zwei Prozentpunkten.

⁹ vgl. Esping-Andersen / Myles (2008): 1.

Ungleichverteilung der Einkommen beobachtet werden kann. Es soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit Ungleichheit eine politische Entscheidung darstellt, in dem Sinne dass Wohlfahrtsstaaten einen Einfluss auf die Ungleichverteilung ausüben können. Der wohlfahrtsstaatliche Vergleich erhöht generell das Verständnis der unterschiedlichen sozialpolitischen Programme in einem Land, darüber hinaus soll der Horizont über die existierenden Handlungsmöglichkeiten, die in Bezug auf bestimmte Probleme angewandt werden können, erweitert werden. Wohlfahrtsstaatliche Handlungsfelder wie Alter, Arbeitslosigkeit, Gesundheit oder Familie / Elternschaft können je nach Ausprägung unterschiedliche Wirkungen auf die Einkommensdistribution in Nationalstaaten ausüben. In dieser Arbeit soll dabei der Fokus auf Alter, Arbeitslosigkeit und Familie gesetzt werden, da diese zu den zentralen Handlungsfeldern zählen¹⁰ und darüber hinaus das vorhandene Datenmaterial international vergleichbar und standardisiert ist. Eine Evaluierung dieser verschiedenen Ausprägungen stellt eine Möglichkeit dar, Erklärungen für die Varianz der Einkommensungleichheit zwischen Staaten geben zu können. Die erste Forschungsfrage stellt sich folgendermaßen:

Welche Zusammenhänge bestehen zwischen den Merkmalen nationaler wohlfahrtsstaatlicher Handlungsfelder und der jeweiligen Ungleichverteilung der Einkommen?

Großbritannien gilt EU-weit als jenes industrialisierte Land mit der höchsten Ungleichverteilung der Einkommen, wohingegen in Dänemark das Einkommen am egalitärsten verteilt ist (siehe Abbildung 2). Die Betrachtung dieser beiden Länder erscheint aufgrund ihrer stark voneinander abweichenden Position auf dem Kontinuum der Einkommensverteilung als naheliegend, da auch von unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Institutionen ausgegangen werden kann, die eine Erklärung der Unterschiede in der Einkommensverteilung ermöglichen. Daraus leitet sich Forschungsfrage 2 ab:

Erklären die identifizierten Zusammenhänge die Unterschiede in der Höhe der Ungleichverteilung der Einkommen zwischen Dänemark und Großbritannien?

Es kommt zwar der Einflussnahme der Europäischen Union (EU) im Bereich der Sozialpolitik in den jeweiligen Mitgliedsstaaten eine wachsende Bedeutung zu, diese Ebene wird jedoch aufgrund der damit verbunden unzähligen Interdependenzen in dieser Arbeit nicht berücksichtigt, wodurch der Fokus auf die nationale Ebene erhalten bleiben soll. Lamping (2008) spricht davon, dass sich ...

“ (...) diskontinuierlich und bisweilen zufällig ein ebenübergreifender und –umspannender Sozialrechts- und Sozialpolitikverbund mit pluralen Orten der Entscheidungsfindung und Entscheidungskompetenz entwickelt, innerhalb dessen sich eine Art rechtbasierter

¹⁰ vgl. Korpi / Palme (1998): 666.

europäischer Sozialstaatsbürgerschaft ohne transnationale Solidargemeinschaft abzuzeichnen beginnt.¹¹

1.3. Methodik und Aufbau

Die Arbeit stützt sich im Wesentlichen auf Sekundärliteratur und bedient sich zum einen vorwiegend klassischer Werke zur Vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung, zum anderen wird auf Fachstudien zurückgegriffen, die hauptsächlich quantitative Zusammenhänge untersuchen und mit statistischen Methoden (wie Regressionsmodellen, Zeitreihenanalysen etc.) arbeiten. Atkinson (1997) betont, dass die Kombination von Erkenntnissen verschiedener Disziplinen – wie in diesem Fall die Kombination von Politikwissenschaft und Studien der Volkswirtschaftslehre – viele bedeutende Einsichten auf dem Weg zu einem besseren Verständnis der Einkommensungleichverteilung liefern kann.¹² Internationale Statistiken von Institutionen wie der OECD, der Weltbank oder der Europäischen Kommission (Eurostat) ermöglichen die Verwendung vergleichbarer Daten im Rahmen dieser Arbeit.

Nach diesem einleitenden Kapitel, welches Problemstellung, Zielsetzungen, Aufbau und Vorgehensweise der Arbeit beschreibt, werden in **Kapitel 2** die Entwicklung von Ungleichheit im allgemeinen Sinn als auch die dafür verantwortlich gemachten Ursachen besprochen. Im Anschluss daran wird die Relevanz von Ungleichheit für verschiedene Bereiche verdeutlicht, ausgehend von Auswirkungen auf Wirtschaft und Wachstum bis hin zu Einflüssen auf gesellschaftliche Faktoren wie Gesundheit und Wohlbefinden. Anschließend wird die Frage angeschnitten, welcher Grad an Ungleichheit erstrebenswert erscheint. Liegt zwar der Fokus in dieser Arbeit auf der Ungleichheit der Einkommen, wird dennoch ein kurzer Überblick über deren unterschiedliche Dimensionen gegeben. Um verschiedene Ungleichheitsniveaus international vergleichbar zu machen, bedient sich die Forschung unterschiedlicher Methoden zur Messung der Einkommensungleichverteilung, wovon die am häufigsten zitierten vorgestellt und hinsichtlich ihrer Aussagekraft beurteilt werden.

Kapitel 3 befasst sich mit der Entstehung und Bestimmung des Begriffes Wohlfahrtsstaat und diskutiert Wirkungsmöglichkeiten wohlfahrtsstaatlicher Politik. Zentrale Handlungsfelder – Arbeit, Alter, Familie, Mindestsicherung und Gesundheit – werden vorgestellt.

Das darauffolgende **Kapitel 4** bildet die Ausgangsbasis für die theoretische Fundierung und gibt einleitend einen Überblick über die Vergleichende Politikwissenschaft sowie geht näher auf ihr Teilgebiet der Vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung mit ihren Möglichkeiten und Herausforderungen ein. Um einen Bezugsrahmen für den Ländervergleich zu erhalten, erfolgt eine

¹¹ Lamping (2008): 595.

¹² vgl. Atkinson (1997): 318.

Diskussion unterschiedlicher Typologien von Wohlfahrtsstaaten. Nach diesem Überblick fällt in der Wahl über die für den Ländervergleich relevante Theorie die Entscheidung auf die Typologie nach Esping-Andersen (1989).

Kapitel 5 untersucht die Zusammenhänge zwischen den wohlfahrtsstaatlichen Handlungsfeldern und der Ungleichverteilung, indem zu den von Esping-Andersen angewandten Kategorien zur Bestimmung seiner Welten des Wohlfahrtskapitalismus Hypothesen gebildet werden. Diese Hypothesen werden durch quantitative Studienergebnisse geprüft und anschließend diskutiert.

Die Länderanalyse Großbritanniens und Dänemarks in **Kapitel 6** beginnt mit einem Überblick über die Situation der Ungleichheit und die Entwicklung der jeweiligen Wohlfahrtsstaaten. In einem nächsten Schritt werden die Hypothesen, die in Kapitel 5 bestätigt werden konnten, herangezogen, um die Ausprägungen der wohlfahrtsstaatlichen Handlungsfelder Alter, Arbeit und Familie in Dänemark und Großbritannien zu vergleichen. Unterschiede dieser Handlungsfelder können so ausfindig gemacht werden und als Erklärungsansätze dienen, warum die Ungleichheitsindikatoren so stark voneinander abweichen. Den Abschluss bildet **Kapitel 7** mit einem Überblick über die wichtigsten Erkenntnisse als auch Limitationen der Arbeit.

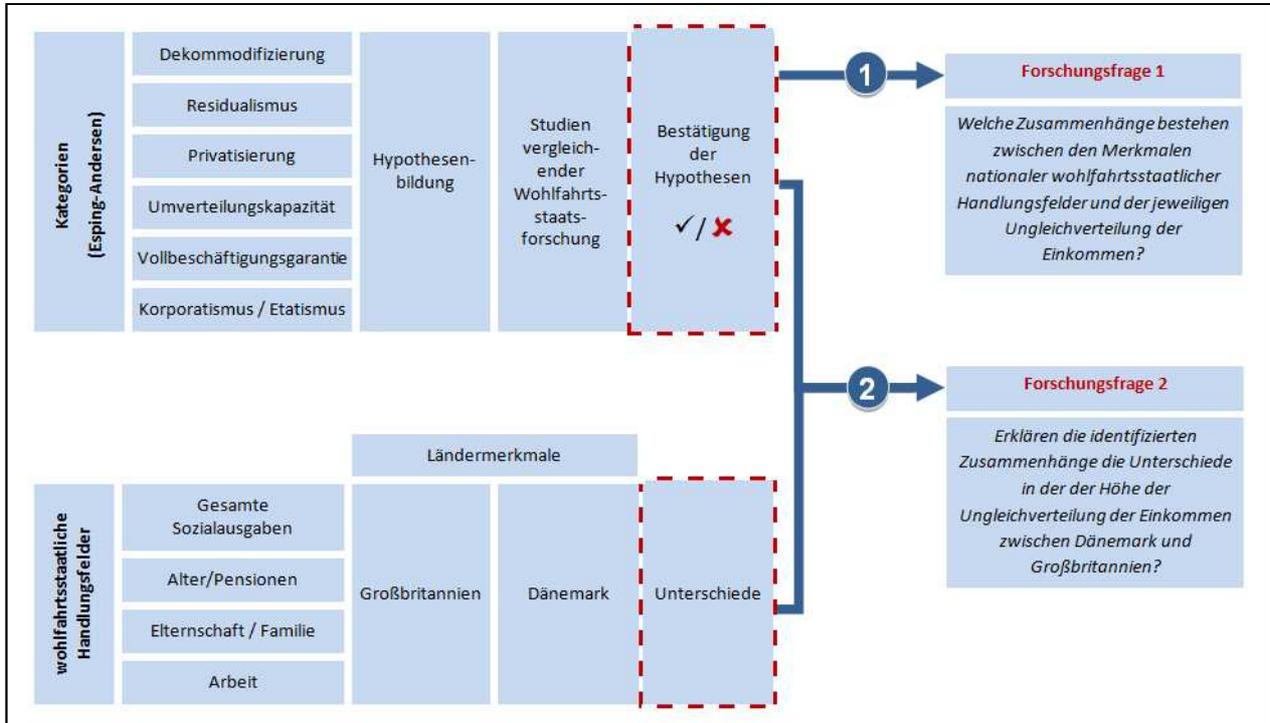


Abbildung 3: Methodik und Aufbau zur Beantwortung der Forschungsfragen

2. UNGLEICHHEIT

2.1. Entwicklungsverlauf von Ungleichheit

Im 18. Jahrhundert war die soziale Welt wenig entwickelt und vor allem die politische Ungleichheit, im Sinne von nicht vorhandener Gewährleistung von Mitbestimmungs- und Selbstbestimmungsfreiheit in Autokratien oder Monarchien, nahm bedeutende Ausmaße an. Die materielle Ungleichheit war in der damaligen Zeit im Vergleich zu heute relativ gering. Mit der von England ausgehenden Industriellen Revolution ging eine ungleiche industrielle Modernisierung einher, die auch als „*doppelte Peripherisierung*“ bezeichnet wird, d.h. die Weltbevölkerung spaltete sich in zwei Teile, in einen Teil mit hohem Industrialisierungsgrad und in jenen mit politischer Unterordnung aufgrund kolonialer Herrschaftsstrukturen. Mit dem wachsenden Wohlstand vergrößerten sich zunehmend auch die Ungleichheiten der materiellen Verteilung.¹³

Drehen sich diese Beobachtungen um die Unterschiede des Wohlstands *zwischen* Gesellschaften, so liegt der Fokus in dieser Arbeit auf den Ungleichheiten *innerhalb* von Gesellschaften oder Nationen. In den Phasen hohen wirtschaftlichen Wachstums nach dem 2. Weltkrieg, zwischen 1950 und 1972, war die Ungleichheit zwischen als auch innerhalb von Nationen niedriger als in der zweiten Phase wirtschaftlichen Aufschwungs 1972-1992. Ausgehend von Beobachtungen in den USA und Großbritannien, wo die verfügbaren Daten über den längsten Zeitraum vorhanden sind, schließt Bornschie (2002), dass nach einer Phase sinkender Ungleichheit (USA: 1946-1960, GB: 1949-1976) der Trend umgekehrt wurde und eine Periode zunehmender Ungleichheit folgte, die bis heute andauert. Dieser Trend lässt sich auch in der Mehrzahl der restlichen Nationen beobachten.¹⁴

Den aktuellsten Zahlen der OECD (2011a) zufolge, lag das Durchschnittswachstum des verfügbaren Einkommens in den OECD-Staaten bei 1,7% pro Jahr. Die Einkommen des obersten Dezils der Einkommensverteilung verzeichneten dabei die höchsten Wachstumsraten, genau genommen lag im Großteil der Nationen das Einkommen der obersten zehn Prozent der Einkommensverteilung neun Mal höher als jenes der ärmsten zehn Prozent. Zwischen den 1980er Jahren und der Mitte der

¹³ vgl. Bornschie (2010): 131f.

¹⁴ vgl. Bornschie (2002): 102ff.

2000er Jahre kam es in der Mehrzahl der OECD-Länder zu Anstiegen der Ungleichheit, und das nicht nur bei traditionell stark ungleichen Nationen wie Großbritannien oder Italien sondern auch in egalitäreren Staaten wie Dänemark, Schweden oder Norwegen.¹⁵

2.2. Gründe für die wachsende Ungleichheit

Eine Vielzahl von Gründen hat Einfluss auf eine wachsende Ungleichheit. Bornschieer (2002) listet dazu einige Bereiche auf: Transnationale wirtschaftliche Integration und nationale Desintegration wirken sich auf die Einkommensverteilung negativ aus, da es zu einer Verschiebung der Beschäftigung weg vom nationalen Segment hin zum transnationalen Sektor kommt. Der technologische Stil hat sich seit dem Ende der 1970er Jahre maßgeblich verändert und lässt sich als stark wissensbasiert und fortschrittlich charakterisieren. Die zentralen Sektoren dieser technologischen Veränderung, wie Telematik oder Biotechnologie, zeichnen sich durch überdurchschnittliche Gehälter aus und senken somit die Nachfrage nach wenig qualifizierten Arbeitskräften. Somit kommt es zu einer Erhöhung der Einkommensungleichheit zwischen den höheren und weniger qualifizierten Arbeitnehmern. Dieses Phänomen wird sich zwar nur übergangsweise auswirken, dennoch kann sich die Ungleichheit erst dann wieder verringern, wenn sich der neue technologische Stil so weit ausgebreitet hat, dass die alten Wirtschaftsbereiche durch die Veränderungen umgestaltet und effizienter geworden sind.¹⁶

Weitere Gründe sind die verstärkte wirtschaftliche Öffnung und die damit einhergehenden Deregulierungen der Marktwirtschaften. Die steigende Bedeutung der Erträge auf Kapital übt einen wesentlichen Einfluss auf die Einkommensungleichheiten aus, da die Relevanz der Lohneinkommen zugunsten des Faktors Kapital abnimmt und Bessergestellte einer Gesellschaft aufgrund ihres höheren Kapitaleigentums davon in positiver Weise profitieren.¹⁷

Wandelnde demografische Eigenschaften der Bevölkerung, wie die Überalterung der Gesellschaft und der Trend zu mehr Single-Haushalten und vermehrter Alleinerziehung fördern die Einkommensungleichheit in den Gesellschaften, da dadurch Schichten mit einem geringeren Einkommen entstehen. Darüber hinaus sind auch politische Entscheidungen, Regulierungen und Institutionen zu nennen, die die Einkommensverteilung beeinflussen und in dieser Arbeit im Mittelpunkt stehen.

¹⁵ vgl. OECD (2011a): 22.

¹⁶ vgl. Bornschieer (2010): 144f.

¹⁷ vgl. Bornschieer (2002): 113.

Trotz einer breiten Fülle an ungleichheitssteigernden Faktoren herrscht in der Forschung Uneinigkeit über die Hauptauslöser wachsender Einkommensungleichheit, dabei spielen ebenfalls die Präzisierung von Definitionen und unterschiedliche Analysemethoden eine Rolle.¹⁸

2.3. Relevanz von Ungleichheit für verschiedene Bereiche

In diesem Abschnitt wird aufgezeigt, welchen Einfluss eine ungleiche Einkommensverteilung auf unterschiedliche Bereiche ausübt.

2.3.1. Auswirkungen auf Wirtschaft und Wachstum

Die empirische als auch theoretische Literatur ist sich uneinig über die Effekte von Ungleichheit auf Wachstum, wodurch sowohl wachstumsfördernde als auch –hindernde Wirkungen entstehen können.

Voitchovsky (2005) stellte fest, indem sie Ungleichheit jeweils auf dem oberen Ende und auf dem unteren Ende der Einkommensverteilung beobachtete, dass sich Ungleichheit im ersten Fall positiv und im zweiten negativ auf das Wachstum auswirkt. Als Erklärung für den wachstumsfördernden Effekt können die durch die Vermögenskonzentration entstehenden Anreize zu sparen und zu investieren genannt werden. Auf der anderen Seite kann Ungleichheit am unteren Ende der Einkommensverteilung aufgrund des begrenzt verfügbaren Budgets und Kreditbeschränkungen Investitionen in Human- oder physisches Kapital unmöglich machen.¹⁹

Heinemann (2009) erkannte, dass Ungleichheit wachstumsfördernd wirken kann, da durch die so erforderliche staatliche Umverteilung mittels Steuern und Transfers einerseits eine Versicherungsfunktion entsteht und andererseits werden Ressourcen effizienzsteigernder umverteilt. Die wachstumsfördernden Effekte können daher die negativ wirkenden Auswirkungen übertreffen, wobei sich diese Effekte kurz- und langfristig unterschiedlich darstellen können.²⁰

2.3.2. Auswirkungen auf Entwicklung

Der Human Development Index (HDI) ist ein Mittel zur Messung der erreichten Entwicklung in einem Land und aggregiert die drei Bereiche Gesundheit, Bildung und Lebensstandard.²¹ Der „Inequality adjusted HDI“ (IHDI) bildet nicht nur den durchschnittlichen Entwicklungsgrad einer Nation ab, sondern berücksichtigt auch die Distribution von Gesundheit, Bildung und

¹⁸ vgl. OECD (2011a): 26.

¹⁹ vgl. Voitchovsky (2005): 273.

²⁰ vgl. Heinemann (2009): 266.

²¹ Zur Kalkulation der HDI-Werte werden die Indikatoren „Life expectancy at birth“ (Gesundheit), „Mean years of schooling“ und „Expected years of schooling“ (Bildung), und „Gross national income per capita“ (Lebensstandard) herangezogen.

Lebensstandards unter der Bevölkerung. In Abbildung 4 wird der HDI einmal ohne Berücksichtigung von Ungleichheit durch den blauen Balken illustriert. Der gelbe Balken veranschaulicht jeweils den Wert des IHDI, was dem HDI in Anpassung an die Ungleichheiten der drei Teilbereiche Gesundheit, Bildung und Lebensstandards entspricht. Es wird deutlich, dass Ungleichheit einen stark dämpfenden Effekt auf den HDI ausübt.²² Vor allem in Peru und Namibia ist deren Ausmaß am massivsten ausgeprägt.

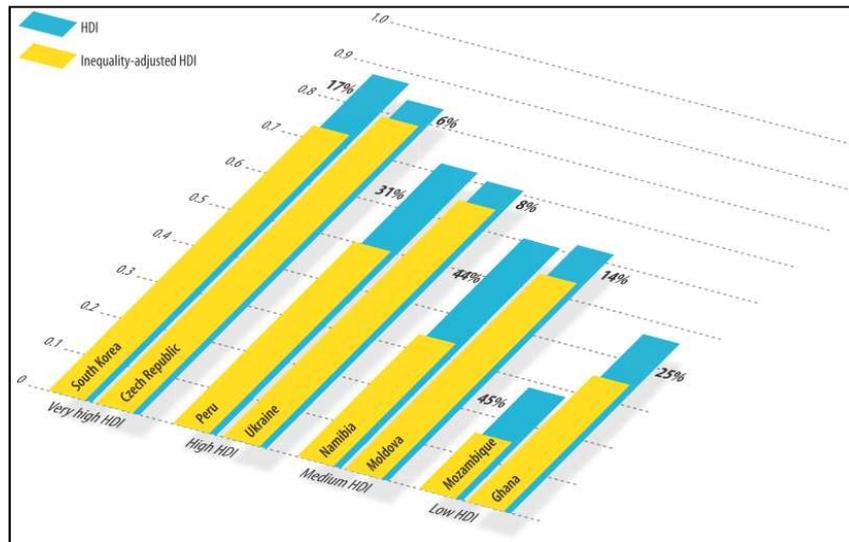


Abbildung 4: HDI und an Ungleichheit angepasster HDI (IHDI) für ausgewählte Länder²³

Diese Arbeit fokussiert zwar auf die Ungleichheit in entwickelten Staaten, dennoch erscheint eine Studie von Fosu (2010) über den Zusammenhang von Wachstum, Ungleichheit und Armutssenkung in 80 Entwicklungsländern als interessant in der Beurteilung der Bedeutung von Ungleichheit. Es wurde festgestellt, dass in Ländern, in denen mit einer höheren Wachstumsrate eine Senkung der Armut einherging, bei einer egalitäreren Verteilung der Einkommen wesentlich größere armutsreduzierende Effekte realisierbar gewesen wären. Dies lässt den Schluss zu, dass eine hohe Ungleichverteilung der Einkommen den reduzierenden Effekt von Wachstum auf Armut limitiert.²⁴

2.3.3. Politische Auswirkungen

Einkommensungleichheit ist nicht nur ein Kernelement der gesellschaftlichen Wohlfahrt, sondern politisch kann sie sich in populistischen und protektionistischen Gesinnungen ausdrücken, wodurch die Gefahr für ein Ausbrechen sozialer Spannungen und Ausschreitungen steigen kann. Darüber hinaus verschwendet Ungleichheit Humanressourcen, indem ein großer Teil der Bevölkerung nicht

²² vgl. UNDP (2010): 88.

²³ UNDP (2010): 88. Anmerkung: Die Balkenbeschriftungen sind die prozentuelle Veränderung des IHDI im Vergleich zum HDI.

²⁴ vgl. Fosu (2010): 4, 24.

im Berufsleben steht oder in niedrigbezahlten gering qualifizierten Arbeitsverhältnissen steht.²⁵ Wie einleitend bereits angesprochen, erhöhen Ungleichheiten auch das Risiko sozialer Unruhen (siehe Abschnitt 1.1.).

2.3.4. Gesellschaftliche Auswirkungen

Die Ungleichheit der Einkommen beeinflusst die intergenerationelle Mobilität, d.h. je stärker die Einkommensungleichverteilung der Elterngeneration ist, desto eher kommt es auch zu einer hohen Ungleichverteilung der Einkommen der Kindergeneration. Darüber hinaus ist die soziale Mobilität, d.h. innerhalb der Einkommenspyramide, jeweils am oberen und unteren Ende am stärksten eingeschränkt. Somit steigen Individuen der obersten Einkommenschichten weniger in der Einkommensdistribution ab, auf der anderen Seite gelingt sehr wenigen Individuen der untersten Einkommenschichten der soziale Aufstieg.²⁶

Studien über das subjektive Wohlbefinden oder das Glücklich Sein der Bevölkerung eines Landes lassen sich ebenfalls in Relation zur Einkommensdistribution setzen. Man kann schließen, dass in den Anfangsphasen ökonomischen Aufschwunges die „Glückskurve“ der Bevölkerung ansteigt, mit zunehmendem Wohlstand kommt es ab einer gewissen Höhe zu einer Abflachung des Verlaufs, wodurch zum Ausdruck kommt, dass sich die Bevölkerung immer weniger glücklich fühlt.²⁷ Es sei dabei zu berücksichtigen, dass Statistiken über das subjektive Wohlbefinden oder das Glücklich Sein einer Gesellschaft zu einem gewissen Teil von der jeweiligen Kultur des Landes, in dem die Befragungen durchgeführt wurden, beeinflusst sein können, und eine eindeutige Begriffsbestimmung erschwert wird.²⁸ Frank (2007) betont, dass das relative Einkommen einen besseren Indikator für das Glücksbefinden einer Gesellschaft darstellt. Dies trifft vor allem in den entwickelten Nationen zu, wohingegen in sehr armen Ländern auch die absolute Steigerung des Einkommens der Bevölkerung zu einer Erhöhung des Glücksbefindens führt.²⁹ Dieses Argument wird von der von Oswald und Blanchflower (2004) durchgeführten Querschnittsanalyse amerikanischer Daten unterstützt, wo in Staaten mit einem geringeren Level der Einkommensungleichheiten höhere Werte für die verwendeten Indikatoren zur Messung des Glücksbefindens verzeichnet wurden.³⁰

Ob man nun subjektive Aspekte wie das Glücklich Sein oder objektive Determinanten wie die Lebenserwartung betrachtet, in den angeführten Fällen zeigt sich, dass in vielen armen Ländern

²⁵ vgl. Förster / Mira d’Ercole (2009): 3.

²⁶ vgl. Esping-Andersen (2007): 24.

²⁷ vgl. Frank (2007): 22.

²⁸ vgl. Wilkinson / Pickett (2009): 22.

²⁹ vgl. Frank (2007): 21f.

³⁰ vgl. Oswald / Blanchflower (2004): 1375ff.

wirtschaftliches Wachstum einen starken positiven Effekt auf diese Aspekte ausübt. In den entwickelten und reichen Staaten haben weitere Erhöhungen der Einkommen eine abnehmende Bedeutung.³¹

Wilkinson und Pickett (2009) betrachten eine Auswahl von sozialen und gesundheitlichen Problemen³², die die ärmeren Schichten wesentlich öfter betreffen als die reicheren Schichten einer Nation.³³ Der Verlauf der dadurch erhaltenen Regressionsgeraden deutet klar darauf hin, dass mit steigender ungleicher Einkommensverteilung auch die gesundheitlichen und sozialen Probleme zunehmen. Dass die Häufigkeit des Auftretens gesundheitlicher und sozialer Probleme nicht auf den durchschnittlichen Lebensstandard der Länder zurückzuführen ist, testeten Wilkinson und Pickett ebenfalls im Rahmen einer Regressionsanalyse, es wurde aber kein statistisch signifikanter Zusammenhang bestätigt.

Die Kernaussage dieser Studie betont, dass in Gesellschaften mit einer starken ungleichen Einkommensverteilung Probleme, die vor allem die benachteiligten Schichten einer jeden Gesellschaft betreffen, viel häufiger auftreten als in Nationen mit einer ausgewogeneren Einkommensdistribution.³⁴

Die gegebene Übersicht über die Bereiche Wirtschaft, Entwicklung, Politik und Gesellschaft verdeutlicht die Relevanz einer Ungleichverteilung der Einkommen. Dabei wurde herausgestrichen, dass vor allem für industrialisierte Staaten nicht die absolute Einkommensstruktur einer Gesellschaft maßgeblich ist, sondern relative Verteilungen oft eine stärkere Aussage liefern können.

2.4. Welcher Grad an Ungleichheit ist realisierbar?

Wurden soeben die negativen Auswirkungen von Ungleichheit auf unterschiedliche Bereiche dargestellt, drängt sich die Frage auf, wenn das Überwinden von Ungleichheit das Ziel ist, welches Ausmaß an Gleichheit wünschenswert und gleichzeitig erreichbar ist. Nach Rawls' (1993) Grundsatz der Gerechtigkeit, sollen alle Mitglieder einer Gesellschaft über die gleichen Grundfreiheiten verfügen; diese gelten als die umfassendsten und sind mit jenen anderer Gesellschaftsmitglieder vereinbar.³⁵ Dadurch definiert Rawls einen strengen Gleichheitsgrundsatz, der sich auf die

³¹ vgl. Wilkinson / Pickett (2009): 24.

³² Dazu zählen folgende Indikatoren: psychische Erkrankungen, Vertrauensniveau, Alkohol- und Drogenabhängigkeit, Lebenserwartung als auch Säuglingssterblichkeit, Fettleibigkeit, schulische Leistungen, Selbstmorde, Anzahl der Gefängnisstrafen und soziale Mobilität. Diese Kategorien gehen mit jeweils gleichen Gewichtungswerten in die Berechnung des Wertes „gesundheitliche und soziale Probleme“ ein. Basis der Untersuchung sind Daten zum nationalen Haushaltseinkommen nach Steuern der Vereinten Nationen unter Berücksichtigung der Zahl der in einem Haushalt lebenden Personen.

³³ vgl. Wilkinson / Pickett (2009): 33.

³⁴ vgl. Wilkinson / Pickett (2009): 35.

³⁵ vgl. Rawls (1993): 326 zitiert in Weikard (2006): 119f.

politischen als auch bürgerlichen Grundfreiheiten bezieht. Weikard (2006) führt in seinem Beitrag über die Bestimmungsfaktoren minimaler Rechte der Grundsicherung an, dass in Anlehnung an Rawls' Gerechtigkeitsgrundsatz, eine gerechte Verteilung einer materiellen Ausstattung für das Bestehen politischer und bürgerlicher Grundfreiheiten essentiell ist.³⁶ Diese Überlegungen lassen sich wiederum auf die Verteilung der Einkommen übertragen.

Roemers (2009) Antwort auf die Frage nach dem Ausmaß der anzustrebenden Gleichheit ist die Erreichung der Gleichheit der Lebenschancen („equality of opportunity“), indem Einkommens- und Vermögensungleichheiten unter Kindern mit unterschiedlichem sozioökonomischen Status der Elternteile eliminiert werden.³⁷ Dieses Konzept, welches immer mehr in den Vordergrund von modernen, kapitalistischen Gesellschaften tritt, folgt der Auffassung, dass jedem Individuum – unabhängig familiärer und sozialer Umstände – eine faire Chance auf die Erreichung seiner Ziele zusteht.³⁸ Die Erreichung von Chancengleichheit als oberstes Ziel der Wohlfahrtsstaaten wird auch durch Meinungsumfragen unterstützt. Ungleichheit wird vor allem dann nicht oder nur kaum akzeptiert, wenn die inferiore Stellung des Individuums nicht auf seine geringe Leistung oder Anstrengung zurückzuführen ist sondern durch Pech begründet ist.³⁹

2.5. Dimensionen der Ungleichheit

Die Debatte über Ungleichheit und Redistribution hat mehrere Dimensionen, obwohl häufig dabei lediglich auf die materiellen Ressourcen Bezug genommen wird.⁴⁰ Wie aus Abbildung 5 ersichtlich wird, lässt sich Ungleichheit anhand verschiedener Parameter definieren, trotz dieser Fülle liegt der Fokus in dieser Arbeit auf der Ungleichverteilung der Einkommen. Einer der Gründe für diese Wahl ist die Verfügbarkeit an international vergleichbaren Daten, wohingegen über andere Bereiche der Ungleichheit wie jener der Bildung, der Gesundheit oder der Lebenschancen kaum eine vergleichbare internationale Datenbasis gefunden werden kann.

Bornschieer (2002) verwendet Einkommensungleichheit als Summierungsvariable für die Ungleichheit in der Stratifizierung⁴¹ eines sozialen Systems. Die Ungleichheit der Bildung und der beruflichen Stellung, als auch die Ungleichheit von Wohlstand und formaler Autorität finden nach Bornschieer in der Ungleichverteilung der Einkommen ihren Ausdruck.⁴² Der Einkommensungleichheit schreiben ebenfalls Förster und Mira d'Ercole (2009) einen guten

³⁶ vgl. Weikard (2006): 120.

³⁷ vgl. Roemer (2009): 694f.

³⁸ vgl. Sorensen (2005): 367.

³⁹ vgl. Roemer (2009): 694f.

⁴⁰ vgl. van Aaken / Grözinger (2004): 9.

⁴¹ Stratifizierung zeigt, welchen Einfluss das Sozialsystem auf die Gesellschaft hat.

⁴² vgl. Bornschieer (2002): 100.

Ausdruckscharakter der unterschiedlichen Ungleichheitsdimensionen zu. Darüber hinaus werden durch periodische Erfassungen historische Vergleiche möglich.⁴³

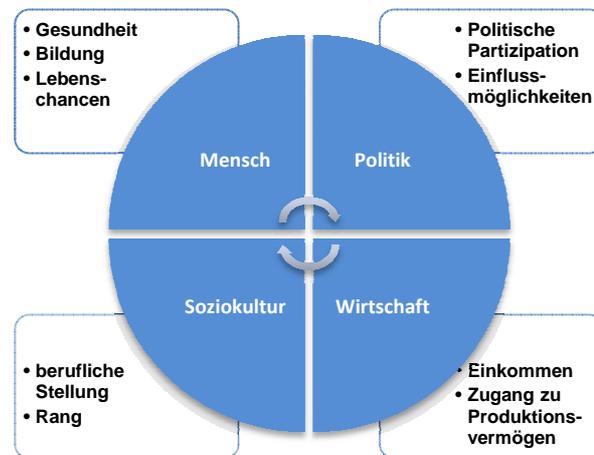


Abbildung 5: Dimensionen der Ungleichheit⁴⁴

2.6. Methoden zur Messung von Einkommensungleichverteilung

Unterschiedliche Ergebnisse von Studien, die sich mit Ungleichheit der Einkommen beschäftigen, können zu einem Teil von der Wahl der Methode zur Messung der Einkommensungleichheiten abhängen, wodurch mitbestimmt wird, welchem Spektrum der Einkommensverteilung das meiste Gewicht beikommt. Angesichts der in Kapitel 5 vorgestellten Vielzahl an Studien soll ein kurzer Überblick über die bedeutendsten Methoden der Messung der Einkommensungleichverteilung gegeben werden.

2.6.1. Lorenz Kurve

Die wohl bekannteste und am häufigsten angewandte Methode zur Messung der Einkommensungleichverteilung in einer Gesellschaft stellt die Lorenz Kurve (siehe Abbildung 6) in Verbindung mit dem GINI-Koeffizienten dar. Die Lorenz Kurve wird in ein Diagramm eingetragen, auf dessen vertikaler Achse die kumulierten Einkommensprozentanteile von 0 bis 100 Prozent aufgetragen werden und dessen horizontale Achse die Bevölkerungsanteile der Gesellschaft abbildet. Eine bei 45-Grad verlaufende Diagonale spiegelt eine vollkommen gleiche Einkommensverteilung wider, wo beispielhaft den untersten 20 Prozent der Bevölkerung dementsprechend auch ein Fünftel des Einkommens zukäme. Je größer sich der Bereich zwischen

⁴³ vgl. Förster / Mira d'Ercole (2009): 4.

⁴⁴ Jütting (2009): 8.

der 45°-Grad Linie und der Lorenz-Kurve gestaltet (Feld A in Abbildung 6), desto stärker ist die Ungleichverteilung der Einkommen ausgeprägt.⁴⁵

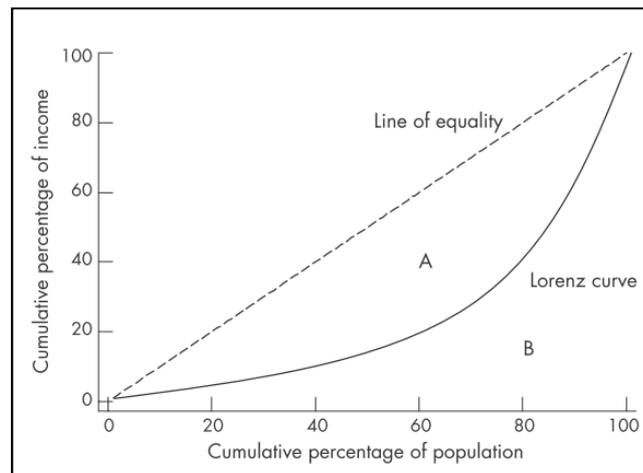


Abbildung 6: Lorenz Kurve⁴⁶

2.6.2. Gini-Koeffizient

Der Gini-Koeffizient leitet sich von der Lorenz-Kurve ab und misst die relative Un-/Gleichheit der Einkommensverteilung, indem der Anteil des Bereiches zwischen der Lorenz-Kurve und der 45°-Grad Linie berechnet wird. Ein Gini-Koeffizient von 0 bildet eine Gleichverteilung der Einkommen ab und somit würden in Abbildung 6 die beiden Linien übereinander liegen. Für den theoretischen Fall, dass das gesamte Einkommen nur einem Individuum zukommen würde, ergäbe sich ein Koeffizient von 1.⁴⁷

Der Gini-Koeffizient gilt zusammen mit der Lorenz Kurve als die am meisten genutzte Methode – darunter die Weltbank oder die Vereinten Nationen – zur Messung von Einkommensungleichverteilungen, da sie relativ leicht interpretiert werden können. Ein Nachteil der Indikatoren ist deren hohe Sensibilität bezüglich Veränderungen des mittleren Segments der Einkommensverteilung, wohingegen die untersten bzw. obersten Bereiche weniger Gewicht ausüben. Darüber hinaus kann durch den Indikator nicht festgestellt werden, welche Einkommensschichten für die Ungleichverteilung verantwortlich sind.⁴⁸ Aus diesen Gründen sollten Untersuchungen, die den Fokus auf die ärmsten oder reichsten Bevölkerungsschichten legen, neben dem Gini-Koeffizienten und der Lorenz Kurve auch andere Berechnungsmethoden miteinbeziehen, wie z.B. die Verwendung von Ratios.

⁴⁵ vgl. Albers (2005): 354.

⁴⁶ De Maio (2007): 850.

⁴⁷ vgl. Albers (2005): 354ff.

⁴⁸ vgl. De Maio (2006): 850.

2.6.3. Robin Hood Index

Von den eben vorgestellten Methoden Lorenz Kurve und Gini-Koeffizient leitet sich ein dritter Parameter, der Robin Hood Index, ab, welcher den Anteil des gesamten Einkommens misst, der umverteilt werden müsste, um die Ungleichheit zu eliminieren. Der Robin Hood Index verfügt über die gleichen Vor- und Nachteile wie der Gini-Koeffizient.⁴⁹

2.6.4. Ratios

Eine Möglichkeit, einen stärkeren Fokus auf einen bestimmten Bereich der Einkommensverteilung zu legen, bieten Ratios, d.h. die Berechnung von Verhältnissen. Oft werden dabei Dezil-, Quintil- oder Quartilabstände gewählt. Eine Berechnung kann dabei so aussehen, dass das Einkommen der ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung durch jenes der reichsten zehn Prozent dividiert wird. Ein Vorteil dieser Methode liegt darin, dass unterschiedliche Abstände und Verhältnisse gewählt werden können, wie z.B. 20:80 oder 40:60 Ratios, und somit Sensitivitäts-Analysen ermöglicht werden. Darüber hinaus sind keine komplizierten Rechengänge erforderlich, Interpretationen sind nachvollziehbar und Vergleiche über die Zeit werden ermöglicht.⁵⁰

2.6.5. Fazit

Die Vorstellung unterschiedlicher Möglichkeiten, die die Ungleichverteilung der Einkommen in einem Parameter quantifizieren, zeigt auf, dass die Wahl der Methode zu einem gewissen Grad Aussagen über Veränderungen der Ungleichverteilung beeinflusst. So kann sich die Einkommenssituation der Personen in der Mitte der Verteilung in Relation zum obersten und untersten Bereich wesentlich verschlechtern, obwohl der gewählte Ungleichheitsindikator keine maßgebliche Steigerung der Ungleichheit impliziert. Angesichts dessen ist es ratsam, zusätzlich gewisse Bereiche der Distribution separat zu betrachten, um bessere Aussagen über die Veränderungen der Ungleichheit treffen zu können.⁵¹

Die vorgestellten Methoden zur Messung von Ungleichheit der Einkommen sind aufgrund ihres statischen Charakters lediglich dazu fähig, einen Ausschnitt der Einkommensverteilung zu einem gewissen Zeitpunkt abzubilden, wohingegen Aussagen über die Entwicklung der Individuen fehlen, d.h. ob Individuen, die in einem Jahr zu der armen Schicht zählten, auch im darauffolgenden Jahr diesen Status hatten.⁵²

⁴⁹ vgl. Krol / Miedema (2009): 8.

⁵⁰ vgl. De Maio (2006): 850.

⁵¹ vgl. Förster / Mira d'Ercole (2005): 14.

⁵² vgl. Jenkins / van Kerm (2009): 41.

3. BEGRIFF UND WIRKUNGEN DES WOHLFAHRTSSTAATES

3.1. Entstehung und Definition

Als zu untersuchendes Objekt dient in dieser Arbeit der Wohlfahrtsstaat. In seinen Anfängen war der Wohlfahrtsstaat ein Konstrukt konservativer Reformisten, wie Bismarck, die die vorherrschende soziale Hierarchie aufrechterhalten wollten, anstatt sie zu verändern. Erst später kam es zur Einflussnahme von Sozialisten, die versuchten, mithilfe von Sozialpolitik die Situation der Arbeiter zu verbessern als auch einen Einfluss auf die Reduzierung von Armut und die Schaffung von Gleichheit auszuüben.⁵³

Der Begriff des Wohlfahrtsstaates erfordert eine Definition, da sich dieses Konstrukt mittels vieler verschiedener Parameter charakterisieren lässt.⁵⁴ Die Wurzeln des Begriffs können nicht eindeutig festgestellt werden, allerdings deutet die Geschichte darauf hin, dass der deutsche Begriff „Wohlfahrtsstaat“ im späten 19. oder frühen 20. Jahrhundert in Deutschland aufgekommen ist.⁵⁵ 1879 wurde der Begriff des Wohlfahrtsstaates von Finanzwissenschaftler Adolph Wagner in einem positiven Sinne verwendet. Eine negative Akzentuierung erhielt er unter der Regierung Papen.⁵⁶ In Großbritannien kam der Begriff „Welfare“ bereits 1900 sehr oft zur Anwendung und zwar in einem neuen Gebrauch durch Hobson. Der britische Wirtschaftswissenschaftler meinte mit „Welfare Policy“ eine staatsinterventionistische Politik, um die Situation der Arbeiterklasse zu verbessern. 1937 beschäftigte sich Ernest Barker mit dem Thema, ob es die Aufgabe des Staates sei, die Wohlfahrt der Bevölkerung zu fördern. Er betonte als Erster die Bedeutung des Staates als eine neue Form der Wohlfahrtsgenerierung. William Temple, damaliger Erzbischof in York, prägte den

⁵³ vgl. Esping-Andersen / Myles (2008): 1.

⁵⁴ vgl. Schmidt (2010): 42.

⁵⁵ vgl. Cousins (2005): 4.

⁵⁶ Kundgebung unter der Reichsregierung von Papen, 04.06.1932: *„Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigenden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsstaat zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt“*, zitiert in Ritter (2010): 5.

Begriff des Wohlfahrtsstaates am entscheidendsten in positiver Weise und führte ihn als Gegensatz zu den Staatsformen Hitlers und Stalins an.

Stark in Verbindung kam der Begriff des Wohlfahrtsstaates mit der Vorlage eines Planes von William Beveridge an das britische Parlament, welcher die Neuordnung des britischen Systems zur sozialen Sicherheit vorsah. Es sei anzumerken, dass Beveridge die Verwendung des Begriffes „Welfare state“ ablehnte und stattdessen von „Social service state“ sprach.⁵⁷ Auf Beveridges Konzept beruhen größtenteils auch die Sozialgesetzgebungen der Labour-Regierungen in den Jahren zwischen 1945-1951. Großbritannien kann somit als Ausgangspunkt für die weitere Verbreitung des Begriffes nach dem Zweiten Weltkrieg gesehen werden. Der Begriff Wohlfahrts- bzw. Sozialstaat ist auch vor allem seit dem Zweiten Weltkrieg in West- und Mitteleuropa daraus entstanden, dass zu der macht- und nationalstaatlichen Legitimation der Herrschaft des Staates eine sozialstaatliche Komponente hinzugefügt wurde.⁵⁸

In der Literatur wird oft die Definition des britischen Geschichtswissenschaftlers Briggs angeführt, wonach die organisierte Macht im Wohlfahrtsstaat genutzt wird, um die Marktkräfte zu lenken. An erster Stelle steht die Garantie eines Mindesteinkommens für Familien und Individuen unabhängig vom Wert ihrer Arbeitskraft oder ihres Eigentums. Die Reduktion der Unsicherheit, aufgrund von sozialen Notlagen, wie Krankheit oder Arbeitslosigkeit, in eine Krisensituation zu stürzen, ist die zweite Aufgabe eines Wohlfahrtsstaates nach Briggs. Als dritte Komponente des Wohlfahrtsstaates gilt die Sicherung eines Lebensstandards, der unabhängig von Status oder Klasse allen Individuen in Kombination mit allgemein akzeptierten sozialen Leistungen zusteht.⁵⁹

Ein umfassender Definitionsvorschlag stammt von Schmidt:⁶⁰

„Im Wohlfahrtsstaat (...) besteht eine staatliche, über private Vorsorge und gemeinschaftliche Fürsorge hinausgehende Verpflichtung zur sozialen Sicherung und Förderung aller Bürger. Um dies zu gewährleisten, muss der Wohlfahrtsstaat umfangreiche Ressourcen an sich ziehen, die er wiederum in Form von monetären Transfers, sozialen Diensten und Infrastruktur zur Verfügung stellt. Auf diese Weise kommt es zu einer gesellschaftlichen Entwicklung, die als ‚sozialer Fortschritt‘ bezeichnet wird und in deren Rahmen in den vergangenen 110 Jahren die Werte Sicherheit, Wohlfahrt, Freiheit und Gerechtigkeit in hohem Maße realisiert werden.“

Esping-Andersen (1989), welcher einen wesentlichen Beitrag zur Vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung geleistet hat, worauf in Abschnitt 4.2.2.2 näher eingegangen wird, definiert drei Prinzipien, wonach ein Staat als Wohlfahrtsstaat gilt:⁶¹

⁵⁷ vgl. Cousins (2005): 4.

⁵⁸ vgl. Ritter (2010): 4f.

⁵⁹ vgl. Briggs (1961): 228 zitiert in Alcock / Powell (2011): 14.

⁶⁰ Schmidt (2010): 45.

1. **Gewährung sozialer Rechte und Dekommodifizierung:** Dekommodifizierung verweist auf eine Situation, wenn die Bereitstellung von Arbeitskraft als soziales Recht ausgeübt wird und man auch ohne diese vom Markt unabhängig ist und einen angemessenen Lebensstil verfolgen kann. Für Sozialleistungen bedeutet dies, dass nicht unbedingt eine Dekommodifizierung eingetreten ist, wenn die Person auch nach deren Erhalt vom Markt abhängig ist.
2. **Stratifizierung:** Stratifizierung zeigt, welchen Einfluss das Sozialsystem auf die Gesellschaft hat. Der Wohlfahrtsstaat fungiert einerseits als Mittel zur Beeinflussung gesellschaftlicher Ungleichheiten, andererseits gilt er selbst als ein unabhängiges System der Stratifizierung: Schnittstelle zwischen Markt, Staat und Familie. Die Armenhilfe kann als Beispiel genannt werden, da diese scheinbar zum Zweck der Stratifizierung entwickelt worden ist und somit auf die Leistungsempfänger oft eine stigmatisierende Wirkung hatte.
3. **Staat, Markt, Familie:** Die Wohlfahrtsproduktion kann in den Staaten zwischen den Institutionen Staat, Markt und Familie unterschiedlich aufgeteilt werden.

Trotz der Fülle an Versuchen, den Wohlfahrtsstaat in geeigneter Weise durch eine Definition fassen zu können, sei zu berücksichtigen, dass „der“ Wohlfahrtsstaat empirisch gesehen nicht existiert, da es sich dabei um ein universales Konstrukt handelt, das in Abhängigkeit von der jeweiligen Entstehungsgeschichte, Regelungsinhalten, Institutionsgefüge und Akteuren Variationen aufweist.⁶²

3.2. Handlungsfelder des Wohlfahrtsstaates

Der Wohlfahrtsstaat kann in unterschiedliche Bereiche eingreifen. In dieser Arbeit sollen die Handlungsfelder Alter, Gesundheit, Arbeit, Familie und Mindesteinkommen beleuchtet werden. Der internationale Vergleich zeigt dabei, dass die Leistungen innerhalb dieser Bereiche bezüglich Deckungsgrad, Leistungsausmaß und Anspruchsbedingungen sehr unterschiedlich ausfallen können.

3.2.1. Arbeit

Die Arbeitslosenquote in EU-27 lag im Oktober 2011 bei 9,8%⁶³, während das bedeutet, dass durchschnittlich jeder zehnte EU-Bürger im erwerbsfähigen Alter keiner regulären Beschäftigung nachgehen kann, hat dies neben der geringeren Lebenssicherung für die betroffenen Individuen auch Auswirkungen auf die Personen, die in einem Abhängigkeitsverhältnis zu der arbeitslosen Person stehen, wodurch sich das soziale Problem auszuweiten beginnt. International bestehen erhebliche Unterschiede in den Arbeitslosenquoten, worin sich wirtschaftliche, soziale und

⁶¹ vgl. Esping-Andersen (1989): 42.

⁶² vgl. Schmidt (2010): 46.

⁶³ Eurostat (2011)

politische Abweichungen ausdrücken. Somit gilt die Arbeitslosigkeit nicht mehr nur als zentrales Problem für Randgruppen, sondern kann Mitglieder aller Bevölkerungsschichten betreffen.

Der Wohlfahrtsstaat kann durch das System sozialer Sicherung zu einem gewissen Grad die negativen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit einzudämmen versuchen. Darunter fallen Regelungen zu Arbeits- und Kündigungsrecht, Maßnahmen für Bildung und Steigerung der Qualifikation und Jobvermittlungschancen, als auch die Zahlung von Arbeitslosengeld und –hilfe. Vorherrschend ist im Großteil der europäischen Länder das Versicherungsprinzip basierend auf Beitragszahlungen, für die Arbeitgeber und –nehmer. Bezüglich der Höhe des Arbeitslosengeldes kommt in überwiegendem Ausmaß das Äquivalenzprinzip, d.h. eine Orientierung an den eingezahlten Beiträgen bzw. Einkommen vor dem Eintreten der Arbeitslosigkeit, zur Anwendung. Davon abweichend stellt Großbritannien pauschales Arbeitslosengeld bereit. Bei der Gestaltung der Arbeitslosenunterstützung muss die Anreizwirkung zur Reintegration in den Arbeitsmarkt bedacht werden, daher verfolgen die meisten europäischen Staaten das Ziel, durch aktivierende Maßnahmen die Beschäftigungsfähigkeit der von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen zu erhöhen.⁶⁴

3.2.2. Alter

Ein Pensionssystem ist ein Wohlfahrtsstaatsprogramm, das vor den Risiken schützt, welchen jedes Individuum unabhängig von seinem sozioökonomischen Status ausgesetzt ist.⁶⁵ Es kann dabei zwischen zwei Grundzielen unterschieden werden: Das Ziel der Grundsicherheit verfolgt ein Maß an wirtschaftlicher Sicherheit im Sinne eines angemessenen Mindesteinkommens. Das zweite Ziel, jenes der Einkommenssicherheit, verweist darauf inwiefern die Rentenzahlungen die Erwerbseinkünfte ersetzen können. Generell verfügen die meisten Staaten über eine Kombination beider Ziele.⁶⁶

Besonders im Bereich der Altersrenten kommt es international gesehen zu einer Aufteilung in zwei Gruppen, abhängig von den Anspruchsvoraussetzungen und der Finanzierungsform der jeweiligen Systeme. Die erste Gruppe von Staaten, wie Deutschland oder Frankreich, knüpfen die Pensionshöhe an die Höhe der eingezahlten Beiträge in die Pensionsversicherung, die von Einkommenshöhe und Dauer der Erwerbstätigkeit abhängig sind. Somit ergibt sich, dass besserverdienende und länger im Arbeitsmarkt integrierte Personen höhere Rentenansprüche verzeichnen. Das System der Volksrente ist charakteristisch für die zweite Gruppe von Staaten, wie Dänemark oder Schweden, das unabhängig von Beitragszahlungen oder Erwerbsdauer allen

⁶⁴ vgl. Frevel (2008): 216f.

⁶⁵ vgl. Korpi / Palme (1998): 666.

⁶⁶ vgl. Lundberg et al. (2008): 1634f.

Staatsbürgern einen Anspruch auf Rentenzahlungen zusichert. Zusätzlich zu dieser Form der Grundsicherung finden sich in den meisten Staaten weitere Systeme der Alterssicherung, wie betriebliche beitragsfinanzierte Zusatzrenten oder Steuervergünstigungen für Formen der privaten Altersvorsorge.⁶⁷

3.2.3. Familie

Eine besondere Betrachtung verlangt die Rolle der Kinderarmut, wenn es um Einkommensungleichheit und Armut geht. Keinem Individuum steht es frei zu wählen, in welche gesellschaftlichen Verhältnisse es hineingeboren wird, wodurch Kinder kein Verschulden an ihrem Aufwachsen in armen Verhältnissen trifft. Um geeignete Maßnahmen zu bilden, ist das Verständnis der Ursachen für Kinderarmut essentiell. Vor allem die familiäre Situation der Eltern spielt hierbei die Hauptrolle und somit ist eine Evaluierung der unterschiedlichen Modelle der Familienunterstützung hinsichtlich der Armutsreduktion notwendig.⁶⁸

Familienunterstützungsleistungen sind ein ziemlich neuer Bestandteil der wohlfahrtsstaatlichen Programme, da sie sich im Vergleich zu den restlichen Sozialpolitikleistungen erst in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts auszubreiten begannen.⁶⁹ Im internationalen Vergleich gestalten sich die verschiedenen nationalstaatlichen Elemente der Familienunterstützung höchst unterschiedlich. Darunter fällt eine breite Auswahl an Leistungen, wie Erziehungsurlaub, Kündigungsschutz für Frauen im Rahmen des Mutterschutzes, Kinderbetreuungsangebote und steuerliche Freibeträge.

3.2.4. Gesundheit

Die Risiken von Krankheit werden in Wohlfahrtsstaaten mittels der Gesundheitsversorgung abgedeckt, worunter die Kostenübernahme der ärztlichen Versorgung als auch Lohnkompensationsleistungen im Fall von Einkommensausfällen bedingt durch Krankheit fallen. Bei den Lohnkompensationsleistungen gilt die Unterscheidung zwischen Lohnfortzahlungen, die üblicherweise vollständig vom Arbeitgeber übernommen werden, und dem Krankengeld, das durch die Sozialversicherung abgedeckt wird. Generell lässt sich ein starker Anstieg als auch ein hohes Level der Sozialausgaben für den Bereich Gesundheit in allen europäischen Wohlfahrtsstaaten beobachten. Besonders Großbritannien verzeichnet aufgrund seines National Health Service (NHS) ein besonders hohes Ausgabenniveau im Gesundheitsbereich (31,2% der gesamten Sozialausgaben).⁷⁰ Generell verfolgen die europäischen sozialen Sicherungssysteme eine

⁶⁷ vgl. Frevel (2008): 217f.

⁶⁸ vgl. Palme (2006): 173.

⁶⁹ vgl. Lundberg et al. (2008): 1634.

⁷⁰ vgl. Schmid (2010): 285.

Leistungsgewährung, die vom jeweiligen individuellen Bedarf abhängig ist, d.h. die anfallenden Kosten für die ärztliche Versorgung werden bis auf einige Selbstbehalte getragen. Bezüglich des abgedeckten Personenkreises unterscheiden sich aber die Länder stärker. Großbritannien, Dänemark und Schweden verfügen über ein umfassendes Modell der Gesundheitsversorgung, das alle Einwohner umfasst, wohingegen in den restlichen Ländern das Versicherungsprinzip vorrangig ist. Darüber hinaus ist ein Zusammenhang zwischen der Steuerfinanzierung und dem Prinzip der Staatsbürgerversorgung bemerkbar, d.h. dass z.B. Dänemark und Großbritanniens Systeme der Gesundheitsversorgung durch Steuern finanziert werden und die Staaten, die das Versicherungsprinzip verfolgen, mit Ausnahme von Spanien das Gesundheitssystem über Beiträge aufrecht erhalten.⁷¹ In den letzten Jahren tritt verstärkt das Thema der „Kostendämpfung“ im Gesundheitswesen in den Vordergrund, da Erhöhungen der Ausgaben in diesem Bereich durch die sich verstärkende gesellschaftliche Überalterung als auch auf technischen Fortschritt erklärbar sind.⁷²

3.2.5. Mindestsicherung

Ein Mindestsicherungssystem wird oft auch als „letztes soziales Netz“ bezeichnet, wenn nach Ausschöpfung aller übrigen Systeme der sozialen Sicherung eine Befriedigung der Grundbedürfnisse nicht mehr möglich erscheint und somit ein menschenwürdiges Dasein verwehrt bleibt. Mit Ausnahme von Ungarn und Griechenland finden sich auf EU-Ebene in allen restlichen Mitgliedsstaaten Systeme der Mindestsicherung, die sich nach dem Fürsorgeprinzip organisieren, d.h. der Bezug ist nicht an Beitragszahlungen geknüpft sondern finanziert sich durch Steuereinnahmen. Darüber hinaus hat das Subsidiaritätsprinzip Gültigkeit, wonach die betroffenen Personen nachweisen müssen, dass sie weder über eigene finanzielle Mittel verfügen noch Unterstützungsleistungen von Unterhaltspflichtigen bezogen werden.

Generell ist den europäischen Mindestsicherungssystemen gemeinsam, dass der Bezug der Leistung von Bemühungen der Bezieher um eine Unabhängigkeit von der Sozialhilfe zu erreichen, abhängt, worunter beispielsweise arbeitsvermittelnde Maßnahmen oder die Aufnahme „zumutbarer“ Tätigkeiten fallen.⁷³

3.3. Wirkungen der Wohlfahrtsstaaten

Über die Wirkungen der Wohlfahrtsstaaten herrscht bisweilen in der Literatur keine Einigkeit. Wohlfahrtsstaaten können in unterschiedlicher Weise verstanden werden:

⁷¹ Anmerkung: Spanien gilt hier als Ausnahme mit Verfolgung des Versicherungsprinzip und gleichzeitiger Finanzierung durch Steuern.

⁷² vgl. Schmid (2010): 294f.

⁷³ vgl. Frevel (2008): 225.

„Problemlöser und Problemerzeuger, Nutzenstifter und Kostenverursacher, ein leistungsfähiger Lastenträger und eine Bürde“⁷⁴

3.3.1. Problemverursachende Wirkungen

Die kritische Seite sieht Länder mit einem starken Wohlfahrtsstaat als institutionell träge und folglich unfähig, sich an verändernde Rahmenbedingungen anpassen zu können. Wohlfahrtsstaaten, die beitragsfinanziert sind und somit für Arbeitnehmer und -geber hohe Abgaben entstehen, könnten eine negative Wirkung auf die Beschäftigung haben, da der Faktor Arbeit relativ gesehen zu einer Sozialpolitik, die durch Steuern finanziert ist, teurer wird. Somit wird der Anreiz im Niedriglohnsegment tätig zu sein gesenkt und die Schattenwirtschaft, wo zwar keine Besteuerung stattfindet aber gleichzeitig auch kein Sozialschutz gegeben ist, gewinnt an Attraktivität. Finanziert sich der Wohlfahrtsstaat durch Steuereinnahmen, ist dennoch nicht davon auszugehen, dass keine negativen Wirkungen damit verbunden sein könnten, da bei einem relativ hohen Sozialeinkommen nicht unbedingt von einer förderlichen Wirkung auf eine (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt ausgegangen werden kann. Beispielsweise könnten Arbeitslosenversicherungen, die über einen langen Zeitraum relativ hohe Leistungen vorsehen, Langzeitarbeitslosigkeit für die Betroffenen günstiger erscheinen lassen als Arbeit aufzunehmen.⁷⁵

Die Finanzierung der europäischen Rentensysteme basiert vorwiegend auf dem Umlageverfahren, d.h. dass durch die derzeit eingezahlten Beiträge und Steuern die derzeitigen Pensionen gezahlt werden, wodurch sich mit dem demografischen Wandel hin zu einer Überalterung der Bevölkerung in Zukunft beachtliche Finanzierungsprobleme ergeben können.⁷⁶

Starke Wohlfahrtsstaaten haben bei einer Umstrukturierung bzw. Einschränkungen der Leistungen in den meisten Fällen mit enormen Abwehrreaktionen und gesellschaftlichen bzw. politischen Konflikten zu kämpfen. Ein hoher Verwaltungsaufwand entsteht darüber hinaus durch die erforderliche Administration und Bürokratisierung, um den detaillierten Regulierungen des Sozialrechts in der Praxis entgegen zu kommen. Externalisierung der Kosten zulasten nachfolgender Generationen gehört in vielen Wohlfahrtstaaten mit einer Expansion des Wohlfahrtsstaates zusammen.

Ein hoher Ausbau der Sozialpolitik muss auch immer in Relation zu anderen Politikfeldern, die ausgabenintensiv sind, betrachtet werden, da ein großer Anteil des Sozialbudgets den Spielraum in anderen Politikbereichen erheblich einschränken kann, wird die Aufrechterhaltung und Expansion

⁷⁴ Leibfried et al. (1998) zitiert in Schmidt et al. (2007): 410.

⁷⁵ vgl. Alber (2001): 72, Schmidt et al. (2007): 415.

⁷⁶ vgl. Frevel (2010): 225f.

des Wohlfahrtsstaates noch teurer und kommt es zu keiner Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Abgabenquote.⁷⁷

3.3.2. Problemlösende bzw. –mildernde Wirkungen

Alber (2001) konnte keine hinreichenden Beweise für eine desintegrierende und destabilisierende Wirkung der Sozialpolitik auf Gesellschaft und Politik durch einen Vergleich von verschiedenen Studien zum Thema finden. Stattdessen sieht er in der Entwicklung der Sozialpolitik in Europa, vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg, die Verbreitung guter Mobilitätschancen und sozialer Kontakte durch Unterstützungsleistungen. Angesichts dessen, würde eine enorme Herabsetzung des Wohlfahrtsstaates deteriorierende Effekte auf Armut und Ungleichheit ausüben.⁷⁸

Die Sozialpolitik bietet, wie erfolgreiche Beispiele Nordeuropas mit einem weiten Ausbau ihrer Wohlfahrtsstaaten beweisen, Leistungen, die dazu beitragen, die Bürger vor den Risiken der Wechselfälle des Lebens zu schützen und diese vor dem Abstürzen in eine materielle Verelendung zu bewahren.⁷⁹ Darüber hinaus zählt zu den positiven Wirkungen des Wohlfahrtsstaates seine Fähigkeit, den Ungleichheiten entgegen zu wirken. Dies wird dadurch erzielt, indem er allen Bürgern – unter Nichtberücksichtigung ihrer Marktlage – eine Basis an Versorgung hinsichtlich Einkommen, Gesundheit, Bildung und anderer Kernbereiche gewährt, die es erlaubt, am politischen und gesellschaftlichen Leben aufgrund des so geschaffenen Gleichheitswertes zu partizipieren. Diese übt eine stabilisierende Wirkung auf die Gesellschaft aus und führt zu einer Generalisierung der sozialen Wertschätzung.⁸⁰ Die Disparitäten zwischen wirtschaftlich prosperierenden Gebieten und ökonomisch weniger bevorteilten Regionen werden durch Sozialleistungen gemildert. Darüber hinaus wird das Konfliktpotential dadurch gesenkt, indem die Sozialgesetze im Großen und Ganzen im Parlament entschieden werden und dadurch die Sozialpolitik einen Teil der betrieblichen bzw. überbetrieblichen Aufgabenbereiche verantwortet, z.B. liegt bei der Debatte über Lohnzusatzkosten die Verantwortung beim Staat, wodurch Interessenskonflikte zwischen Betrieben und Arbeitnehmern entschärft werden.

Auf kurze Sicht kann sie in Zeiten wirtschaftlich schwacher Phasen Sozialpolitik die Nachfrage nach Konsumgütern aufrechterhalten. Finnland beispielsweise konnte die Rezession Anfang der 1990er Jahre mithilfe seines starken Wohlfahrtsstaates auf gesellschaftlicher und politischer Ebene gut überwinden und die darauffolgende wirtschaftliche Entwicklung fördern.⁸¹

⁷⁷ vgl. Schmidt et al. (2007): 418f.

⁷⁸ vgl. Alber (2001): 97.

⁷⁹ vgl. Schmidt et al. (2007): 411.

⁸⁰ vgl. Alber (2001): 60f.

⁸¹ vgl. Schmidt et al. (2007): 414f.

4. THEORETISCHE FUNDIERUNG

4.1. Vergleichende Politikwissenschaft

Die Vergleichende Politikwissenschaft gilt als ein Teilgebiet der Disziplin und wird in der Literatur oftmals als „*Königsweg des Faches*“⁸² benannt, da sie auf der einen Seite bereits in den philosophischen Schriften von Thukydies oder Aristoteles Anwendung findet und generell komparative Aussagen in der Mehrzahl der klassischen Literatur in der Politikwissenschaft auftreten. Auf der anderen Seite, wird durch die methodische Perspektive der Vergleichenden Politikwissenschaft ermöglicht, die politischen Gegebenheiten im eigenen Kontext durch andere politische Verhältnisse kritisch zu überprüfen und diese in der Folge zu allgemein gültigen Aussagen zu transformieren. In diesem Sinne hat sie das Potential, Ethnozentriertheit oder Subjektivität zu umgehen. Es sei hier zu bemerken, dass auch eine Einzelfallstudie komparativer Natur sein kann, wenn z.B. das theoretische Gerüst, das die Basis für die Studie bildet, sich auf ein Abstrakt-Modell oder ein Idealbild bezieht und somit wiederum einen komparativen Charakter aufweist.⁸³

Für die Anwendung ländervergleichender Studien sprechen einige Gründe: Erstens identifiziert und analysiert die Vergleichende Politikwissenschaft neben den Unterschieden zwischen Nationen – sei es auf der Ebene der politischen Kultur, dem wirtschaftlichen oder politischen System – auch die Gemeinsamkeiten der untersuchten Gesellschaften. In der Folge könnte eine Klassifikation vorgenommen werden, woraus sich in einem nächsten Schritt theoretisch begründete Verbindungen herleiten und Wahlgesetze formulieren lassen. Zweitens ist es möglich, die Entwicklungen von Unterschieden und Gemeinsamkeiten nicht nur innerhalb als auch zwischen politischen Systemen herauszuarbeiten, um in der Folge bestimmte Gesetzmäßigkeiten bilden zu können. Als dritter Vorteil der ländervergleichenden Studien kann die Möglichkeit genannt werden, Faktoren zu bestimmen, welche auf die Ähnlichkeiten und Differenzen zwischen den Ländern eine einflussreiche Wirkung zeigen. Viertens können diese Bestimmungsfaktoren in theoretische

⁸² Berg-Schlosser / Müller-Rommel (1992): 11.

⁸³ vgl. Berg-Schlosser / Müller-Rommel (1992): 11ff.

Modelle aufgenommen werden, um eine empirische Verifikation oder Falsifikation zu ermöglichen.⁸⁴

Berg-Schlosser und Müller-Rommel (1992) merken an, dass ländervergleichende Forschung heute noch zum Teil zu statisch analysiert und es verkennt, mittels dynamischer Modelle, Stabilität als auch Wandel des Untersuchungsgegenstandes zu erklären. Aufgrund der wachsenden Möglichkeiten durch komplexe statistische Instrumentarien können durch Regressions- oder Korrelationsanalysen aufwendige empirische Untersuchungen durchgeführt werden. Dabei sei zu beachten, dass durch mögliche Multikollinearitäten⁸⁵ der Einfluss einzelner erklärender Faktoren auf die unabhängige Variable nicht eindeutig nachgewiesen werden kann. Die Nutzung statistischer Instrumentarien unterstützt die Vergleichende Politikwissenschaft in vielfacher Weise: Neben der Möglichkeit, eine Vielzahl von Informationen über unterschiedliche Objektbereiche in voneinander abweichenden Vergleichsräumen in übersichtlicher Weise zusammenfassend abzubilden, können Berechnungen über statistische Zusammenhänge durchgeführt werden. Darüber hinaus wird es ermöglicht, Schlüsse von einem Einzelfall auf die Grundgesamtheit ziehen zu können.⁸⁶

Um die Theoriebildung zu unterstützen, erweist sich die Verzahnung von qualitativen und quantitativen Verfahren als vorteilhaft. Diese Kombination erlaubt es, zuerst mittels qualitativer Verfahren sinnvolle Hypothesen zu bilden, im nächsten Schritt kann das gebildete Strukturmodell unter Zuhilfenahme von quantitativen Verfahren einer Überprüfung unterzogen werden. In der Forschungspraxis findet eine Kombination dieser beiden Verfahren jedoch sehr selten Anwendung.⁸⁷ Die Länderanalyse in dieser Arbeit knüpft an Hypothesen an, die durch eine Sammlung quantitativer Studien über die jeweiligen qualitativ angenommenen Zusammenhänge bestätigt werden konnten. Aufgrund dessen gelingt es in gewisser Weise qualitative Überlegungen mit quantitativen Ergebnissen zu verknüpfen.

4.2. Vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung

Laut Schmid (2010) kann die Vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung als sozialwissenschaftliche „*Wachstumsindustrie*“ bezeichnet werden. Was die Konzeption des Forschungsansatzes betrifft, so lassen sich grundsätzlich drei Möglichkeiten des wohlfahrtsstaatlichen Vergleichs unterscheiden:⁸⁸

⁸⁴ vgl. Berg-Schlosser / Müller-Rommel (1992): 283f.

⁸⁵ „*Multikollinearität bezeichnet eine lineare Abhängigkeit zwischen zwei oder mehr unabhängigen Variablen. (...) Liegt Multikollinearität vor, so kann dies zu stark negativen Auswirkungen auf die Aussagekraft des Regressionsmodells führen.*“ Albers et al. (2009): 221.

⁸⁶ vgl. Berg-Schlosser / Müller-Rommel (1992): 281.

⁸⁷ vgl. Berg-Schlosser / Müller-Rommel (1992): 287f.

⁸⁸ vgl. Schmid (2010): 31, 87.

1. Der Wohlfahrtsstaat kann als Ganzes analysiert werden. Bei dieser Vorgehensweise findet die Untersuchung der *Polity* Dimension statt.
2. Die Dimension *Politics* wird vor allem mittels einer Reihe von quantitativen Determinanten und der darauffolgenden Auswertung dieser in statistischen Verfahren analysiert, um daraus Erklärungsmodelle ableiten zu können.
3. Die *Policy*-Dimension ist bei der Analyse einzelner Politik- oder Problemfelder (z.B. Arbeitslosigkeit, Armut, Alter etc.) vordergründig.

Diese unterschiedlichen Konzeptionen können auch, um die qualitativen und quantitativen Ausprägungen der Wohlfahrtsstaaten fassen zu können, vereint werden. Die Bildung von Wohlfahrtsregimen, wie von Esping-Andersen vorgeschlagen (siehe dazu Abschnitt 4.2.2.2), ist ein Beispiel für diesen Forschungsansatz.

4.2.1. Möglichkeiten und Herausforderungen der Vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung

Generell stellen komparative Wohlfahrtsstaatsanalysen eine gute Grundlage dar, die Wirkung unterschiedlicher wohlfahrtsstaatlicher Systeme zu diskutieren. Einzelne Bereiche, wie Arbeitsmarkt oder Armut, finden in den unterschiedlichen Wohlfahrtsstaaten eine differenzierte Betrachtung und Herangehensweise durch die Sozialpolitik, diese Aspekte lassen sich durch eine komparative Analyse hinsichtlich ihrer Bedeutung evaluieren. Die Effizienz der verschiedenen „Wohlfahrts-Mixes“ und Methoden der Nationen, den steigenden sozialen Problemen mit einer Transformation des Wohlfahrtsstaates zu begegnen, kann durch eine vergleichende Analyse eingeschätzt werden.⁸⁹ Beim Vergleich der Wirkung von Wohlfahrtsstaaten auf die Ungleichverteilung der Einkommen zwischen Nationen stellt die teilweise mangelnde Abgrenzungsmöglichkeit zwischen Ursachen und Wirkungen ein Problem dar. Dies schränkt die Bildung genereller Aussagen ein.⁹⁰

Die Identifikation von sogenannten „Best Practices“ kann dazu genutzt werden, um von anderen Ländern zu lernen und um ausländische Lösungen bestenfalls im eigenen nationalen Politiksystem anzuwenden. Aufgrund ihrer spezifischen Entstehungsgeschichte im jeweiligen nationalen Kontext ist diese Vorgehensweise aber oftmals begrenzt. Es ist daher von hohem Interesse, die unterschiedlichen Arten der Umsetzung der Idee der sozialen Sicherheit in einzelnen Nationalstaaten zu untersuchen, gleichzeitig besteht aufgrund dieser Vielfalt an Möglichkeiten eine Schwierigkeit, diese vergleichbar zu machen bzw. als „Best Practices“ umzusetzen.⁹¹

⁸⁹ vgl. Boje (1996): 17.

⁹⁰ vgl. Schmidt (2010): 41.

⁹¹ vgl. Schmidt (2010): 36.

Trotz der Vielzahl an Möglichkeiten, die für die Sozialwissenschaften durch die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung entstehen, ist diese Teildisziplin mit vielen Herausforderungen konfrontiert. Manche Studien sind zu sehr auf die Größe des Wohlfahrtsstaates – im Sinne der Höhe der Sozialausgaben – fixiert und verabsäumen es, die Effizienz und Qualität der unterschiedlichen Institutionen hinsichtlich der verschiedenen Problembereiche zu analysieren. Eine weitere Schwäche vieler Studien ist die Überbetonung von quantifizierbaren Variablen, um Wohlfahrtsstaaten vergleichbar zu machen. Oftmals wird hier die Höhe der Sozialausgaben herangezogen, während die Bedeutung der Zusammensetzung, Charakteristika und des Managements dieser Sozialleistungen verkannt wird. Neben diesen konzeptionellen Schwächen mangelt es in vielen Studien an einer adäquaten Theorie, so fehlt oft eine Präzision bzw. ein Verständnis der Einflüsse von Markt, Staat, Zivilgesellschaft und den jeweiligen Institutionen. Daraus ergibt sich, dass sich viele Studien lediglich mit der Entstehung von Wohlfahrtsstaaten beschäftigen, der Struktur und Transformation dieses empirischen Phänomens wird dagegen wenig Bedeutung geschenkt.⁹²

Durch die zunehmende transnationale Diffusion von Sozialpolitik wird die Analyse rein nationaler Bedingungen erschwert, da äußere Einflüsse ebenfalls auf die jeweiligen nationalen Wohlfahrtsstaatsprogramme wirken. Vor allem bei der Untersuchung von Mitgliedsstaaten der EU zählen zu diesen Einflüssen die zentralen politischen EU-Entscheidungen, Binnenmarktentwicklungen oder transnationale Prozesse des Informationsaustausches für einen Politiktransfer.⁹³

4.2.2. Typologien von Wohlfahrtsstaaten

Die Bildung von Typologien hilft dem Sozialwissenschaftler von der Realität zu abstrahieren und gleichzeitig diese zu verstehen, indem aufgezeigt wird, in welchem Ausmaß ein konkretes (historisches) Phänomen mithilfe des theoretischen Konzepts erfasst werden kann. Weber (1978) argumentiert, dass die Bildung von Idealtypen für den Sozialwissenschaftler eine Art von Orientierungshilfe darstellt um die beobachteten Phänomene benennen zu können.⁹⁴

Es stellt sich die Frage, welchen theoretischen und empirischen Wert Ideal-Typologien haben können. Für eine Forschungsrichtung, wie die Vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung, die noch in den Kinderschuhen steckt, ist die Bildung von Idealtypen eine Unterstützung, um zu einer Theorie zu gelangen, die am besten die Realität repräsentieren kann.⁹⁵ Einen Indikator dafür, dass die

⁹² vgl. Boje (1996): 18.

⁹³ vgl. Schmidt (2010): 51f.

⁹⁴ vgl. Weber (1978): 20 zitiert in Cousins (2005): 107f.

⁹⁵ vgl. Arts / Gelissen (2002): 138.

Vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung noch wenig ausgereift ist, liefert die Tatsache, dass wenig theoretische Alternativen verfügbar sind.⁹⁶ Die Typologien-Bildung kann dazu verhelfen, Abweichungen der einzelnen Nationalstaaten von dem jeweils zugeordneten Typus zu erkennen und zu analysieren. Esping-Andersens Metapher dazu betont die Wichtigkeit der Bildung von Typologien:

„The point of generalization is economy of explanation – to be able to see the forest rather than the myriad unique trees. The danger is that the resulting forest bears little if any resemblance to reality“⁹⁷

Die folgenden Unterkapitel stellen einige häufig zitierte Ansätze der Bildung von Wohlfahrtsstaatstypologien dar um darauffolgend eine dieser Theorien auszuwählen, die für den Ländervergleich in dieser Arbeit Anwendung findet.

4.2.2.1. Typologien nach Titmuss

Einer der Begründer auf dem Gebiet der Bildung von Wohlfahrtsstaats-Typologien – wenngleich seinen Typologien wenig Detaillierungsgrad innewohnte – war Richard Titmuss (1974). Titmuss sah den Zweck der Typologien darin, inmitten der Fülle von Fakten, Systemen und Möglichkeiten in Bereichen der wirtschaftlichen und sozialen Umwelt Ordnung zu schaffen. Das erste seiner drei Wohlfahrtsmodelle ist das „**Residual welfare model**“ in dem die Bedürfnisse jedes einzelnen durch den Markt und die Familie abgedeckt werden. Der Staat übt in diesem Modell lediglich eine zeitlich begrenzte unterstützende Wirkung aus, wenn Markt und Familie zusammen brechen. Eine wichtige Rolle nehmen die Institutionen des Wohlfahrtsstaates im „**Industrial achievement-performance model**“ ein, jedoch nur als unterstützende Kraft zur Wirtschaft. In diesem Modell sind Verdienst, Arbeitsleistung und Produktivität vordergründig zur Bedürfnisbefriedigung. Das „**Institutional redistributive model**“ sieht den Wohlfahrtsstaat als zentrale Institution der Gesellschaft, welche universalistisch Leistungen unabhängig vom Markt und auf Basis der Bedürftigkeit erbringt.⁹⁸

Titmuss' Ansatz war laut Esping-Andersen (1989) eine „Befruchtung“ auf dem Gebiet der Vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung und war ein Anstoß dafür, sich auf die Inhalte der Wohlfahrtsstaatsprogramme der einzelnen Nationen zu konzentrieren.⁹⁹ Die erste Generation der Forschungsströmung fokussierte, anstatt sich auf konzeptionelle Ausprägungen der Staaten zu konzentrieren, zu stark auf Ausgabenniveaus, um Wohlfahrtsstaaten erklären zu können, wenngleich diese lediglich als Zusatzererscheinungen zur „theoretischen Substanz“ des Wohlfahrtsstaates auftreten. Esping-Andersen plädiert daher für ein Wegkommen von der „Black

⁹⁶ vgl. Boje (1996): 18.

⁹⁷ Esping-Andersen (1997: 179) zitiert in Cousins (2005): 108.

⁹⁸ vgl. Titmuss (1974): 30ff. und Cousins (2005): 109

⁹⁹ vgl. Esping-Andersen (1989): 35.

Box der Staatsausgaben“, um den Inhalten von Wohlfahrtsstaatsprogrammen mehr Aufmerksamkeit zu schenken.¹⁰⁰

4.2.2.2. Typologien nach Esping-Andersen

Der Vorschlag Esping-Andersens (1989) zur Bildung von drei Wohlfahrtsregimen erhielt in Forschung und Literatur bisweilen die größte Resonanz. Mittels einer Analyse ihrer Wirkungen, ist es Esping-Andersens Ziel, erklären zu können, welchen Zweck die Sozialpolitik in den unterschiedlichen Wohlfahrtsstaaten erfüllt.¹⁰¹ Aufgrund der unterschiedlichen Ausprägungen der drei Prinzipien des Wohlfahrtsstaates (siehe Abschnitt 3.1) Dekommodifizierung, Stratifizierung und dem Verhältnis zwischen Markt, Staat und Familie entstehen drei Regime-Typen.

1. In **liberalen Wohlfahrtsstaaten** werden begrenzte Sozialleistungen gewährt, um die Möglichkeit, die Wohlfahrt der Arbeit vorzuziehen, gering zu halten. Dadurch sind auch die Anspruchsvoraussetzungen sehr strikt und zeigen häufig eine stigmatisierende Wirkung. Daneben dominieren vermögensabhängige Unterstützungsleistungen für Niedriglohngruppen und niedrige Leistungen der Sozialversicherungen. Dadurch wird der Markt durch den Staat gefördert, zusätzlich werden private Sicherungsformen staatlich unterstützt. Die dekommodifizierende Wirkung bleibt beschränkt und es entsteht eine relative Gleichheit unter den sozial Benachteiligten auf der einen Seite und eine differenzierte Wohlfahrt der privilegierten Schicht auf der anderen Seite.¹⁰²
2. In Esping-Andersens zweitem Wohlfahrtsstaatsregime, dem **korporatistischen Wohlfahrtsstaat**, liegt die Aufrechterhaltung von Statusdifferenzen im Vordergrund, wodurch die Rechte an Klasse und Status gebunden sind. Durch einen großen Einfluss der Kirche ist der Erhalt von traditionellen Familienformen ebenfalls vordergründig, was dazu führt, dass familienpolitische Leistungen einen Motivator zur Mutterschaft darstellen. Man setzt hierbei auf die Selbsthilfefähigkeit der Familien und der Staat hat die Rolle als Substitut, sobald diese die soziale Sicherungsfunktion nicht mehr übernehmen können. Der Staat ist im korporatistischen Modell so konzipiert, dass er die Rolle des Marktes als Wohlfahrtsproduzent übernehmen kann. Dadurch haben Privatversicherungen und Zusatzleistungen in Betrieben ein geringes Gewicht. Diese Charakteristika des korporatistischen Modells bewirken, dass die Umverteilungswirkungen relativ gering sind.¹⁰³

¹⁰⁰ vgl. Esping-Andersen (1989): 33ff.

¹⁰¹ vgl. Rieger (1998): 64.

¹⁰² vgl. Esping-Andersen (1989): 43.

¹⁰³ vgl. Esping-Andersen (1989): 44.

3. Universale Leistungen und dekommodifizierende Effekte dehnen sich im **sozialdemokratischen Modell** auf die neuen Mittelschichten aus, da die Sozialdemokratie einen erheblichen Einfluss auf die sozialen Reformen nehmen konnte. Die Prämisse des Modells lautet „Gleichheit auf höchstem Niveau“ anstatt einer Befriedigung von Gleichheit der Minimalbedürfnisse. Gleichheit wird dadurch versucht zu erreichen, indem vulnerable Gruppen ganzheitlich an den Rechtsansprüchen der sozial besser gestellten Schichten partizipieren können. Die Gesamtheit der Klassen und Schichten ist in ein Versicherungssystem mit universalem Charakter eingebunden. Im Modell wird der Markt stark in den Hintergrund gedrängt. Da jeder, egal ob arm oder reich, aus dem System Profit zieht und in einem Abhängigkeitsverhältnis steht, ist die Bereitschaft und Verpflichtung dazu, einen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Systems zu leisten, stark ausgeprägt. Anders als im korporatistischen Regime, übernimmt hier der Staat nicht die Subsidiaritätsrolle, wenn die Selbsthilfefähigkeit der Familie ausgeschöpft ist, sondern die familiären Kosten werden vorausschauend als gesellschaftliche Kosten gesehen. Dadurch kommt es zu einer Erhöhung der Unabhängigkeit der Individuen, v.a. Frauen, von der Familie.¹⁰⁴

Die Unterscheidung der drei Modelle basiert auf Daten zu den folgenden sechs Indikatoren:

Indikator	zentrale Fragestellung	Variablen
Dekommodifizierung	Bietet der Wohlfahrtsstaat Schutz gegen Marktkräfte und ein Ausfallen des Einkommens? Inwieweit vergibt der Wohlfahrtsstaat Ersatz bei Einkommensausfall?	Einkommensersatzquote, Anteil individueller Finanzierungsbeiträge
Residualismus	Welchen Anteil machen die Fürsorgeleistungen an den gesamten Sozialausgaben aus?	Anteil der bedarfsgeprüften Leistungen an Sozialausgaben
Privatisierung	Welche Rolle spielt die soziale Privatvorsorge?	Anteil privater Ausgaben, für Alter bzw. Gesundheit, an jeweiligen Gesamtausgaben
Korporatismus / Etatismus	Organisiert sich die Sozialversicherung nach Berufsgruppen?	Anzahl von nach Berufsgruppen differenzierten Sicherungssystemen, Anteil der Ausgaben für Beamtenversorgung
Umverteilungskapazität	Wie progressiv ist das Steuersystem?	Progressionsgrad des Steuersystems
Vollbeschäftigungsgarantie	Welche Bedeutung nimmt die aktive Arbeitsmarktpolitik ein? Tritt der Staat als Arbeitgeber auf?	Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik, Arbeitslosenquote gewichtet mit Erwerbsbeteiligung

Tabelle 1: Indikatoren zur Einteilung der Wohlfahrtsstaaten nach Esping-Andersen¹⁰⁵

Dekommodifizierung wurde bereits unter Abschnitt 3.1 angesprochen und sieht in der Bereitstellung von Arbeitskraft ein soziales Recht, wodurch den Individuen ermöglicht wird, auch ohne vom Markt abhängig zu sein, einen angemessenen Lebensstil zu verfolgen. Für die

¹⁰⁴ vgl. Esping-Andersen (1989): 44f.

¹⁰⁵ vgl. Kohl (1999): 114, Schmidt (2010): 100 und Fink (2005): 15.

vergleichende Analyse ist dabei von Relevanz, inwieweit der Wohlfahrtsstaat Schutz und Ersatz gegen ein Ausfallen des Einkommens bietet.¹⁰⁶ Mit **Residualismus** bezieht sich Esping-Andersen darauf, wie hoch sich das Ausmaß der Fürsorgeleistungen im Wohlfahrtsstaat beläuft bzw. ob die Leistungsvergabe zielgruppenorientiert oder universell erfolgt. Für die Unterscheidung zwischen zielgruppenorientierter und universeller Leistungsvergabe sind die Anspruchsvoraussetzungen ausschlaggebend. Zielgruppenorientierung verlangt eine Prüfung der Bedürftigkeit um folglich über eine Leistungsvergabe zu entscheiden. Universelle Leistungen werden unabhängig von Bedürftigkeit gewährt, Anspruchsvoraussetzungen knüpfen dabei lediglich an allgemeinere Kriterien wie z.B. Staatsbürgerschaft. Abbildung 7 illustriert die zwei Typen von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen, die sich hinsichtlich ihrer Zielgruppenorientierung unterscheiden lassen. Darüber hinaus fällt in die Kategorie Residualismus die Bestimmung der Leistungshöhe, wodurch sich einkommensabhängige und pauschale Leistungen unterscheiden lassen. Erstere orientieren sich am Einkommen der Leistungsbezieher, wobei letztere unabhängig davon einen Pauschalbetrag festlegen.

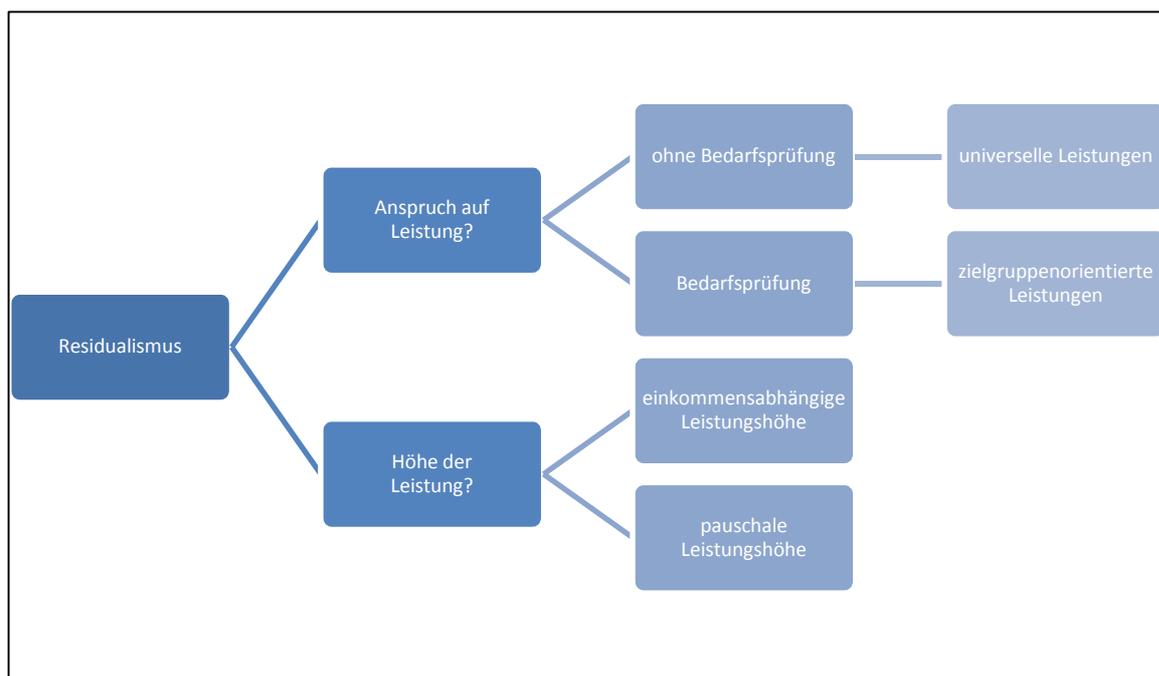


Abbildung 7: Determinanten der Kategorie Residualismus

Mit der Kategorie **Privatisierung** kommt die Bedeutung der sozialen Privatvorsorge innerhalb des „Dreiecks“ zwischen Staat, Markt und Familie zum Ausdruck. Nach der Definition der OECD (2010b) werden Sozialleistungen als öffentlich klassifiziert, wenn die Regierung die maßgeblichen Finanzflüsse kontrolliert. Jene Sozialleistungen, die nicht durch die Regierung verteilt werden, werden als „privat“ eingestuft, wobei private Transfers zwischen Individuen bzw. Haushalten dabei

¹⁰⁶ vgl. Esping-Andersen (1989): 42.

nicht berücksichtigt werden.¹⁰⁷ Private Sozialprogramme können entweder freiwillig oder staatlich vorgeschrieben sein. So sind in manchen Ländern Arbeitgeber dazu verpflichtet, Krankengeld zu bezahlen oder durch Kollektivvertragsverhandlungen werden Beitragsleistungen vereinbart. Den größten Anteil an den Sozialleistungen machen öffentlich bereitgestellte aus. Dennoch ist die Rolle privater Arrangements als nahe Substitute zu öffentlichen Sozialleistungen nicht zu vernachlässigen.¹⁰⁸

Korporatismus bzw. Etatismus bildet den Stratifizierungsgrad des wohlfahrtsstaatlichen Systems ab. So kommt es in Sozialstaaten oft zu unterschiedlichen Sozialversicherungsregelungen für verschiedene Berufsgruppen. Dabei spielt die Rolle der Gewerkschaften als auch der Zentralisierungsgrad der Tarifverhandlungen eine Rolle. Die staatliche Wirkung auf die Umverteilung bestimmt sich zum einen durch das Umverteilungspotential, das durch das Ausmaß der Steuerquote und der öffentlichen Ausgaben entsteht, und zum anderen durch die Struktur und den Progressionsgrad der Staatseinkünfte und -ausgaben, was sich im Indikator **Umverteilungskapazität** ausdrückt.¹⁰⁹

Vollbeschäftigungsgarantie ist in vielen Wohlfahrtsstaaten zum Ziel erhoben worden, um den durch Arbeitslosigkeit entstehenden Personenkreis gering zu halten und somit die Sozialleistungen für Arbeitslose auf der einen Seite, und die Ungleichverteilung der Einkommen auf der anderen Seite auf ein niedrigeres Niveau zu bringen. Mittels passiver (PLMP) und aktiver Arbeitsmarktpolitik (ALMP) nehmen Wohlfahrtsstaaten Einfluss auf das Arbeitsangebot und die –nachfrage und können dadurch die gesellschaftlichen Risiken eines unregulierten Arbeitsmarktes eingrenzen. Erstere beinhalten Kompensationsleistungen bei Einkommensausfall durch Arbeitslosigkeit, die den Lebensunterhalt absichern sollen. Aktive Arbeitsmarktpolitik adressiert hauptsächlich bestimmte Problembereiche und wendet sich an Personen, die Schwierigkeiten bei der Integration in den Arbeitsmarkt aufweisen, was sich durch Langzeitarbeitslosigkeit, unzureichende Sprachkenntnisse, Alter, dem Fehlen von Qualifikation etc. ausdrückt.¹¹⁰ Aktive Arbeitsmarktpolitik kann nach Katz (1998) in drei Kategorien unterteilt werden. Die erste Kategorie stellen die angebotsseitigen ALMPs dar, die durch Investitionen in Bildung und Training die Fähigkeiten der Zielgruppe steigern sollen.

¹⁰⁷ vgl. OECD (2010).

¹⁰⁸ vgl. Caminada / Goudswaard (2004): 8.

¹⁰⁹ vgl. Guger (2006): 223.

¹¹⁰ Zu den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zählen z.B.: „Erhöhung der Transparenz des Marktes durch Verarbeitung verschiedener Informationen mit Hilfe modernster Informationstechnologie: Jobmatching, Berufsinformationen und Beratung; Unterstützung der Anpassung der Berufsqualifikationen der Arbeitskräfte an die Erfordernisse des Marktes durch Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung; Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte wie z.B. durch Hilfe bei der Suche nach einer Kinderbetreuung; Hilfe bei der Bewältigung persönlicher Probleme (...), die das berufliche Fortkommen behindern; Befristet subventionierte Beschäftigung zur Erleichterung des Einstiegs in den Beruf durch Einstellungsbeihilfen.“ BMASK (2011)

Nachfrageseitige ALMPs versuchen durch das Angebot öffentlicher Beschäftigung oder Subventionen des privaten Sektors Beschäftigungszuwächse zu stimulieren. In die dritte Kategorie fallen Maßnahmen, die Übereinstimmung der Interessen von Arbeitsnachfrage und –angebot zu verbessern, indem Informationen über den Arbeitsmarkt als auch Unterstützung bei der Jobsuche bereitgestellt werden.¹¹¹

Tabelle 8 veranschaulicht die drei Regime in übersichtlicher Weise hinsichtlich der zur Klassifizierung herangezogenen Indikatoren und Variablen:¹¹²

	Dekommodifizierung	Residualismus	Privatisierung	Korporatismus / Etatismus	Umverteilungskapazität	Vollbeschäftigungsgarantie
Liberal	Schwach	Stark	Hoch	Schwach	Schwach	Schwach
Korporatistisch	Mittel	Stark	Niedrig	Stark	Schwach	Schwach
Sozialdemokratisch	Stark	Schwach	Niedrig	Schwach	Stark	stark

Tabelle 2: Darstellung der Drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus nach Esping-Andersen (1989)¹¹³

Esping-Andersens Regime umfassen zwar die Mehrheit der westeuropäischen Staaten, die mediterranen Länder mit der Ausnahme von Italien, das er dem korporatistischen Typus zuordnet, finden keine explizite Berücksichtigung in seinem Modell. Daraus entstand eine breite Diskussion über eine Ausweitung der Typologien von Esping-Andersen um Länder des Südens. Katrougalos (1996) verteidigt Esping-Andersens Einteilung, indem er argumentiert, dass sich die mediterranen Länder als Subkategorie des korporatistischen Regimes subsumieren lassen und die Charakteristika dieser Wohlfahrtsstaaten darauf hindeuten, dass sich in diesen Nationen das korporatistische Modell noch in seinen Anfangsphasen befindet.¹¹⁴ Die südeuropäischen Nationen wurden in mehreren darauffolgenden Studien zu einem eigenen Wohlfahrtsregime zusammengefasst.

4.2.2.3. Typologien nach Leibfried

Leibfried (1992) konzentriert sich in seiner Analyse der unterschiedlichen europäischen Wohlfahrtsstaaten auf die Beziehung zwischen Armut, Sozialversicherung und Politik zur Armutsreduktion. Zwischen den von ihm entwickelten vier Regimen liegt der Hauptunterschied in der Art und Weise, wie sich soziale Bürgerrechte entwickelt haben. Innerhalb dieses Rahmens verfolgen die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen unterschiedliche Funktionen zur Armutsreduktion (siehe Übersicht in Tabelle 3).¹¹⁵

¹¹¹ vgl. Katz (1994): 259.

¹¹² vgl. Kohl (1999): 114, Schmidt (2010): 100 und Fink (2005): 15.

¹¹³ vgl. Schmidt (2010): 100 und Fink (2005): 15.

¹¹⁴ vgl. Katrougalos (1996): 43 zitiert in Arts / Gelissen (2002): 144.

¹¹⁵ vgl. Leibfried (1992): 252f.

4.2.2.4. Typologien nach Ferrera

Ferrera (1996) lehnt sich an das Modell Esping-Andersens an und betrachtet hauptsächlich institutionelle und politische Gegebenheiten.¹¹⁶ Genauer unterscheidet er vier Dimensionen der sozialen Sicherungssysteme: die Zugangsregeln, die notwendigen Gegebenheiten für einen Leistungsbezug, die Regulierungen der Finanzierung und die Organisations- und Managementebene um die sozialen Sicherungssysteme administrativ verwalten zu können. Auf Basis dieser Dimensionen lassen sich vier Kategorien von Wohlfahrtsstaaten in Europa unterscheiden, die der Typologie von Leibfried ähneln (siehe Übersicht in Tabelle 3).¹¹⁷

4.2.2.5. Typologien nach Bonoli

Bonolis (1997) Modell kategorisiert ebenfalls die südeuropäischen Staaten als eigene Gruppe. Er kritisierte, dass es die vergleichenden Wohlfahrtsstaatsstudien verabsäumten vergangene und zukünftige Entwicklungen der Sozialpolitik zu analysieren, da nur eine Kombination aus quantitativen Studien mit qualitativen dazu in der Lage wäre.¹¹⁸ Demgemäß verwendet er jeweils einen Ansatz, der sich auf die quantitative Dimension bezieht, und einen Ansatz, der die qualitative Dimension miteinschließt. Als empirischer Indikator für die erste Dimension fungieren die Sozialausgaben als Prozentsatz des BIP. Der Anteil der beitragsfinanzierten Sozialausgaben stellt die zweite Dimension dar. Daraus ergibt sich eine Einteilung der Wohlfahrtsstaaten in vier Gruppen.¹¹⁹

¹¹⁶ vgl. Ferrera (1996) zitiert in Schröder (2004): 69f.

¹¹⁷ vgl. Ferrera (1996): 4-7, 69f zitiert in Arts / Gelissen (2002): 145 und zitiert in Schröder (2004): 69f.

¹¹⁸ vgl. Bonoli (1997): 352ff.

¹¹⁹ vgl. Bonoli (1997): 359ff.

4.2.2.6. Überblick der Typologien

Tabelle 3 stellt die Typologien der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung noch einmal übersichtlich dar.

Studie	Regime-Typen	Länder	Indikatoren
Titmuss (1974)	Residual welfare modell: Markt und Familie decken Bedürfnisse ab, Staat übt dabei substituierende Rolle ein	-	-
	Industrial achievement-performance modell: Verdienst, Arbeitsleistung und Produktivität für Bedürfnisbefriedigung zentral	-	
	Institutional redistributive modell: Wohlfahrtsstaat stellt universelle Leistungen zentral bereit, unabhängig vom Markt	-	
Esping-Andersen (1989)	Liberales Regime: niedrige Dekommodifizierung, Markt als Ausgangspunkt für Wohlfahrt	Australien, Kanada, USA, Neuseeland, Irland, Großbritannien	Dekommodifizierung Stratifizierung
	Konservatives Regime: Moderates Ausmaß der Dekommodifizierung, soziale Leistungen sind vorrangig abhängig von früheren Beiträgen und Status	Italien, Japan, Frankreich, Deutschland, Finnland, Schweiz	
	Sozialdemokratisches Regime: hohe Dekommodifizierung, universale Leistungen und hohe Gleichheit bezüglich der erhaltenen Leistungen	Österreich, Belgien, Niederlande, Dänemark, Norwegen, Schweden	
Leibfried (1992)	Angelsächsische Staaten (Residual): Recht auf Transfers zum Einkommen, Wohlfahrtsstaat als „compensator of last resort“ und starker Zwang zur Integration in den Arbeitsmarkt	USA, Australien, Neuseeland, Großbritannien	Armut, Sozialversicherung, Politik zur Armutsreduktion
	Bismarck'sche Staaten (Institutionell): Recht auf Sozialversicherung, Wohlfahrtsstaat als „Compensator of first resort“ und „employer of last resort“	Deutschland, Österreich	
	Skandinavische Staaten (Modern): Universalismus dominiert, Recht auf Arbeit für jeden, Wohlfahrtsstaat als „Employer of first resort“ und „compensator of last resort“	Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark	
	Südeuropäische Staaten (Latin Rim / Rudimentär): Recht auf Arbeit und Wohlfahrt wird proklamiert, der Wohlfahrtsstaat als semi-institutionelles Versprechen	Spanien, Portugal, Griechenland, Italien, Frankreich	
Ferrera	Angelsächsische Länder: mäßig hohe Abdeckung der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen, Bedürftigkeitsprüfungen, gemischtes System der Finanzierung	Großbritannien, Irland	Zugangsregeln, notwendige Gegebenheiten für Leistungsbezug, Regulierungen der Finanzierung, Organisations- und Managementebene um die sozialen Sicherungssysteme administrativ verwalten zu können
	Bismarck'sche Länder: starke Verflechtung zwischen Position in der Arbeit und sozialen Ansprüchen, Leistungen sind proportional zum Einkommen, Finanzierung durch Beiträge, Versicherungssystem ist vorrangig durch Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände geleitet	Deutschland, Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz	
	Skandinavische Länder: Soziale Sicherung als Bürgerrecht, universale Leistungen, relativ hohes Level an fixen Leistungen für eine Vielzahl an sozialen Risiken, Finanzierung hauptsächlich durch fiskalische Einkünfte	Schweden, Dänemark, Norwegen, Finnland	
	Südliche Länder: fragmentiertes System von Sozialleistungen, starke Relationen zu Arbeitsposition, Gesundheitsversorgung als Bürgerrecht, Partikularismus bezüglich Zahlungen von Geldleistungen und Finanzierung, Finanzierung mittels Beiträgen und fiskalischen Einkünften	Italien, Spanien, Portugal, Griechenland	
Bonoli (1997)	Britische Staaten: niedriger Anteil der Sozialleistungen finanziert durch Beiträge, niedriger Anteil sozialer Ausgaben als Prozentsatz vom BIP	Großbritannien, Irland	Sozialausgaben als Prozentsatz des BIP, Anteil der beitragsfinanzierten Sozialausgaben
	Kontinentale Staaten: hoher Anteil der Sozialleistungen finanziert durch Beiträge, hoher Anteil sozialer Ausgaben als Prozentsatz vom BIP	Niederlande, Frankreich, Belgien, Deutschland, Luxemburg	
	Nordische Staaten: niedriger Anteil der Sozialleistungen finanziert durch Beiträge, hoher Anteil sozialer Ausgaben als Prozentsatz vom BIP	Schweden, Finnland, Norwegen, Dänemark	
	Südliche Staaten: hoher Anteil der Sozialleistungen finanziert durch Beiträge, niedriger Anteil sozialer Ausgaben als Prozentsatz vom BIP	Italien, Schweiz, Spanien, Griechenland, Portugal	

Tabelle 3: Übersicht über Typologien von Wohlfahrtsstaaten¹²⁰

¹²⁰ eigene Darstellung in Anlehnung an Arts / Gelissen (2002): 143f., 149f.

4.2.2.7. Begründung der Wahl der verwendeten Typologie

Zur komparativen Analyse der wohlfahrtsstaatlichen Systeme Dänemarks und Großbritanniens fällt die Wahl auf die Einteilung nach Esping-Andersen. Aus den oben dargestellten weiterführenden Studien geht hervor, dass von einem vierten Regime ausgegangen werden kann, das die südeuropäischen Länder umfasst. Dieses Argument ist für die vorliegende Analyse kaum von Relevanz, da die in dieser Arbeit analysierten Länder nicht in das vierte Regime einzuordnen sind.

Esping-Andersens Ansatz hat in der Literatur die meiste Beachtung erfahren, wenngleich ein Großteil davon kritischer Natur war. Arts und Gelissen (2002) finden nur die USA, Deutschland, Schweden und Norwegen als passend eingestuft von Esping-Andersen, dennoch verteidigen sie die Regimebildung, da es sich dabei um die Bildung von Idealtypen handelt und diese, wie unter Abschnitt 4.2.2 bereits angeführt, bei der Formulierung einer international anwendbaren Theorie, die es bisweilen noch nicht gibt, unterstützend wirken.¹²¹ Korpi und Palme (1998) befürworten ebenfalls die Spezifizierung von Idealtypen, wenn dadurch Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede zwischen Ländern besser herauskristallisiert werden können. Da Idealtypen nie perfekte Abbilder der existierenden Realitäten sein können, ist die Bedeutung von Idealtypen stark von der Wahl der Variablen abhängig, die sich auf Ursachen, Institutionen und Ergebnisse der Wohlfahrtsstaaten beziehen können. Den Ansatz von Esping-Andersen bezeichnen Korpi und Palme als innovativ, fruchtbar und als Anstoß für darauffolgende Forschungen.¹²²

Wie bereits oben dargestellt, bot die fehlende Berücksichtigung eines vierten Regimes, das die südeuropäischen Staaten Westeuropas inkludiert, eine breite Basis für Kritik und weitere Studien, die sich mit der Bildung von (Ideal-)Typen beschäftigen. Einige Autoren bemängeln, dass manche Staaten nicht in die Typologie Esping-Andersens passen, wie beispielsweise die Niederlande einen Hybridfall darstellen könnten und somit keinem Regime eindeutig zugeordnet werden können. Diese Art von Kritik verkennt, dass Esping-Andersen die Wohlfahrtsregime vorrangig als Idealtypen gebildet hat und somit in der Realität viele Staaten Mischformen darstellen und sich nicht eindeutig einem bestimmten Wohlfahrtstyp zuordnen lassen.¹²³

Die Parameter, anhand derer Esping-Andersen die Wohlfahrtsstaaten zu klassifizieren versucht, weisen zu einem Großteil auf die Höhe und Struktur von Sozialleistungen und damit auf die Bestimmungsfaktoren der Einkommensverteilung hin. „Dekommodifizierung“, „Residualismus“, „Privatisierung“, „Vollbeschäftigungsgarantie“ etc. werden in dieser Arbeit verwendet, um herauszufinden, wie diese Determinanten charakterisiert sein sollten, um die

¹²¹ vgl. Arts / Gelissen (2002): 108.

¹²² vgl. Korpi / Palme (1998): 665.

¹²³ vgl. Esping-Andersen (1989): 46.

Einkommensungleichverteilung zu senken. Der Fokus soll in der Fähigkeit des Wohlfahrtsstaates liegen, eine egalitäre Verteilung der Einkommen zu erreichen und somit die Individuen bei einem Einkommensausfall vor der Armutsgefährdung zu schützen, wobei der Ansatz vom Esping-Andersen ein hilfestellendes Gerüst bietet, da Dekommodifizierung und das Verhältnis zwischen Staat, Markt und Familie bedeutend sind.

5. DER EFFEKT DER WOHLFAHRTSSTAATEN AUF DIE UNGLEICHVERTEILUNG DER EINKOMMEN

5.1. Allgemeine distributive Wirkung von Wohlfahrtsstaaten

Nach einem Überblick über die Entwicklung von Ungleichheit und Möglichkeiten zur Messung dieser, stellt sich die Frage, ob das Politische einen erheblichen Einfluss auf die Ungleichheitsreduktion ausüben kann bzw. ob das Eingreifen der Politik überhaupt erforderlich ist. Der Mangel an verlässlichen und komparativen Daten über die Ungleichverteilung der Einkommen als auch über soziale Rechte führt zu begrenzten Möglichkeiten in der Messung der Einflussnahme der Wohlfahrtsstaaten auf die Umverteilung. Daher stützen sich viele Studien, vor allem der ersten Generation der Forschungsbestrebungen, die diesen Zusammenhang zu messen versuchten, auf aggregierte Daten über die staatlichen Sozialausgaben.¹²⁴

Nach Untersuchungen von Bornschieer (2010) lässt sich davon ausgehen, dass staatliche Eingriffe für den Unterschied zwischen der höheren marktbasierter bzw. primären und niedrigeren sekundären Einkommensungleichverteilung, d.h. nach Berücksichtigung von Steuern und Transfers, ausschlaggebend sind. Diese Erkenntnis widerspricht der oft populären Auffassung, dass die politischen Steuerungskräfte den wirtschaftlichen Kräften in der Gestaltung sozialer Ungleichheit und Entwicklung den Vorrang geben sollten.¹²⁵

Neben strukturellen Indikatoren ist somit die Ausgestaltung von Wohlfahrtsstaatsinstitutionen ein relevanter Erklärungsfaktor für nationale Unterschiede.¹²⁶ Diese Auffassung kann als „*institutionelle Hypothese*“ bezeichnet werden und ist eine Ableitung der „*Politics-matter-Hypothese*“, welche die Rolle der Parteipolitik in der Umverteilungswirkung durch das Steuertransfersystem erkannte. Die institutionelle Hypothese definiert die Programmeigenschaften als auch die Zielgruppen dieser in genauer Weise. Das institutionelle Design verlangt darüber hinaus, dass die Wirkung von

¹²⁴ siehe dazu z.B. Wilkensky 1975. vgl. Palme (2006): 170.

¹²⁵ vgl. Bornschieer (2010): 147.

¹²⁶ vgl. Kangas und Palme 2000 und Korpi und Palme 1998 zitiert in Palme (2006): 166.

Wohlfahrtsstaaten auf die Ungleichverteilung vor dem Licht analysiert wird, dass sich Sozialpolitiksysteme hinsichtlich ihrer Umverteilungsformen unterscheiden.¹²⁷

Kenworthy und Potusson (2005) analysierten den Zusammenhang von Ungleichheit und Redistribution in reichen OECD Staaten in den 1980er und 1990er Jahren und kamen zu dem Ergebnis, dass die meisten Wohlfahrtsstaaten redistributiver geworden sind. Der Ausgleich für Einkommensungleichheiten der Individuen im erwerbsfähigen Alter ist keinem der Staaten zur Gänze gelungen, dennoch hat die Mehrzahl der Staaten einen gewissen Grad an Einfluss gezeigt.¹²⁸ Daraus schließen Kenworthy und Pontusson ...

„ (...) by and large, welfare states have worked the way they were designed to work. It is markets, not politics, that have become more inegalitarian.“¹²⁹

Die Studie von Brady (2004), worin ein Beleg geliefert wird, dass ökonomische Indikatoren, wie Produktivität und Wirtschaftswachstum, keine höhere Effizienz in der Bekämpfung der Einkommensungleichverteilung und Armut erzielen können als wohlfahrtsstaatliche Programme, bestärkt voriges Zitat.¹³⁰

Trotz einer breiten Fülle an Literatur und Studien über „*Welfare state retrenchment*“, die versuchen, Beweise für die distributive Wirkung von Wohlfahrtsstaaten darzustellen, gibt es zahlreiche Kritiker, die diese Funktion des Wohlfahrtsstaates in Frage stellen.¹³¹

So wird argumentiert, dass wenn der Wohlfahrtsstaat die Mittelklasse nicht verarmt, er diese erzürnt, wodurch ihre Unterstützung für regressivere Wirtschafts- und Steuerpolitik steigt. Als zweites Argument gegen einen Wohlfahrtsstaat wird angeführt, dass wohlfahrtsstaatliche Systeme unproduktive und untätige Personen honorieren und dadurch den Willen und die Motivation zu Wirtschaftlichkeit, Arbeitsdisziplin und Eigenverantwortung minimieren. Dritter Kritikpunkt ist die steigende Macht des Staates in modernen Wohlfahrtssystemen. Dadurch fürchten die konservativen Kritiker, dass auf der einen Seite die Bürokratie Überhand gewinnt, auf der anderen Seite unterminieren Tätigkeiten des Wohlfahrtsstaates wirtschaftliche und demokratische Freiheit. Schließlich wird argumentiert, dass der Wohlfahrtsstaat keine positiven Wirkungen hinsichtlich Sicherheit und Gleichheit zeigt, sondern lediglich die Bürger dazu anzustiften versucht, etwas anzustreben, was nicht erreicht werden kann.¹³²

¹²⁷ vgl. Palme (2006): 166.

¹²⁸ vgl. Kenworthy / Pontusson (2005): 450.

¹²⁹ Kenworthy / Pontusson (2005): 450.

¹³⁰ vgl. Brady (2004): 1351.

¹³¹ vgl. Wilensky (1975): XV.

¹³² vgl. Wilensky (1975): XV, XVI

Vor allem die Beziehung zwischen der Politik der Wohlfahrtsstaaten und der Reduktion von Armut und Ungleichheit wurde in der Literatur stark hinterfragt. So argumentieren Kritiker des Wohlfahrtsstaates¹³³, dass es sogar den großzügigsten Wohlfahrtsstaaten bisweilen nicht gelang, Armut zu beseitigen, die Wohlfahrtsstaaten negative Anreize hinsichtlich Beschäftigung und Bemühungen um das eigene Wohlergehen generieren und ineffizient arbeiten.¹³⁴ Katz (1989) und Krugman (1994) kamen zu dem gegensätzlichen Schluss, dass sich die Armutssituation bzw. die Situation der untersten Schichten nicht aufgrund von politischen oder privatwirtschaftlichen Maßnahmen mit dem Ziel zur Armutsinderung verringert hat.¹³⁵

Wilensky (1975) sieht in keinem der Argumente Gehalt und geht davon aus, dass obwohl manche Programme der sozialen Sicherung in regressiver Weise finanziert werden, im Endeffekt Einkommensumverteilung erfolgreich realisiert wird, und zwar ist das mindestens auf kurze Sicht der Fall.

„On the whole the welfare state is probably egalitarian in its net effect.“¹³⁶

Als Antwort auf diese kritischen Punkte sei zusätzlich angemerkt, dass allen Ländern die Generierung von Armut und Ungleichverteilung im Markt gemeinsam ist, wohingegen einige davon zu einem gewissen Grad reduzierend auf Armut und Ungleichheit wirken.¹³⁷ Dementsprechend darf nicht von den weniger auf Armuts- und Ungleichheitsreduktion ausgerichteten Wohlfahrtsstaatsinstitutionen unterschiedlicher Länder auf die Allgemeinheit der Wohlfahrtsstaaten geschlossen werden und von einer Wirkungslosigkeit des Wohlfahrtsstaates gesprochen werden. Den trivialen Charakter dieser Kritik am Wohlfahrtsstaat unterstützen die eingangs angeführten Werke über die positiv anzunehmende Wirkung von Wohlfahrtsstaaten und die im Rahmen dieser Arbeit noch folgenden zu analysierenden Studien.

5.2. Arten der Umverteilung in Wohlfahrtsstaaten

Um zu analysieren, wie Wohlfahrtsstaaten umverteilen, scheint eine Unterscheidung zwischen **horizontaler** und vertikaler **Umverteilung** und Umverteilung zwischen Gruppen als relevant: Zur ersten Gruppe zählen Vehikel wie die Sozialversicherung wodurch Einkommen über den Lebenszyklus verteilt wird. **Vertikale Umverteilung**, mit dem Ziel der Senkung der Unterschiede zwischen den armen und reichen Bevölkerungsschichten, findet einerseits vor allem in progressiven Steuersystemen Anwendung und zeichnet sich auf der anderen Seite dadurch aus, dass die

¹³³ Siehe dazu z.B. Cantillon (1997), Murray (1984), Mayer (1997)

¹³⁴ vgl. Brady (2004): 1330.

¹³⁵ vgl. Katz (1989): 113 und Krugman (1994): 28 zitiert in Brady (2004): 1330.

¹³⁶ Wilensky (1975): 1.

¹³⁷ vgl. Brady (2004): 1340.

Sozialausgaben disproportional den sozial Schwächeren zugutekommen. Steuern und Transfers üben hier einen kombinierten Einfluss auf die Ungleichheit aus. **Umverteilung zwischen Gruppen**, auch als Risikoumverteilung bezeichnet, findet vor allem durch Leistungen wie Familienbeihilfen oder nationale Gesundheitsversorgung ihren Ausdruck, wodurch zwischen den einzelnen Gruppen umverteilt wird (z.B. von den Gesunden zu den Kranken).¹³⁸

5.3. Hypothesenbildung und Studien über Umverteilungswirkung von Wohlfahrtsstaaten

Esping-Andersens Einteilung bietet einen Anhaltspunkt für die Analyse der Wohlfahrtsstaaten Dänemark und Großbritannien hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Einkommensungleichverteilung. Dazu werden die sechs Parameter – Dekommodifizierung, Residualismus, Privatisierung, Umverteilungskapazität, Vollbeschäftigungsgarantie und Korporatismus / Etatismus – welche unter Kapitel 4.2.2.2 bereits erläutert wurden, bezüglich ihrer Wirkung auf Einkommensungleichheit diskutiert. Um die Effekte dieser Parameter besser beurteilen zu können, werden nach einer jeweils kurzen qualitativen Diskussion mit einer anschließenden Hypothesenbildung, Studien herangezogen, die sich mit der Untersuchung dieser Zusammenhänge beschäftigen, um die Hypothesen zu prüfen. In einem nächsten Schritt werden in Kapitel 6 die bestätigten Hypothesen zur Beurteilung der ungleichheitsreduzierenden Wirkung der wohlfahrtsstaatlichen Handlungsfelder Arbeit, Alter und Familie in Großbritannien und Dänemark verwendet.

Da Armut und Ungleichverteilung der Einkommen in einem engen Verhältnis zueinander stehen, d.h. je höher der Anteil der Bevölkerung mit einem niedrigen Einkommen ausfällt, desto eher kann angenommen werden, dass die Einkommensdistribution ungleichen Charakters ist, wird auch auf Studien zurückgegriffen, die sich nicht ausschließlich mit Ungleichverteilung beschäftigen sondern den Fokus auf Armut legen. Es kann auch argumentiert werden, dass eine Beurteilung der Ungleichheit mittels der Situation der am wenigsten begünstigten Individuen einer Gesellschaft aussagekräftig ist. So lenken Armutsraten die Aufmerksamkeit auf den bedeutendsten Aspekt der Ungleichheit, nämlich die Situation der vulnerabelsten Gruppen.¹³⁹

Der Großteil der Studien verwendet Regressionsmodelle, um den Zusammenhang verschiedener Indikatoren mit der Ungleichheit der Einkommen einschätzen zu können. Abbildung 8 veranschaulicht dies systematisch.

¹³⁸ vgl. Esping-Andersen / Myles (2008): 1.

¹³⁹ vgl. Palme (2006): 172.

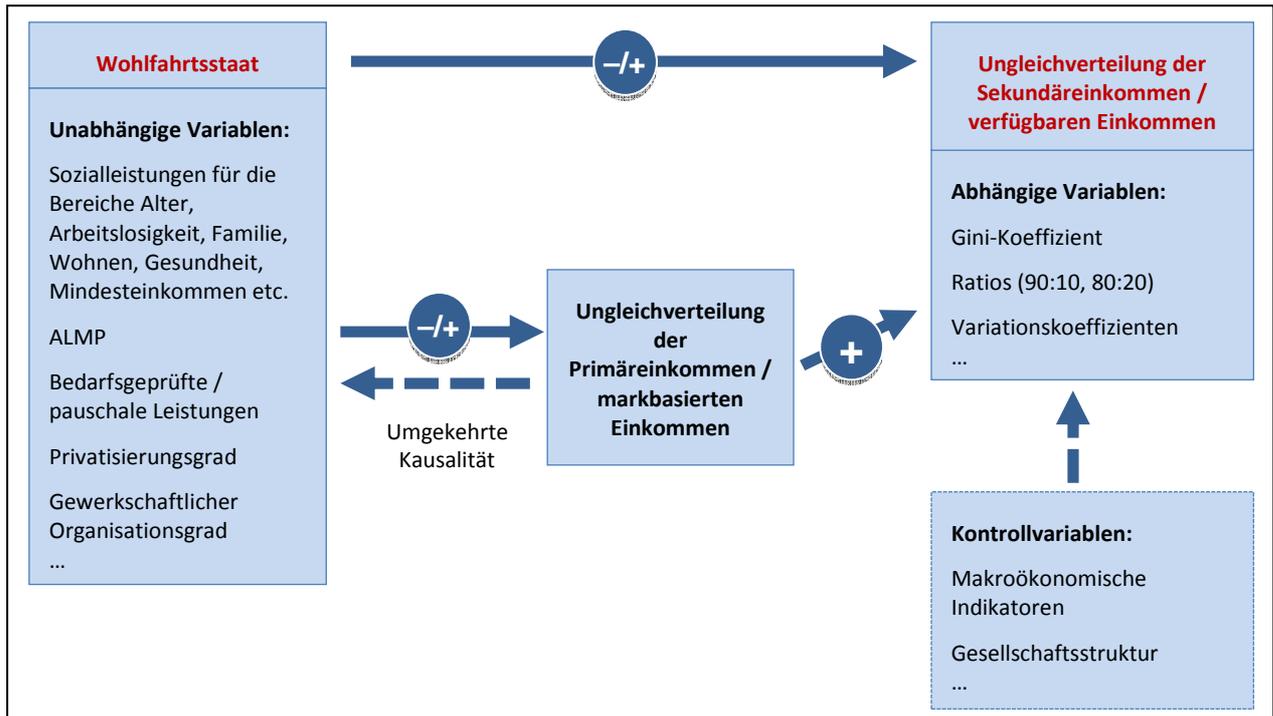


Abbildung 8: Vorgehensweise der meisten Studien zur Beurteilung des Zusammenhangs zwischen Wohlfahrtsstaat und Ungleichverteilung¹⁴⁰

In den meisten Fällen wird die Einkommensverteilung jeweils vor der staatlichen Einflussnahme und danach verglichen, um den Effekt von Wohlfahrtsstaaten erkennen zu können. Dabei werden folgende Begriffe synonym verwendet:

- *Einkommensverteilung vor staatlicher Einflussnahme:* Primärverteilung, Verteilung der Markteinkommen, marktbasierter Einkommensverteilung, Einkommensverteilung vor Steuern und Transfers
- *Einkommensverteilung nach staatlicher Einflussnahme:* Sekundärverteilung, Verteilung der verfügbaren Einkommen, Einkommensverteilung nach Steuern und Transfers

5.3.1. Dekommodifizierung

Dekommodifizierung steht damit in Zusammenhang, inwiefern der Wohlfahrtsstaat Schutz gegen Marktkräfte und ein Ausfallen des Einkommens bietet. Durch die Analyse der Höhe der Sozialausgaben, der Bezugsdauer und der Nettoersatzrate einzelner Programme kann der Effekt von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen beurteilt werden.

Höhe der Sozialausgaben

Neben der Einhebung von Steuern und der öffentlichen Bereitstellung von Dienstleistungen sind Sozialausgaben das dritte Vehikel, womit Staaten Einfluss auf die Einkommensdistribution nehmen

¹⁴⁰ Eigene Darstellung

können.¹⁴¹ Bei Verwendung des Begriffes „Sozialausgaben“ wird auf die von der OECD Expenditure Database (SOCX) verwendete Definition zurückgegriffen, wonach Ausgaben für Alter, Arbeit, Gesundheit, Familie, Wohnen, Mindesteinkommen und andere als Sozialausgaben verstanden werden.¹⁴² Diese Ausgaben sind dazu gedacht, die Bevölkerung gegen gewisse „soziale Risiken“ – in der Form von medizinischen Leistungen, Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe oder Leistungen aus der allgemeinen Sozialversicherung – abzusichern. Vor allem die Sozialhilfe richtet sich an die bedürftigsten Personen der Gesellschaft, wodurch ihre Stellung in der Einkommensdistribution verbessert werden kann. Dennoch können Leistungen zur sozialen Sicherung in manchen Staaten eher regressiv als progressiv wirken und somit keinen bedeutenden Einfluss auf die Einkommensverteilung ausüben. Ein Beispiel ist hier die Rolle der Schattenwirtschaft, in der relativ gesehen mehr Personen der untersten Einkommenschicht als der obersten tätig sind. Diese Form der Arbeit erfüllt nicht die Anspruchsvoraussetzungen der Sozialversicherungsprogramme, wie z.B. Arbeitslosenversicherung, wodurch die redistributive Wirkung nicht entfaltet werden kann.¹⁴³

Bei Interpretation von Sozialleistungsquoten ist zu berücksichtigen, dass Wohlfahrtsregime ihre Ziele hinsichtlich Armutsreduktion und einer Angleichung der Einkommensverteilung im Zuge unterschiedlicher Steuerungsmechanismen erreichen konnten und nicht unbedingt die Höhe der Sozialausgaben allein ausschlaggebend ist. Nach Kosta et al. (2009) kommt es vielmehr auf die Effizienz des Sozialleistungssystems an¹⁴⁴ und eine Reihe zusätzlicher Faktoren der Sozialpolitik sollten mit einbezogen werden, um ein „*institutional deficit*“ zu vermeiden.¹⁴⁵

Eine Beschränkung auf die Analyse der Höhe der Sozialausgaben kann irreführend wirken, falls ein Anstieg sozialer Probleme, wie z.B. der Arbeitslosigkeit, erhöhte Ausgaben für Sozialleistungen, z.B. Arbeitslosengeld, erfordert. Somit wird klar, dass die Entwicklung von Sozialleistungen immer in Anbetracht der damit verbundenen politischen Entscheidungen beurteilt werden muss. So kam es z.B. in Dänemark 1994 zu einer Erhöhung der Ausgaben für Transferzahlungen von 14% im Jahr 1985 auf 20% im Jahr 1994, da gleichzeitig die Arbeitslosigkeit stark anstieg.¹⁴⁶

Darüber hinaus kann der Gesamteffekt der Sozialausgaben mittels eines Vergleichs der Ungleichheitsniveaus jeweils vor und nach dem Erhalt der Leistungen nicht vollständig erfasst werden, da die Existenz dieser wohlfahrtsstaatlichen Leistung bereits die Ungleichheit des

¹⁴¹ vgl. Prasad (2008): 2.

¹⁴² vgl. SOCX (2011)

¹⁴³ vgl. Prasad (2008): 2.

¹⁴⁴ vgl. Kosta et al. (2009): 1, 8.

¹⁴⁵ vgl. Ferrarini (2003): 4

¹⁴⁶ vgl. Green-Pedersen / Baggesen Klitgaard (2008): 155.

Markteinkommens beeinflusst. In diesem Zusammenhang kommt den Sozialleistungen eine Art Versicherungsfunktion zu.¹⁴⁷

Diese Multikollinearitäten berücksichtigend wird folgende Hypothese formuliert:

Hypothese 1

„Je höher die staatlichen Ausgaben für die Sozialleistungen ausfallen, desto eher kann von einem egalisierenden Effekt auf die Einkommensverteilung ausgegangen werden.“

Korpi und Palme (1998) prüfen in ihrer Studie die Wirkung der Höhe der Sozialleistungen (gemessen als prozentueller Anteil am BIP) auf den Gini-Koeffizienten. Dieser Zusammenhang kommt in Abbildung 9 zum Ausdruck. Die Korrelation zwischen den beiden Variablen ist besonders hoch.

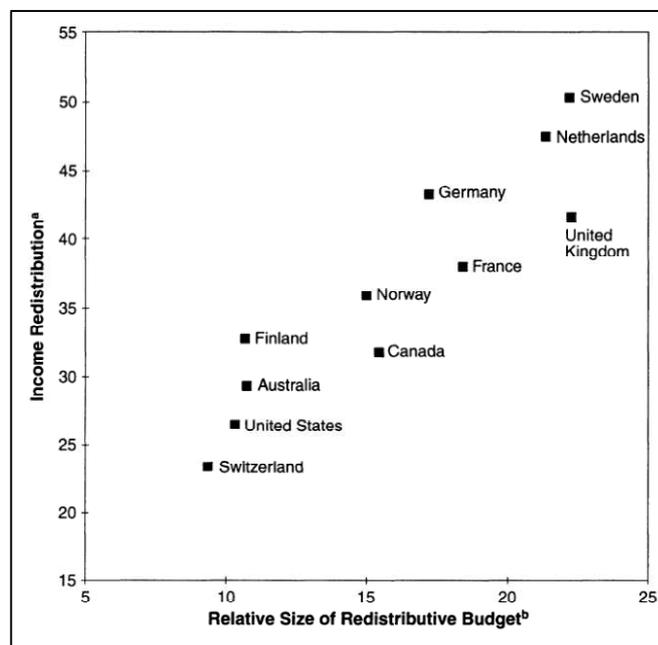


Abbildung 9: Zusammenhang zwischen der relativen Höhe des umverteilten Budgets und der Änderung des Gini-Koeffizienten (Umverteilungswirkung)¹⁴⁸

Förster und Mira d’Ercole (2009) erkennen einen ähnlichen Zusammenhang zwischen Armutsraten und Sozialausgaben.¹⁴⁹ Die Ergebnisse bestätigt auch Niehues (2010), die zusätzlich anführt, dass vor allem Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung und öffentliche Pensionen den stärksten Beitrag des ungleichheitsreduzierenden Effekts der Sozialausgaben ausmachen.¹⁵⁰ Kosta et al. (2009) untersuchen die Effizienz verschiedener wohlfahrtsstaatlicher Regime in 15 EU-Staaten von 1994-2004, inwieweit durch deren Sozialleistungen die Einkommensungleichverteilung beeinflusst wurde.

¹⁴⁷ vgl. Niehues (2010): 19.

¹⁴⁸ Korpi / Palme (1998): 676. Anmerkung: a) Income redistribution = die Reduktion des Gini Koeffizienten vom Markteinkommen zum verfügbaren Einkommen, ausgedrückt als Prozentanteil am Gini Koeffizienten für Markteinkommen. b) Relative Size of Redistributive Budget = Transfereinkommen als Prozentsatz des Bruttoeinkommens (d.h. vor Steuern und nach Transfers).

¹⁴⁹ vgl. Förster / Mira d’Ercole (2009): 11ff.

¹⁵⁰ vgl. Niehues (2010): 20.

Es stellt sich dabei heraus, dass Länder mit einer höheren Ausgabenquote für Sozialleistungen zwar in vielen Fällen auch stärkere Verringerungen der Einkommensungleichverteilung verzeichneten und v.v., man aber nicht einfach höhere Sozialausgaben mit steigenden egalisierenden Effekten gleichsetzen darf. Frankreich und Dänemark weisen nämlich laut der Analyse von Kosta et al. im Beobachtungszeitraum ähnlich hohe Sozialleistungsquoten auf, dennoch verzeichnet Frankreich einen dreimal so hohen Wert des Gini-Koeffizienten verglichen mit jenem von Dänemark.¹⁵¹

Adema (2010) macht darauf aufmerksam, dass es bei Vergleichen der Sozialausgaben auf die Berücksichtigung von Netto-Sozialausgaben ankommt, da Wohlfahrtsstaaten Sozialleistungen unterschiedlich besteuern.¹⁵² So zahlt z.B. in Schweden eine alleinerziehende Person mit zwei Kindern 20% der erhaltenen Arbeitslosenunterstützung in Form von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen an den Staat zurück, wohingegen in Deutschland oder Japan die Sozialleistungen an Arbeitslose nicht besteuert werden. Verschiedene Steuersysteme können somit Unterschiede in den Ausgaben für Sozialleistungen maßgeblich verändern.¹⁵³ Bei Berücksichtigung von Sozialleistungen nach Steuern und Transfers leitet Adema ebenfalls einen positiven Zusammenhang zwischen Sozialausgaben und der damit erzielten Reduzierung der Armutsquoten ab. Dennoch ist die Stärke der Korrelation niedriger als bei Verwendung der Brutto-Sozialausgaben.¹⁵⁴

Esping-Andersen und Myles (2008) verwenden Daten aus OECD-Staaten um den Zusammenhang zwischen den Netto-Sozialausgaben und der prozentuellen Reduzierung der Einkommensungleichverteilung (gemessen durch den Gini-Koeffizienten) nach Steuern und Einkommensumverteilung zu veranschaulichen. Die Ergebnisse der Regressionsanalyse schätzen bei einer zehn-prozentigen Erhöhung der Netto-Sozialausgaben einen ein-prozentigen Rückgang der Einkommensungleichverteilung.¹⁵⁵

Ausgehend von den vorangestellten Überlegungen über die Interpretationsschwierigkeiten der Höhe der Sozialleistungen sind die vorgestellten Studienergebnisse, die Hypothese 1 bestätigen, immer im Rahmen des institutionellen Designs des jeweiligen betrachteten Wohlfahrtsstaates zu beurteilen. Darüber hinaus ist die Betrachtung der Netto-Sozialausgaben aufgrund stark variierender Steuervorgaben in den einzelnen Staaten zu favorisieren.

¹⁵¹ Josifidis et al. (2009): 1, 8.

¹⁵² Anmerkung: Wird in dieser Arbeit der Begriff „Sozialausgaben“ verwendet, so wird bei fehlender zusätzlicher Definition dessen auf die Brutto-Sozialausgaben Bezug genommen, die darin inkludierten Leistungen folgen der Definition der OECD (2010) (Abschnitt 5.3.1).

¹⁵³ vgl. Adema (2010): 34.

¹⁵⁴ vgl. Adema (2010): 41.

¹⁵⁵ vgl. Esping-Andersen / Myles (2008): 5.

Nettoersatzrate und Bezugsdauer

Für die Beurteilung der Effizienz von Sozialleistungen betreffend die Bekämpfung der Armut können die Indikatoren Nettoersatzrate und Bezugsdauer herangezogen werden. Die Nettoersatzrate gibt Auskunft über das Niveau der Leistungen, d.h. in welchem prozentuellen Ausmaß die Leistung zum Einkommen steht. Die Bezugsdauer steht in Verbindung zu Beginn und Auslaufen der Leistungserbringung.¹⁵⁶

Da eine höhere Einkommensersatzleistung als auch eine längere Gewährung der Leistungen die wirtschaftliche Situation von Individuen stärken, wird angenommen, dass die Ausprägungen dieser Indikatoren in einem positiven Verhältnis zur Senkung der Ungleichverteilung der Einkommen stehen, wodurch folgende Hypothesen formuliert werden:

Hypothese 2

„Je höher die Nettoersatzrate der jeweiligen Sozialleistungen ausfällt, desto eher kann von einem egalisierenden Effekt auf die Einkommensverteilung ausgegangen werden.“

Hypothese 3

„Je höher die Bezugsdauer der jeweiligen Sozialleistungen ausfällt, desto eher kann von einem egalisierenden Effekt auf die Einkommensverteilung ausgegangen werden.“

Diese Indikatoren werden von Bäckman (2005) herangezogen, um die Auswirkungen der Arbeitslosenversicherung auf die Armutsraten der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu analysieren. Die Nettoersatzrate steht in Bäckmans Analyse bei einer höheren Ausprägung mit einer gesteigerten armutsreduzierenden Wirkung in Verbindung.¹⁵⁷

Koeniger et al. (2004) kommen in einer ähnlichen Analyse zu dem Ergebnis, dass die Bezugsdauer als auch die Nettoersatzrate jeweils mit der Ungleichheit negativ korrelieren. Darüber hinaus zeigen diese Parameter vor allem bei weniger qualifizierten Arbeitnehmern diesen starken Zusammenhang.¹⁵⁸ Auch ein Bericht der OECD (2011a) unterstreicht die Bedeutung einer höheren Nettoersatzrate, da zum einen die Verhandlungsmacht der weniger gut bezahlten erwerbstätigen Einkommenschichten gestärkt wird und zum anderen die Lohndifferenzen verringert werden können.¹⁵⁹ Aufgrund der Ergebnisse dieser Studien können Hypothesen 2 und 3 bestätigt werden.

5.3.2. Residualismus

Wurde das umverteilende bzw. armuts- und ungleichheitssenkende Potential von einer gewissen Höhe der Sozialausgaben betrachtet, sollen nun Unterschiede in den Anspruchsvoraussetzungen auf

¹⁵⁶ vgl. Bäckman (2005): 3.

¹⁵⁷ vgl. Bäckman (2005): 18f.

¹⁵⁸ vgl. Koeniger et al. (2004): 14.

¹⁵⁹ vgl. OECD (2011a): 104.

ihre egalisierende Wirkung hin untersucht werden, da diese in den allgemeinen Statistiken über die Ausgabenniveaus der Sozialleistungen nicht berücksichtigt werden. Bei einem internationalen Vergleich kann beobachtet werden, dass Staaten mit gleich bzw. ähnlich hohen Sozialausgaben und einer ähnlichen wirtschaftlichen Entwicklung trotzdem eine unterschiedliche Effizienz bei der Armutsreduktion und Ungleichheitsreduktion verzeichnen.¹⁶⁰ Eine Erklärung für diesen Unterschied kann durch die Anspruchsvoraussetzungen der Leistungsvergabe erfolgen, d.h. ob die Leistungsvergabe zielgruppenorientiert nach einer Bedarfsprüfung oder universell erfolgt. In diesem Zusammenhang bezieht sich Esping-Andersen (1989) in seinem wohlfahrtsstaatlichen Vergleich darauf, wie hoch sich das Ausmaß der bedarfsgeprüften Fürsorgeleistungen im Wohlfahrtsstaat beläuft.

Die Diskussion, ob zielgruppenorientierte oder universelle Leistungen einen stärkeren Effekt der Wirkung wohlfahrtsstaatlicher Handlungen auf die Situation der vulnerablen Gruppen ausüben, geht bereits bis in das 19. Jahrhundert zurück. So wurde z.B. die Bedarfsprüfung der britischen Armenfürsorge Anfang 1900 in Frage gestellt, oder um 1820 startete in den USA eine Debatte über den universellen Zugang öffentlicher Bildungseinrichtungen.¹⁶¹

Bezüglich der Bestimmung der Leistungshöhe herrscht eine ähnliche Debatte. Es kann argumentiert werden, dass Leistungen, deren Höhe sich am Einkommen der Bezieher orientiert, jenen Schichten mit weniger Einkommen mehr Leistungsumfang gewähren, während für reichere Einkommensschichten eine geringere Leistungsvergabe erfolgt. Demgemäß lassen sich folgende Hypothesen formulieren:

Hypothese 4

„Je höher sich das Ausmaß der zielgruppenorientierten Leistungen, die an vulnerable Gruppen verteilt werden, beläuft, desto eher kann von einem egalisierenden Effekt auf die Einkommensverteilung ausgegangen werden.“

Hypothese 5

„Je stärker sich die Leistungshöhe am Einkommen orientiert, desto eher kann von einem egalisierenden Effekt auf die Einkommensverteilung ausgegangen werden.“

Wie bereits im vorangegangenen Kapitel angeführt, untersuchen Korpi und Palme (1998) die Systeme der Alterssicherung und des Gesundheitssystems – ihrer Meinung nach die zentralen Programme eines Wohlfahrtsstaates – auf die Wirkung auf den Gini-Koeffizienten und die

¹⁶⁰ vgl. Kim (2002): 107.

¹⁶¹ vgl. Mitchell (1994): 315.

Armutsraten¹⁶² in 18 OECD-Staaten. Tabelle 4 stellt die fünf Staaten-Gruppen vor, die von den beiden Sozialforschern analysiert werden und gibt in der zweiten Spalte Auskunft über die jeweiligen Anspruchsvoraussetzungen. Wie sich die Höhe der Leistungen bestimmt, geht aus der dritten Spalte hervor, d.h. die Ausprägungen dieser Variable inkludieren einkommensabhängige und pauschale Leistungen als auch Mindestleistungen, je nachdem, wie stark das Einkommen der Leistungsempfänger zur Berechnung der Höhe der Leistungen herangezogen wird.¹⁶³

Modell	Anspruchsvoraussetzungen (zu Hypothese 4)	Höhe der Leistungen (zu Hypothese 5)	Umverteilungseffekt	Länder
Zielgruppenorientiertes Modell („targeted“)	nachgewiesene Bedürftigkeit	Mindestleistungen	„Robin Hood“-Modell = Transfer von den Reichen zu den Armen	Australien
Freiwilliges staatlich subventioniertes Modell („voluntary state-subsidized“)	Beiträge, Mitgliedschaft	Pauschal oder einkommensabhängig	-	-
Korporatistisches Modell („corporatist“)	Berufsgruppen und Arbeitsmarktpartizipation	Einkommensabhängig	„Matthäus“-Modell = relativ und absolut gesehen höhere Transfers an die Reichen als an die Armen	Österreich, Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan,
Modell der Grundsicherung („Basic security“)	Staatsangehörigkeit oder Beiträge	pauschal	relativ gesehen wird mehr an die Armen transferiert als an die Reichen	Kanada, Dänemark, Irland, Niederlande, Neuseeland, Schweiz, Großbritannien, USA
Umfassendes Modell („Encompassing“)	Staatsangehörigkeit und Arbeitsmarktpartizipation	Pauschal und einkommensabhängig	Basisleistungen für jeden Staatsbürger und einkommensabhängige Leistungen für Aktive am Arbeitsmarkt bringen Individuen in gleiche institutionelle Arrangements	Finnland, Norwegen, Schweden,

Tabelle 4: Institutionen der sozialen Sicherung nach Korpi / Palme (1998)¹⁶⁴

Korpi und Palme erhalten aus ihrer durchgeführten Regressionsanalyse das Resultat, dass in Ländern mit hoher Zielgruppenorientierung, d.h. welche bei der Leistungsvergabe zugunsten der Armen gleichzeitig die Reichen und die Mittelschicht diskriminieren, Systeme privater Sicherung für jene mit höherem Einkommen essentiell werden und somit keine breite Unterstützungsmotivation für den Wohlfahrtsstaat und damit einhergehend die Situation der Armen aufgebracht wird. Daraus ergibt sich eine positive Korrelation zwischen einem hohen Anteil zielgruppenorientierter Leistungen und der Ungleichheit der Einkommen.

Im umfassenden Modell wird die stärkste Wirkung auf die Ungleichverteilung der Einkommen gesehen, da durch die Kombination einkommensunabhängiger und –abhängiger Komponenten sich alle Gesellschaftsschichten auf der gleichen institutionellen Basis des Wohlfahrtsstaates finden. Dadurch, dass den reicheren Schichten gerade so viele Leistungen geboten werden, um sie zur

¹⁶² Anmerkung: Armutsrate = Prozentsatz der Bevölkerung mit einem Einkommen unter 50% des Medians

¹⁶³ vgl. Korpi / Palme (1998): 666.

¹⁶⁴ vgl. Korpi / Palme (1998): 666, 674.

Unterstützung des Wohlfahrtsstaates zu motivieren, profitieren gleichzeitig auch die ärmeren Individuen der Gesellschaft.¹⁶⁵

Nelson (2003) unterstützt die Empfehlung von Korpi und Palme, für einen armutssenkenden Effekt von einer ausschließlichen Zielgruppenorientierung an die ärmsten Schichten abzugehen, da seine Vergleichsstudie zeigt, dass die Gewährung von Sozialleistungen, vor allem was die Sozialversicherung betrifft, auf andere Einkommensschichten ausgeweitet werden sollte, um eine höhere armutssenkende Wirkung zu generieren.¹⁶⁶

Niehues (2010) erkennt ebenfalls, dass stärker zielgruppenorientierte Leistungen keinen signifikanten Einfluss auf die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen ausüben. Bezüglich der Verteilung der Markteinkommen stellt Niehues fest, dass bedarfsorientierte Leistungen bereits die Ungleichheit der Markteinkommen negativ beeinflussen. Dies lässt sich dadurch erklären, dass sich bedarfsorientierte Leistungen mit einem Anstieg des Einkommensniveaus reduzieren, wodurch negative Anreize für das Arbeitskräfteangebot entstehen.¹⁶⁷ Dadurch können sich die umverteilenden Effekte der zielgruppenorientierten Leistungen durch negative verhaltensbezogene Effekte reduzieren.¹⁶⁸ Atkinson (1995) bringt dies folgendermaßen zum Ausdruck¹⁶⁹:

„... the case for greater targeting is typically based on the assumption of a fixed total budget for the social security ministry (...) Account has to be taken of changes in the behaviour of recipients, and the limits to targeting may arise from the adverse incentives created”

Im Rahmen seiner Analyse der Effizienz in der Armutsreduktion von Steuern und Transfers elf westlicher Wohlfahrtsstaaten kommt Kim (2002) zu dem Ergebnis, dass obwohl ein Trend zu einem verstärkten Fokus auf Anspruchsvoraussetzungen bzw. Bedarfsprüfung in Wohlfahrtsstaaten beobachtet werden kann, dennoch die Reduktion der Armut in diesen Staaten nicht wie angenommen, ebenfalls angestiegen sondern auf einem stabilen Niveau geblieben ist. Dies könnte damit zusammenhängen, dass bedarfsorientierte Wohlfahrtsleistungen die implizite Steuerbelastung für die einkommensstärkeren Bevölkerungsschichten erhöhen, da sie verhältnismäßig weniger von den Leistungen profitieren, je weiter oben sie sich in der Einkommensdistribution befinden, und somit keine Anreize für die Unterstützung des Wohlfahrtsstaates entstehen.¹⁷⁰

¹⁶⁵ vgl. Hirschman 1979 zitiert in Korpi / Palme (1998): 672.

¹⁶⁶ vgl. Nelson (2003): 159f.

¹⁶⁷ vgl. Bergh (2005) zitiert in Niehues (2010): 6.

¹⁶⁸ vgl. Niehues (2010): 6, 18.

¹⁶⁹ Atkinson (1995): 22 zitiert in Niehues (2010): 7.

¹⁷⁰ vgl. Kim (2002): 125ff.

Mahler und Jesuit (2006) erkennen, dass Umverteilung stärker mit dem Ausmaß der Sozialleistungen als mit deren Grad der Zielgruppenorientierung korreliert.¹⁷¹ Esping-Andersen und Myles (2008) weisen auf die Schwierigkeit hin, den egalisierenden Effekt von universellen Leistungen zu analysieren, dennoch kann davon ausgegangen werden, dass durch die Besteuerung der meisten Leistungen, vor allem im Falle einer starken Progressivität¹⁷², das Ergebnis der universellen Leistungen eine vertikale Umverteilung ist und somit egalisierende Effekte erzielt werden können.¹⁷³

Angesichts dieser Studienergebnisse, die eine universelle Leistungsvergabe befürworten und darüber hinaus eine Kombination von universellen, pauschalen Leistungen, die Kriterien wie Staatsangehörigkeit oder Wohnsitz festlegen, mit einkommensabhängigen Leistungen, die Arbeitsmarktpartizipation verlangen, vorschlagen, wird Hypothese 4 nicht bestätigt, sondern durch die Formulierung einer Hypothese, die durch die Studien Bestätigung findet, ersetzt. Hypothese 5 wird ebenfalls umformuliert, da Korpi und Palmes Studie darauf aufmerksam machte, dass eine Kombination einer gewissen Basis pauschaler Leistungen mit einkommensabhängigen Leistungen (→umfassendes Modell) den stärksten armutssenkenden Effekt ausübt.

Ersatz Hypothese 4:

„Je höher sich das Ausmaß der universellen Leistungen beläuft, desto eher kann von einem egalisierenden Effekt auf die Einkommensverteilung ausgegangen werden.“

Ersatz Hypothese 5

„Je stärker die Ausprägungen eines umfassenden Wohlfahrtsstaates (Kombination pauschaler und einkommensabhängiger Leistungen) verfolgt werden, desto eher kann von einem egalisierenden Effekt auf die Einkommensverteilung ausgegangen werden.“

EXKURS: Residualismus hinsichtlich Alter / Pensionen

Palme (2006) testet vier verschiedene institutionelle Komponenten des Rentensystems, welche der Übersicht aus Tabelle 5 zu entnehmen sind.

¹⁷¹ vgl. Mahler / Jesuit (2006): 507.

¹⁷² Auf die Progressivität des Steuer- und Transfersystems wird in Abschnitt 5.3.6 eingegangen.

¹⁷³ vgl. Esping-Andersen / Myles (2008): 8.

Rentensystem	Komponenten	Länder
Bürgerrenten	Gewährung unabhängig von Bedarfsprüfung oder Notwendigkeit eines früheren Einkommens	Kanada, Dänemark, Finnland, Niederlande, Norwegen, Schweden
Mindestrenten	bedarfsabhängige Bestandteile sind inkludiert	Kanada, Australien, Schweiz, Irland, GB, USA, Dänemark, Frankreich, Italien
Arbeitermindestrente	ein Mindestmaß an Jahren mit Erwerbseinkommen bzw. Beitragszahlungen wird vorausgesetzt	Österreich, Deutschland
Arbeiterrente	„diejenige Leistung, die auf der Basis von 35 Erwerbs- oder Beitragsjahren mit einem durchschnittlichen Produktionsarbeiterlohn gewährt wird“ ¹⁷⁴	Schweden, Österreich, Finnland, Italien, Norwegen, Dänemark, USA, GB, Kanada, Belgien, Deutschland, Irland, Schweiz

Tabelle 5: Arten von Altersrentensystemen¹⁷⁵

In der durchgeführten Regressionsanalyse um die Wirkung dieser Komponenten auf die relative Armut in 16 Staaten zu testen, zeigt sich, dass die Bürgerrente den stärksten Effekt auf die Senkung der Armut ausübt. Die Mindestrente und Arbeitermindestrente wirken ebenfalls senkend auf die Armutsraten, wenngleich der Effekt schwächer ist als bei der Alternative der Bürgerrenten. Die Korrelation der Arbeiterrente mit den Armutsraten ist zwar negativ, aber im Regressionsmodell nicht signifikant. Palme misst der Bürgerrente somit den größten Erfolg in der Senkung der Einkommensungleichverteilung, zugunsten der vulnerablen Gruppen, bei.¹⁷⁶

Es sei hier angemerkt, dass die Unterschiede in der Einkommensverteilung bei der älteren Bevölkerungsschicht neben der Art der Rentensysteme auch in gewissem Maße vom früheren Einkommensniveau, dem Grad der Partizipation am Arbeitsmarkt und unterschiedlichen demografischen Eigenschaften bestimmt werden.¹⁷⁷

5.3.3. Privatisierung

Der Großteil der Analysen über die Wirkung der sozialen Sicherungssysteme konzentriert sich auf den öffentlichen Bereich und schenkt den Arten sozialer Privatvorsorge relativ wenig Aufmerksamkeit, obwohl diese erstere substituieren oder ergänzen können.¹⁷⁸ Darüber hinaus setzen aufgrund von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen viele Wohlfahrtsstaaten verstärkt auf die Steigerung der Systeme privater Vorsorge, um die öffentlichen Ausgaben für Sozialleistungen begrenzen zu können. Aufgrund ihrer geringeren Partizipationsmöglichkeiten in sozialen Vorsorgeprogrammen kann angenommen werden, dass ein verstärkter Fokus auf private Sozialausgaben in Wohlfahrtsstaaten die untersten Einkommensschichten der Bevölkerung benachteiligt.

¹⁷⁴ Palme (2006): 187.

¹⁷⁵ eigene Darstellung in Anlehnung an Palme (2006): 187f.

¹⁷⁶ vgl. Palme (2006): 189f.

¹⁷⁷ vgl. Palme (2006): 184. Anmerkung: Zu einer genaueren Beschreibung der Bedeutung von privaten

Sozialleistungen siehe Kapitel 5.3.3.

¹⁷⁸ vgl. OECD (2010)

Hypothese 6

„Je geringer sich der Anteil privater Sozialausgaben beläuft, desto eher kann von einem egalisierenden Effekt auf die Einkommensverteilung ausgegangen werden.“

Caminada und Goudwaard (2004, 2009) analysieren den Einfluss der Kombination der privaten und öffentlichen Sozialvorsorge auf die Ungleichverteilung der Einkommen in OECD-Nationen anhand der Nutzung von Regressionsmodellen. Um das Zusammenspiel der privaten und öffentlichen Sozialausgaben auf die Ungleichverteilung der Einkommen zu erkennen, werden die gesamten Sozialausgaben der betrachteten Länder in ihre öffentlichen und privaten Komponenten unterteilt. Zuerst wurde eine Komplementarität zwischen öffentlichen und privaten Sozialausgaben festgestellt, wodurch eine niedrigere öffentliche Sozialleistungsquote eine gestiegene Bedeutung von privaten Sozialvorsorgesystemen hervorrufen wird.¹⁷⁹

Die Unterschiede in den Wirkungen der öffentlichen und privaten Sozialausgaben veranschaulichen die beiden Diagramme in Abbildung 10. Öffentliche Sozialausgaben stehen nach dieser Analyse in einem negativen Zusammenhang zum Gini-Koeffizienten. Das Bild dreht sich um, wenn man die privaten Sozialausgaben auf ihre egalisierende Wirkung hin untersucht, d.h. es besteht eine positive Korrelation zwischen dem Level an privaten Sozialausgaben und dem Gini-Koeffizienten. Vor allem ist der Anteil der privaten Pensionen ausschlaggebend für diese negative Wirkung, da die reicheren Bevölkerungsschichten davon eher profitieren und somit die Ungleichheit erhöhen. Auch bei einer Überprüfung unter Verwendung anderer Ungleichheitsmessmethoden veränderten sich die Zusammenhänge nicht. Darüber hinaus erkennen Caminada und Goudwaard, dass ein hoher Anteil privater Sozialausgaben die positiven Effekte öffentlicher Sozialausgaben auf die Einkommensdistribution mindern bzw. teilweise sogar aufheben kann.

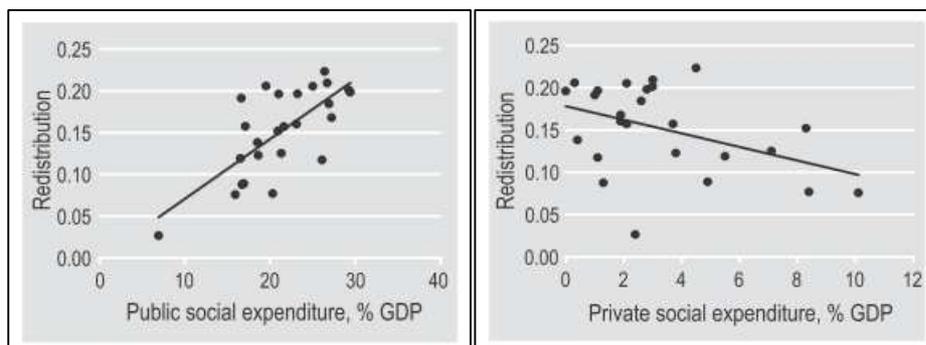


Abbildung 10: Zusammenhang zwischen öffentlichen und privaten Sozialausgaben (Prozent des BIP) und Gini-Koeffizienten¹⁸⁰

Adema (2010) erkennt ebenfalls, dass öffentliche und private Sozialausgaben unterschiedliche distributive Wirkungen zeigen. Wie bereits bei der Analyse der Gesamtsozialausgaben zeigt sich

¹⁷⁹ vgl. Caminada / Goudwaard (2004): 9f.

¹⁸⁰ Goudwaard / Caminada (2009): 13.

durch Ademas Studie, dass bei Berücksichtigung von Steuern auf diese Leistungen dieser Zusammenhang schwächer wird.¹⁸¹

Die Ergebnisse der quantitativen Studien bestätigen Hypothese 6. Ein Grund für den schwächeren Effekt der privaten Sozialleistungen könnte darin liegen, dass es den höheren Einkommensschichten leichter fällt, an privaten Sozialprogrammen zu partizipieren und damit in vielen Fällen einkommensabhängige Leistungen verbunden sind. Soziale Privatvorsorge ist auch oft Gegenstand von Steuervergünstigungen und diese werden mit dem Ziel gewährt, die Bereitstellung privater Leistungen zu stimulieren, vorwiegend ist dies bei supplementären Pensionsprogrammen der Fall. Diese fiskalischen Vorteile stehen in einem positiven Zusammenhang zum Einkommenslevel in den meisten Staaten, was den egalisierenden Effekt hinsichtlich der Einkommensungleichheit verringert, da der Anreiz der steuerlichen Absetzbarkeit der privaten Vorsorgebeiträge vor allem Individuen mit einem höheren relativen Einkommen anspricht.¹⁸² In diesem Fall wirken Sozialleistungen eher regressiv als progressiv. In den USA sind Steuererleichterungen in Kombination mit privaten Sozialausgaben besonders stark ausgeprägt. Dies kann zum Teil erklären, warum in den USA die Reduktion der Einkommensungleichheit mittels Sozialausgaben geringer ausfällt, als deren Anteil am BIP vermuten ließe, d.h. der positive Einfluss der amerikanischen Sozialausgaben wird dadurch verringert.¹⁸³

Am Beispiel Finnland kann der Effekt von privaten Renten verdeutlicht werden, da sich in dem Land zeigte, dass je mehr private Renten durch lohnabhängige öffentliche Pensionssysteme substituiert worden sind, eine gleichmäßigere Einkommensverteilung der älteren Bevölkerungsschicht erreicht werden konnte, weil private Renten die Tendenz zu einer ungleichen Einkommensdistribution aufweisen. In Bezug darauf ist zu betonen, dass im Falle höherer Abdeckungs- und Unterstützungsniveaus der Rentensysteme, private Vorsorgeleistungen an Attraktivität verlieren.¹⁸⁴

5.3.4. Vollbeschäftigungsgarantie

Esping-Andersens Indikatoren für den Bereich „Vollbeschäftigungsgarantie“ sind die Höhe der staatlichen Ausgaben für Aktive Arbeitsmarktpolitik (ALMP) als auch die Bedeutung der öffentlichen Beschäftigung. Wie bei der Beschreibung der Kategorien der ALMP in Kapitel 4.2.2.2 angeführt, stellt öffentliche Beschäftigung einen Teil der nachfrageseitigen Maßnahmen der ALMP dar und wird daher in dieser Arbeit nicht eigenständig betrachtet. Nach Katz (1994) spielt ALMP in der Erreichung von zwei wichtigen Zielen eine bedeutende Rolle: Zum einen ist das die Reduktion der

¹⁸¹ vgl. Adema (2010): 47.

¹⁸² vgl. Caminada / Goudswaard (2004): 7 und Casey / Yamada (2003) zitiert in Caminada / Goudswaard (2004): 7.

¹⁸³ vgl. Fahey (2010): 13.

¹⁸⁴ vgl. Palme (2006): 184.

strukturellen und fluktuationsbedingten Arbeitslosigkeit. Das zweite Ziel stellt die Verbesserung der Einkommens- und Beschäftigungssituation der Zielgruppe dar.¹⁸⁵ Aufgrund des zweiten Zieles wird verdeutlicht, dass ALMPs das Potential zu einer Senkung der Ungleichverteilung der Einkommen innewohnt, wodurch folgende Hypothese gebildet wird:

Hypothese 7

„Je höherer der Anteil der Ausgaben für Aktive Arbeitsmarktpolitik ausfällt, desto eher kann von einem egalisierenden Effekt auf die Einkommensverteilung ausgegangen werden.“

Vanhoudt (1997) analysiert neben der Rolle des Wirtschaftswachstums die Bedeutung der aktiven und passiven Arbeitsmarktpolitik, um die Unterschiede der Einkommensungleichheit zwischen Nationen verstehen zu können. Aktive Arbeitsmarktpolitik wird dabei in einem signifikanten, positiven Zusammenhang mit einer Senkung der Ungleichverteilung der Einkommen gesehen. Nach Vanhoudts Analyse zeigt sich die Tendenz, dass durch ALMP der Einkommensanteil des untersten Fünftels der Einkommensverteilung erhöht und jener des obersten Quintils verringert werden kann. Relativ gesehen sind die durch ALMP hervorgerufenen Einkommensverluste des obersten Quintils schwächer als die Einkommensgewinne der untersten 20 Prozent.¹⁸⁶

Mit dem Zusammenhang zwischen unterschiedlichen Kategorien der Sozialausgaben und Umverteilung in industrialisierten Staaten befassen sich Moene und Wallerstein (2003). Die Ergebnisse der Studie deuten darauf hin, dass Ausgaben für ALMP in einem signifikanten Zusammenhang zur umverteilenden Wirkung von Wohlfahrtsstaaten stehen, d.h. in Staaten deren Einkommensverteilung gleicher ist werden höhere Ausgaben für aktivierende Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik verzeichnet.¹⁸⁷

Abgesehen von den beiden vorgestellten Studien konnten keine weiteren für diese Arbeit relevanten Publikationen ausfindig gemacht werden, die ALMP in Verbindung zu Einkommensverteilung setzen. Der Großteil der Studien über die Wirkung von ALMP befasst sich mit deren Einfluss auf Beschäftigungsniveaus und Einkommen und weniger mit deren Relevanz hinsichtlich der Ungleichheit der Einkommensverteilung. Aufgrund dessen werden nun Studien herangezogen, die die vorgestellten Ergebnisse von Vanhoudt und Moene und Wallerstein untermauern sollen, wenngleich sie nicht direkt die Beziehung zwischen ALMPs und Ungleichheit berücksichtigen, sondern über den indirekten Einfluss von ALMP auf die Beschäftigungsraten unterschiedliche Ungleichheitsniveaus zwischen Staaten zu erklären versuchen.

¹⁸⁵ vgl. Katz (1994): 259f.

¹⁸⁶ vgl. Vanhoudt (1997): 12.

¹⁸⁷ vgl. Moene / Wallerstein (2003): 24.

Nach Myles und Esping-Andersen (2008) spielen ALMP eine maßgebliche Rolle in der Reduktion der Arbeitslosigkeit. Katz (1997) fasst Studien über die Effektivität von ALMP hinsichtlich der Reintegration von Arbeitslosen in Beschäftigungsverhältnisse zusammen, die sich auf den US-amerikanischen Raum beziehen. Dabei zeigt sich, dass vor allem die Unterstützung bei der Jobsuche die Dauer zwischen Beginn und Ende der Arbeitslosigkeit verringern konnte und somit ein positiver Effekt auf die Beschäftigungsrate erzielt werden kann.¹⁸⁸

Trotz der Unklarheit in der Forschung über die Wirkung von Beschäftigungsraten auf die Ungleichheit, kann angenommen werden, dass ein mit Arbeitslosigkeit konfrontierter Haushalt für gewöhnlich ökonomische Kosten zu tragen hat, was seine Stellung in der Einkommensverteilung beeinflussen kann.¹⁸⁹ Kenworthy und Pontussons (2005) Analyse des Zusammenhanges zwischen Beschäftigungsniveaus und Ungleichheit verstärkt die eben vorgebrachten Annahmen. Die beiden Studienautoren kommen zu dem Schluss, dass Schrumpfungen der Beschäftigungsraten zu einer disproportionalen Schwächung der Beschäftigungsmöglichkeiten führen und folglich die finanzielle Situation von Haushalten mit niedrigem Einkommen erschweren; auf der anderen Seite profitieren Haushalte mit niedrigem Einkommen disproportional von wachsenden Beschäftigungsmöglichkeiten.¹⁹⁰ Darüber hinaus wurde ebenfalls durch die Analyse von Jenkins (1993) herausgefunden, dass Veränderungen der Einkommensdistribution in Großbritannien unter anderem auf Unterschiede in den Beschäftigungsraten zurückgeführt werden können.¹⁹¹

Hypothese 7 kann aufgrund der Untersuchungsergebnisse von Moene und Wallersten und Vanhoudt bestätigt werden. Ebenfalls deuten die übrigen vorgebrachten Studienergebnisse darauf hin, dass ALMP über ihre Wirkung auf Beschäftigungsraten indirekt einen senkenden Effekt auf die Ungleichverteilung der Einkommen ausüben kann.

5.3.5. Korporatismus / Etatismus

Etatismus leitet sich vom französischen Begriff für Staat („état“) ab und definiert die Einstellung, dass Gesellschaftsproblemen durch öffentliche Vereinbarungen bzw. Regelungen begegnet werden soll. Korporatismus bezeichnet generell die Einbindung von Gesellschaftsgruppen bei politischen Entscheidungsprozessen, genauer spricht der Begriff ein Wirtschafts- und Politiksystem an, das Arbeits- und Lohnverhandlungen zwischen den unterschiedlichen Interessensgruppen (v.a. Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen) friedlich ohne Klassen- oder Arbeitskämpfe

¹⁸⁸ vgl. Meyer (1992) und US Department of Labor (1994) zitiert in Katz (1997): 266.

¹⁸⁹ vgl. Bäckmann (2005): 8.

¹⁹⁰ vgl. Kenworthy / Pontusson (2005): 454.

¹⁹¹ vgl. Jenkins (1993) zitiert in IMF (1997): 1.

durchführt.¹⁹² Dieser Bereich fällt genau genommen in die Arbeitsmarktpolitik der Wohlfahrtsstaaten und soll hier Betrachtung finden, da die später vorgebrachten Studien verdeutlichen, dass Wohlfahrtsstaaten mit voneinander abweichenden gewerkschaftlichen Ausprägungen auch unterschiedliche Effekte in der Ungleichheitsreduktion verzeichnen.

In diese Kategorie fällt die Betrachtung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades, der dem Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung entspricht, als auch der Zentralisierungsgrad der Tarifverhandlungen beginnend bei lokaler individueller Lohnsetzung zwischen Arbeitgeber und -nehmer bis hin zu zentralisierter Lohnsetzung im Rahmen verpflichtender Abkommen zwischen gewählten Repräsentanten der Verhandlungsparteien.¹⁹³

Angesichts der Beobachtungen einer ansteigenden Ungleichheit der Einkommen bei gleichzeitig sinkendem gewerkschaftlichen Organisationsgrad kann angenommen werden, dass die beiden Faktoren in einem Verhältnis zueinander stehen.¹⁹⁴ Dasselbe gilt für den Zentralisierungsgrad der Lohnverhandlungen. Grund für die Annahme liegt darin, dass mit einem höheren gewerkschaftlichen Organisationsgrad und einer stärkeren Zentralisierung der Lohnverhandlungen die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer steigt und somit bessere Konditionen in den Tarifverhandlungen erzielt werden können, die indirekt die Einkommensdistribution beeinflussen. Ein wichtiger Faktor dabei ist natürlich die Komposition der gewerkschaftlichen Vertreter, denn es ist bedeutend, dass Vertreter die Interessen aller Einkommensschichten ausdrücken, um einen Einfluss auf die Einkommensdistribution nehmen zu können. Basierend auf diesen Überlegungen sollen folgende Hypothesen geprüft werden:

Hypothese 8

„Je höher sich der gewerkschaftliche Organisationsgrad beläuft, desto eher kann von einem egalisierenden Effekt auf die Einkommensverteilung ausgegangen werden.“

Hypothese 9

„Je höher sich der Zentralisierungsgrad der Lohnverhandlungen beläuft, desto eher kann von einem egalisierenden Effekt auf die Einkommensverteilung ausgegangen werden.“

Der Beziehung zwischen Ungleichheit der Löhne und Veränderungen des Organisationsgrades der Gewerkschaften widmet sich unter anderem eine OECD-Studie (2011). Es kann ein negativer Zusammenhang zwischen der gewerkschaftlichen Abdeckung in einem Land und der

¹⁹² vgl. Duden (2011), Wörterbuch der Sozialpolitik (2011).

¹⁹³ vgl. Wallerstein (1999): 672.

¹⁹⁴ vgl. ILO (2008): 71.

Ungleichverteilung der Löhne entdeckt werden, wenngleich dieser Zusammenhang in der Analyse der OECD von wenigen Staaten beeinflusst wird.¹⁹⁵

Wallerstein (1999) prüfte in seiner Studie von 16 OECD-Staaten im Beobachtungszeitraum von 1980-1992 die Auswirkungen von Institutionen der Lohnfindung auf Einkommensungleichheiten. Als unabhängige Variablen verwendet Wallerstein unter anderen den Zentralisierungsgrad der Tarifverhandlungen als auch den gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Wallerstein kommt zu dem Ergebnis, dass der Zentralisierungsgrad der Tarifverhandlungen den stärksten Prädiktor für internationale Unterschiede in der Einkommensdistribution im Zeitverlauf darstellt, wodurch die Bedeutung der gewerkschaftlichen Partizipation dargestellt wird. Die kollektive Lohnentscheidung führt somit zu einer höheren Gleichheit der Einkommen als bei individuellen Lohnverhandlungen.¹⁹⁶

Einen ähnlichen Ansatz verfolgen Rueda und Pontusson (2000), indem sie ebenfalls den Einfluss des gewerkschaftlichen Organisationsgrades und des Zentralisierungsgrades der Tarifverhandlungen auf ihre einkommensungleichheitsreduzierende Wirkung testen. Bezüglich der gewerkschaftlichen Abdeckung kommen sie zu der gleichen Aussage wie Wallerstein, während der Zentralisierungsgrad der Tarifverhandlungen zwar laut den Ergebnissen der Studie eine ungleichheitssenkende Rolle spielt, aber in liberalen Wohlfahrtsstaaten weniger einflussreich als in sozialdemokratischen ist.¹⁹⁷

Ein Bericht der International Labour Organisation (2008) inkludiert unter anderem eine Analyse der Institutionen des Arbeitsmarktes auf ihre Wirkung auf die Einkommensverteilung und fasst zusammen, dass Länder mit höherem gewerkschaftlichem Organisationsgrad einen entwickelteren Wohlfahrtsstaat aufweisen und deshalb auch die umverteilende Wirkung stärker ausgeprägt ist.¹⁹⁸

Bradley et al. (2003) gehen in ihrer Studie der Frage nach, ob demografische und wirtschaftliche Variablen oder institutionelle und politische Determinanten für unterschiedliche (Um-)Verteilungswirkung der Wohlfahrtsstaaten verantwortlich gemacht werden können. In der Studie werden die Determinanten der Ungleichheiten der Markteinkommen als auch der Sekundäreinkommen berücksichtigt. Ähnlich wie Rueda und Pontusson (2000) kommen Bradley et al. zu dem Resultat, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad einen stärkeren ungleichheitsreduzierenden Effekt ausübt als der Zentralisierungsgrad der Tarifverhandlungen. Beide Faktoren sind für eine stärkere Umverteilung, gemessen als die Differenz zwischen Primär-

¹⁹⁵ vgl. OECD (2011): 102.

¹⁹⁶ vgl. Wallerstein (1999): 650, 676.

¹⁹⁷ vgl. Rueda / Pontusson (2000): 378ff.

¹⁹⁸ vgl. ILO (2008): 86, 91.

und Sekundärverteilung der Einkommen, verantwortlich. Dadurch wird deutlich, dass Gewerkschaften nicht nur durch die Verhandlung von Löhnen auf die Primärverteilung Einfluss nehmen können, sondern indirekt starke Gewerkschaften auch Hinweise für andere umverteilende politische Variablen darstellen, die politische Entscheidungen beeinflussen, und sich ebenfalls in der Sekundärverteilung ausdrücken.¹⁹⁹

Calderón et al. (2004) testen den Effekt von staatlichen Regulierungen auf die Einkommensdistribution mit einem Sample von 121 Staaten und erhalten als Resultat, dass der Indikator „Mitgliedschaft bei Gewerkschaften“ zwar eine senkende Wirkung auf die Ungleichverteilung der Einkommen ausübt, dennoch dieser Effekt das unterste Quintil verglichen zum mittleren Bereich der Verteilung weniger begünstigt.²⁰⁰

Aufgrund der Ergebnisse der vorgestellten Studien Hypothesen 8 und 9 bestätigt werden. Die ökonomische Erklärung für den Zusammenhang zwischen gewerkschaftlichem Organisationsgrad bzw. Zentralisierungsgrad der Tarifverhandlungen und Einkommensungleichheit nimmt an, dass die dezentralisierten Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und –nehmer in gewisser Weise ineffizient sind und Marktversagen durch Interessensvertretungen ausgeglichen werden muss. Die politische Erklärung weist auf den damit verbundenen verstärkten Einfluss unterschiedlicher Gruppen im Lohnverhandlungsprozess hin.²⁰¹ In dezentralisierten Lohnverhandlungen zwischen Arbeitgeber und –nehmer ist das Resultat Ausdruck des individuellen Wertes des Arbeitnehmers für den Arbeitgeber, auf gewerkschaftlicher Ebene wird die Bedeutung der gesamten vertretenen Arbeitnehmer für den Arbeitsmarkt ausgedrückt, wodurch ein höherer gewerkschaftlicher Organisationsgrad diese Bedeutung erhöht und somit einen stärkeren Beitrag zu einer egalitären Einkommensdistribution geleistet werden kann.²⁰²

5.3.6. Umverteilungskapazität

Der Ungleichheit der Markteinkommen versucht der Wohlfahrtsstaat durch einen gewissen Progressionsgrad der Steuern und Transfers zu begegnen. Auf die Hypothesenbildung wird bei der Kategorie „Umverteilungskapazität“ verzichtet, da durch das Steuer- und Transfersystem Staaten automatisch umverteilen und durch die Differenz der Verteilung des marktbasierten Einkommens und der Verteilung des verfügbaren Einkommens kommt bereits die umverteilende Wirkung von Steuern und Transfers zum Ausdruck. Das Ausmaß dieser Umverteilung hängt dabei nicht nur vom

¹⁹⁹ vgl. Bradley et al. (2003): 225ff.

²⁰⁰ vgl. Calderón (2004): 6.

²⁰¹ vgl. Freeman / Medoff (1984) zitiert in Wallerstein (1999): 674.

²⁰² vgl. Wallerstein (1999): 675.

Progressionsgrad des Steuer- und Transfersystems ab, sondern auch von den restlichen Kategorien, wie Privatisierungsgrad der Sozialleistungen oder Grad der Zielgruppenorientierung.

Das Diagramm in Abbildung 11 verdeutlicht die Umverteilungswirkung der Staaten mittels Steuern und Transfers. Jedes Land verzeichnet eine Verteilung des verfügbaren Einkommens (= Sekundärverteilung), d.h. nach staatlichen Steuern, Abgaben und Transferleistungen, die unverkennbar gleicher ist, als die Verteilung der Markteinkommen (=Primärverteilung).²⁰³

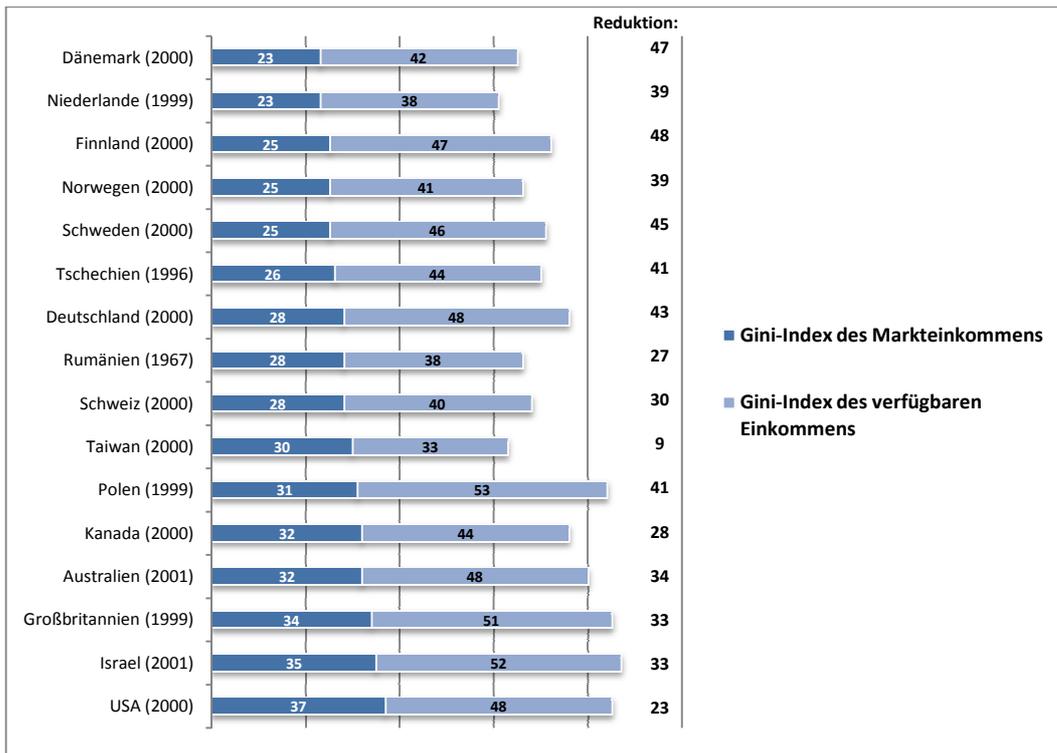


Abbildung 11: Gini-Index bei Betrachtung der Markteinkommen und der verfügbaren Einkommen (Werte in %)²⁰⁴

Zur Beurteilung der umverteilenden Wirkung des Steuer- und Transfersystems kann also der Progressionsgrad herangezogen werden. Dieser drückt sich in der Differenz zwischen Primär- und Sekundärverteilung der Einkommen aus, je höher dieser Wert desto höher der egalisierende Effekt der Wohlfahrtsstaaten.

Dieser Methode sind jedoch einige Schwächen inhärent, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass die Primärverteilung die selbe wäre, würden Steuern und Transfers nicht existieren. Dies impliziert die Wirkung von Steuern und Transfers auf das Verhalten der Individuen hinsichtlich Ausgaben- und Sparniveaus aufgrund ihres „versichernden“ Charakters. Zusätzlich sollten die

²⁰³ vgl. Brandolini / Smeeding (2010): 93. Anmerkung: Markteinkommen umfasst die gesamten Einkünfte aus Arbeit und Investitionen und stellt die Hauptquelle des Haushaltseinkommens dar. Verfügbares Einkommen leitet sich vom Markteinkommen ab durch Addition von Transferleistungen und Subtraktion von Steuern und Beiträgen zur Sozialversicherung.

²⁰⁴ Brandolini / Smeeding (2010): 93

Effekte universeller Wohlfahrtsleistungen im Vergleich zu zielgruppenorientierten separat analysiert werden, was durch den Indikator Residualismus in dieser Arbeit geschieht.²⁰⁵

Tabelle 6 veranschaulicht die Verteilung der Markteinkommen und Kapitaleinkommen verglichen zu der Distribution von Steuern und Transfers im OECD-Durchschnitt. Betrachtet man das Verhältnis der Verteilung der Steuern zur Einkommensverteilung, so wird bewusst, dass die direkten Steuern nur mäßig progressiv wirken, da für die unteren 20% der Bevölkerung das Ausmaß der direkten Steuern mit 4% nur leicht niedriger ausfällt als ihr Anteil der Markteinkommen. Die obersten 20% der Bevölkerung zahlen um 7 Prozentpunkte mehr Steuern als ihrem Einkommen entsprechen würde.

Die stärkere progressive Wirkung der Transferleistungen wird bei einem Blick auf die letzte Zeile von Tabelle 6 ersichtlich. Das unterste Fünftel erhält 36% der Transfers, das mittlere Segment 60% und das oberste Fünftel lediglich 12%. Bei der Interpretation dieser Durchschnittswerte sollte aber bedacht werden, dass es zu länderspezifischen Differenzen kommt.²⁰⁶

Einkommen / Abgaben (Durchschnitt für 17 OECD-Staaten)	Untere 20%	Mittlere 60%	Obere 20%
	Anteile in Prozent		
Markteinkommen (Earnings)	5	56	40
Kapitalerträge (Capital Income)	7	41	53
Direkte Steuern und Beiträge (Direct Taxes)	4	49	47
Öffentliche Transferleistungen (Public non pension-transfers)	36	52	12

Tabelle 6: staatliche Verteilung der Markteinkommen, Kapitaleinkommen und der Steuern und Transfers²⁰⁷

Eine Studie von Mahler und Jesuit (2006) erkennt ebenfalls einen stärkeren Umverteilungseffekt von Transfers verglichen zu Steuern. Es wurde festgestellt, dass im OECD-Durchschnitt ca. 75 Prozent der Umverteilung den Transfers und lediglich 25 Prozent den Steuern zugeschrieben werden können.²⁰⁸ Während direkte Steuern wie die Einkommenssteuer umverteilende Wirkungen haben, üben auch indirekte Steuern, wie die Mehrwertsteuer, Effekte auf Ungleichheit aus. Vorrangig weist diese Form der Besteuerung aber wenig Progressivität auf, da z.B. die Mehrwertsteuer auf Produkte und Dienstleistungen keine Unterscheidung zwischen den einkommensstärkeren und –schwächeren Abnehmern trifft. Dieser Effekt findet aber in der Differenz zwischen Markteinkommen und verfügbarem Einkommen keine Berücksichtigung, was bei Interpretation dieses Wertes berücksichtigt werden muss. Anders ausgedrückt, können indirekte Steuern die durch direkte progressive Besteuerung erlangte Umverteilung aufheben. Grund für die Regressivität von indirekten Steuern ist, dass ärmere Personen einen höheren Anteil ihres Einkommens für Güter

²⁰⁵ vgl. Brandolini / Smeeding (2010): 93.

²⁰⁶ vgl. Guger (2006): 233f. und Förster / Mira d’Ercole (2005): 65, 67.

²⁰⁷ Eigene Darstellung in Anlehnung an Förster / Mira d’Ercole (2005): 65, 67.

²⁰⁸ vgl. Mahler/Jesuis (2006): 489ff.

und Dienstleistungen aufwenden als Personen reicherer Einkommenschichten. Ein Weg, den umverteilungsdämpfenden Effekt von direkten Steuern abzuschwächen, ist die Senkung der Steuern auf Produkte, die ärmere Einkommenschichten verhältnismäßig mehr konsumieren, und die Anhebung von Steuern für übrige Güter.²⁰⁹

Guger (2009) nennt als weiteren Anlass für einen geringeren Progressionsgrad von Steuern die Tatsache, dass Vermögen und Nicht-Lohneinkünfte verhältnismäßig gering besteuert sind im Vergleich zu dem Anteil aus den Beiträgen zur Sozialversicherung und Lohnsteuer, welche beide Zuwächse verzeichneten. Starke Ausprägung fand diese Tendenz in Österreich und Deutschland. Dies steht in Verbindung zu der in Europa beobachtbaren Verschiebung der „*Verteilung der Faktoreinkommen zu Gunsten der Besitz- und Gewinneinkommen*“.²¹⁰ Zum Teil rührt dies daher, dass die Löhne nicht gleichmäßig mit der Produktivität gestiegen sind. Andererseits können auch die eher zurückhaltende Lohnverhandlungspolitik der Gewerkschaften und die flexibleren Arbeitsmärkte dafür verantwortlich gemacht werden. Eine gegenteilige Entwicklung verzeichneten die Besitzeinkommen, welche seit Anfang der 1980er Jahre drastisch gestiegen sind, vor allem was Finanzanlagenerträge betrifft. So kam es z.B. in Deutschland zu einer Verdreifachung des Anteils des Einkommens aus Vermögen am gesamten BIP seit Beginn der 1970er Jahre.²¹¹

Eine Studie der OECD (2011a) sagt ebenfalls aus, dass das Wachstum des Anteils der Kapitalerträge am verfügbaren Einkommen hauptsächlich auf Veränderungen in der obersten Einkommenschicht beruht. Obwohl noch immer Lohneinkommen den Großteil des Haushaltseinkommens ausmacht und somit einen größeren Effekt auf die Ungleichverteilung der Einkommen ausübt, kam es seit Mitte der 1990er Jahre zu einer Senkung dieses Einflusses verglichen zum Einkommen aus Kapitalvermögen.²¹² Die Umverteilungspolitik vieler Wohlfahrtsstaaten hat eine angemessene Reaktion auf diese Entwicklungen jedoch verabsäumt, wodurch es zu einer steuerlichen Entlastung von Einkommen auf Vermögen und einer Mehrbelastung von Lohneinkommen, welches für die vulnerablen Schichten eine größere Bedeutung hat, kam.²¹³

Dieses Muster der Besteuerung kann in zwei Richtungen negativ interpretiert werden. Zum einen zeigte sich, dass dadurch keine Investitionsbelebung und somit auch keine Wachstumsanreize entstanden sind. Zum anderen schwächte die stärkere Besteuerung der Lohneinkommen, welche durch eine höhere Ausgabenneigung charakterisiert werden können, die Nachfrage. Vermögenseinkommen hat eine größere Bedeutung für Gesellschaftsschichten mit hohem relativen

²⁰⁹ vgl. Prasad (2008): 26.

²¹⁰ Guger (2006): 224f.

²¹¹ vgl. Guger (2006): 228f.

²¹² vgl. OECD (2011a): 35f.

²¹³ vgl. Guger (2006): 228f.

Einkommen, einer höheren Neigung zum Sparen und einer geringeren Konsumneigung. Darüber hinaus hat diese Verschiebung hin zugunsten der Vermögenseinkommen negative Auswirkungen auf die Finanzierungssituation der öffentlichen Hand, weil jene Posten, die die ausgeprägteste Wachstumsdynamik aufweisen, weniger stark steuerlich belastet werden als die moderat wachsenden Lohneinkommen. Durch diese Entwicklungen wird die Bedeutung dieser Verschiebung der „Verteilung der Faktoreinkommen zu Gunsten der Besitz- und Gewinneinkommen“ für die Einkommensdistribution deutlich.²¹⁴

Aus diesen Überlegungen ergibt sich, dass bei der Beurteilung des Progressionsgrades des Steuer- und Transfersystems nicht nur dem Einkommen aus Arbeit sondern auch dem Kapitaleinkommen Aufmerksamkeit geschenkt werden soll.

5.3.7. Zusammenfassung der Hypothesen

Tabelle 7 fasst die, durch die gesammelten Studienergebnisse ermöglichte, Prüfung der Hypothesen übersichtlich zusammen. Hypothese 4 und Hypothese 5 konnten widerlegt werden und aufgrund der gesammelten Studienergebnisse wurden zwei neue Hypothesen formuliert. Die negativen Zusammenhänge zwischen universellen Leistungen als auch dem umfassenden Wohlfahrtsstaatsmodell und der Ungleichverteilung der Einkommen konnten durch die Studienergebnisse bestätigt werden.

²¹⁴ vgl. Guger (2006): 228f.

Parameter	Hypothese	Bestätigung	Anmerkungen bzw. Anpassungen
Dekommodifizierung	1 „Je höher die staatlichen Ausgaben für die Sozialleistungen ausfallen, desto eher kann von einem egalisierenden Effekt auf die Einkommensverteilung ausgegangen werden.“	✓	Wenn möglich sollte eine Beurteilung der Netto-Sozialausgaben den Bruttowerten vorgezogen werden.
	2 „Je höher die Nettoersatzrate der jeweiligen Sozialleistungen ausfällt, desto eher kann von einem egalisierenden Effekt auf die Einkommensverteilung ausgegangen werden.“	✓	
	3 „Je höher die Bezugsdauer der jeweiligen Sozialleistungen ausfällt, desto eher kann von einem egalisierenden Effekt auf die Einkommensverteilung ausgegangen werden.“	✓	
Residualismus	4 „Je höher sich das Ausmaß der zielgruppenorientierten Leistungen, die an vulnerable Gruppen verteilt werden, beläuft, desto eher kann von einem egalisierenden Effekt auf die Einkommensverteilung ausgegangen werden.“	✗	Anpassung durch Bildung einer Hypothese, die durch die Studienergebnisse bestätigt wird: „Je höher sich das Ausmaß der universellen Leistungen beläuft, desto eher kann von einem egalisierenden Effekt auf die Einkommensverteilung ausgegangen werden.“
	5 „Je stärker sich die Leistungshöhe am Einkommen orientiert, desto eher kann von einem egalisierenden Effekt auf die Einkommensverteilung ausgegangen werden.“	✗	Anpassung durch Bildung einer Hypothese, die durch die Studienergebnisse bestätigt wird: „Je stärker die Ausprägungen eines umfassenden Wohlfahrtsstaates (Kombination pauschaler und einkommensabhängiger Leistungen) verfolgt werden, desto eher kann von einem egalisierenden Effekt auf die Einkommensverteilung ausgegangen werden.“
Privatisierung	6 „Je geringer sich der Anteil privater Sozialausgaben beläuft, desto eher kann von einem egalisierenden Effekt auf die Einkommensverteilung ausgegangen werden.“	✓	
Vollbeschäftigungsgarantie	7 „Je höherer der Anteil der Ausgaben für Aktive Arbeitsmarktpolitik ausfällt, desto eher kann von einem egalisierenden Effekt auf die Einkommensverteilung ausgegangen werden.“	✓	
Korporatismus / Etatismus	8 „Je höher sich der gewerkschaftliche Organisationsgrad beläuft, desto eher kann von einem egalisierenden Effekt auf die Einkommensverteilung ausgegangen werden.“	✓	
	9 „Je höher sich der Zentralisierungsgrad der Lohnverhandlungen beläuft, desto eher kann von einem egalisierenden Effekt auf die Einkommensverteilung ausgegangen werden.“	✓	

Tabelle 7: Zusammenfassung der Hypothesen

6. LÄNDERANALYSE

Wurden soeben die von Esping-Andersen verwendeten Indikatoren zur Unterscheidung unterschiedlicher wohlfahrtsstaatlicher Programme auf ihre umverteilende Wirkung besprochen, wodurch die erste Forschungsfrage behandelt wurde, wird in diesem Abschnitt auf die wesentlichen Unterstützungsprogramme der Sozialpolitik in den Handlungsfeldern Alter, Familie und Arbeit in Großbritannien und Dänemark eingegangen. Forschungsfrage 2 interessiert sich dafür, ob die identifizierten Zusammenhänge zwischen den Ausprägungen wohlfahrtsstaatlicher Handlungsfelder und der Ungleichverteilung der Einkommen die Unterschiede der Einkommensverteilung zwischen Großbritannien und Dänemark erklären können.

Diese Wirkung ist von den in Kapitel 4.2.2.2 besprochenen Parametern (Dekommodifizierung, Residualismus, Privatisierung, Umverteilungskapazität, Vollbeschäftigungsgarantie und Korporatismus) abhängig. Die bestätigten Hypothesen zu diesen Parametern dienen dazu, Unterschiede in der Einkommensverteilung zwischen Großbritannien und Dänemark auf diese Parameter zurückführen zu können.

6.1. Der Wohlfahrtsstaat und Ungleichheit in Dänemark

6.1.1. Ungleichheit in Dänemark

Bei Betrachtung des verfügbaren Einkommens gilt Dänemark historisch als auch international gesehen als ein Staat mit einem niedrigen Grad an Ungleichheit. Die geringen Levels verschiedener Ungleichheitsindikatoren verglichen zu anderen entwickelten Staaten sollen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Einkommensungleichverteilung in Dänemark ansteigend ist. Der Wert für 2009 des Gini-Koeffizienten liegt laut aktuellen Zahlen bei 25% (2009) und verzeichnete mit einigen geringeren Fluktuationen somit einen Anstieg von 3% seit dem Jahr 1985. (siehe Abbildung 12).

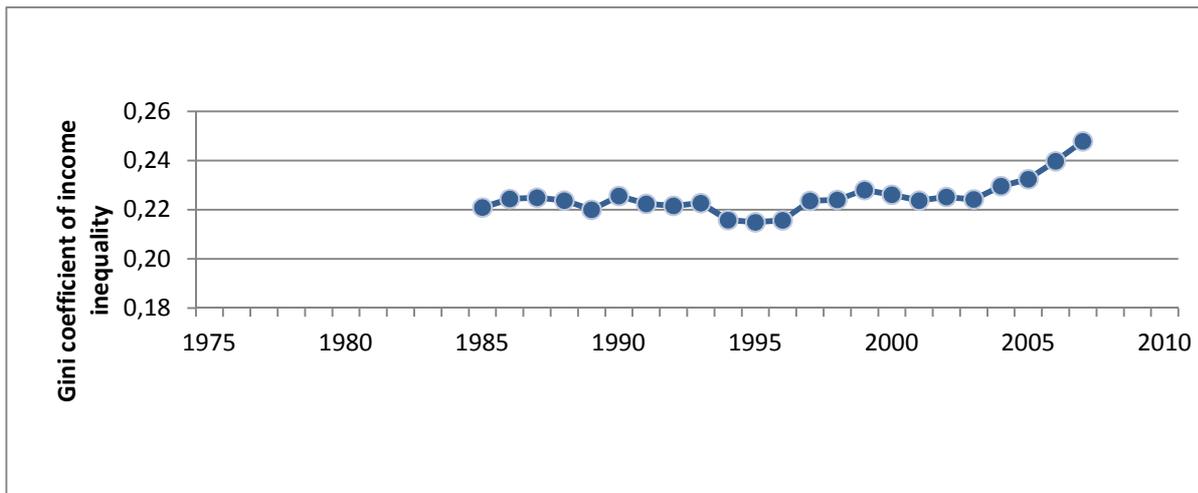


Abbildung 12: Einkommensungleichheit gemessen durch den Gini-Koeffizienten des verfügbaren Haushaltseinkommens zwischen 1985 und 2008 in Dänemark²¹⁵

Ein Grund für die steigende Ungleichheit kann in der Veränderung des realen Haushaltseinkommens der unterschiedlichen Einkommensschichten gesehen werden. Zwischen der Mitte der 1980er Jahre und den späten 2000er Jahren kam es zu einem generellen Anstieg der Haushaltseinkommen in Dänemark von einem Prozent, dieser Effekt ist für das unterste Dezils der Einkommensverteilung geringer ausgefallen (+0,7%) als jener für das oberste Dezil (+1,5%).²¹⁶ International gesehen ist der Einkommensanteil des obersten Dezils der Einkommensdistribution in Dänemark mit einem Wert von 22% relativ gering und verzeichnete historisch gesehen kaum Veränderungen.²¹⁷ Dadurch ergibt sich die Annahme, dass Steuererhöhungen für die obersten 10% der Einkommensverteilung relativ geringen Einfluss auf die Ungleichverteilung der Einkommen ausüben werden, da die effektive Steuerrate ohnehin momentan sehr hoch liegt (2011: ca. 66%) und diese Einkommensschicht wenig Wachstum verzeichnet.²¹⁸

Dieses Muster in der dänischen Einkommensverteilung entsteht nach Einschätzung des dänischen Wirtschaftsrats einerseits als Konsequenz politischer Entscheidungen, wie z.B. Veränderungen der Transfers und Steuern, andererseits ist ebenfalls der Konjunkturverlauf von Bedeutung. Seit 1983 kann die Tendenz beobachtet werden, dass Zeiten wirtschaftlichen Aufschwunges Ungleichheit ansteigen ließen, während Rezessionen die Einkommensverteilung besser angeglichen haben. Erklärt wird das durch sich zwei gegenseitig aufwiegende Trends, d.h. während eine höhere Beschäftigungsrate bei einem Konjunkturaufschwung Ungleichheiten im Einkommen aus Arbeit reduziert, kommt es durch einen Anstieg der Erhöhung der Kapitaleinkommen, die relativ ungleich verteilt sind, zu einer Erhöhung der Ungleichverteilung der Einkommen. Speziell in Dänemark kam

²¹⁵ vgl. OECD (2011a): 25.

²¹⁶ vgl. OECD (2011a): 23.

²¹⁷ vgl. Alvaredo et al. (2011)

²¹⁸ vgl. De Økonomiske Rad (2011): 24.

es zwischen 1998 und 2007 zu einer Erhöhung der Ungleichheit aufgrund von Einkommen aus Kapital um 5 Prozentpunkte. Auf der anderen Seite trugen Erhöhungen der Arbeitseinkommen zwischen 1998 und 2007 zu einer Senkung der Einkommensungleichverteilung um 3% bei, während seit 2008 geringere Arbeitseinkommen für eine Erhöhung der Ungleichverteilung der Einkommen um 5% verantwortlich gemacht werden können.²¹⁹

Seit dem Jahr 2001 kann der Rendite auf Wohneigentum, d.h. dem Mietwert, ein Beitrag zur Erhöhung der Ungleichheit der Einkommensverteilung zugeschrieben werden. So konnten im Jahr 2009 gesteigerte Mietwerte aufgrund der hohen Immobilienpreise für mehr als drei Prozent des Anstieges des Gini-Koeffizienten verantwortlich gemacht werden, wohingegen sich dieser Einfluss ab 2008 aufgrund der Auswirkungen der Rezession verringerte. Neben den Veränderungen der Mietwerte favorisiert das dänische Steuersystem Immobilieneigentümer, welche vorwiegend in den obersten Einkommenschichten angesiedelt sind, da z.B. 2002 eine Steuerobergrenze für Wohnstätten eingerichtet wurde und somit die reale Steuerrate in Zeiten steigender Immobilienpreise gesenkt wird. Einkommen aus Wohneigentum wird in Dänemark nicht als Kapitalertrag behandelt.

Ungleichheiten in der Einkommensverteilung können auch auf die ungleiche Gehaltssituation zwischen Frauen und Männern zurückgeführt werden. Bis in die frühen 1990er Jahre kam es, was die ungleiche Gehaltsverteilung betrifft, zu einem Anstieg für beide Geschlechter. Ab den späten 1980er Jahren reduzierte sich die Ungleichverteilung der Einkommen von 29% auf 27%, gemessen durch den Gini-Koeffizienten, wohingegen Männer einen Anstieg der Einkommensungleichverteilung von 29% auf 31% verzeichneten. Die Ungleichheitssituation fällt dabei im öffentlichen Sektor, in dem der weibliche Beschäftigungsanteil höher ist, geringer aus als in der Privatwirtschaft.²²⁰

6.1.2. Entwicklung des dänischen Wohlfahrtsstaates

Dänemark gilt nach der Klassifizierung von Esping-Andersen (1989) als sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaat, mit einigen Elementen des liberalen Modells.²²¹ Der dänische Wohlfahrtsstaat wird angesichts seiner erfolgreichen Reformierung des Arbeitsmarktes in den 1990er Jahren als Reaktion auf die damalige Rezession in der Literatur als „*Wunderstaat*“ bezeichnet, da bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der extensive Wohlfahrtsstaat mit einem hohen Grad wirtschaftlicher Gleichberechtigung nicht aufgegeben wurde.²²²

²¹⁹ vgl. De Økonomiske Rad (2011): 18.

²²⁰ vgl. De Økonomiske Rad (2011): 19.

²²¹ vgl. Esping-Andersen (1989): 44f.

²²² vgl. Schwartz 2001 zitiert in Green-Pedersen / Baggesen Klitgaard (2008): 160.

Die historische Entwicklung des Systems sozialer Sicherung in Dänemark kann in drei Phasen unterteilt werden.²²³

- „Zusammenfassung einzelner kollektiver Formen zu einem einheitlichen nationalen System sozialer Sicherung bzw. entsprechenden gesetzlichen Regelungen (ca. 1890-1930)
- Entwicklung eines universalistischen Systems sozialer Sicherung unter sozialdemokratischen Regierungen (ca. 1930-1960)
- Ausbau des Wohlfahrtsstaates sowie z.T. Stagnation und Krisenmanagement (seit 1960)“

Im Anfangsstadium des dänischen Systems der Sozialversicherung erhielt dessen Entstehung Unterstützung durch eine stark ausgebildete kollektiv-solidarische Tradition, die durch die Zunft-Strukturen und durch die gute Organisationsfähigkeit der Gewerkschaften und deren Systeme sozialer Sicherung zum Ausdruck kam. Die Sozialdemokratie gewann dabei vermehrt an Akzeptanz und obwohl auf der einen Seite die Werte der liberalen Wirtschaftspolitik gefördert wurden, schenkte man auf der anderen Seite den Systemen der sozialen Sicherheit starke Aufmerksamkeit. Anfangs bildeten freiwillige Versicherungen die Basis für den weiteren Ausbau des Wohlfahrtsstaates. 1891 kam es zur Einführung einer gesetzlichen Behandlung der Renten- und Krankenversicherung, acht Jahre darauf folgte die Unfallversicherung, die gesetzlich geregelt wurde.²²⁴

Die zweite Entwicklungsphase führte zu einer Änderung der Bestimmungen, wodurch manche Bereiche der Sozialversicherung zu Pflichtversicherungen transformiert wurden.²²⁵ 1924 gelang es den Sozialdemokraten mit Thorvald Stauning als Premierminister, im Parlament die stärkste Partei zu sein. Es folgte eine Expansion der Leistungen des Wohlfahrtsstaates, wobei mit Ausnahme einiger Unterbrechungen die Partei bis zum Jahr 1982 dominierend war. Zur Einführung einer Mindestrente, die nicht an Einkommen oder Beruf geknüpft war, kam es im Jahr 1956 und im Jahr 1973 wurden eine durch Steuern finanzierte Krankenpflichtversicherung, das Sozialhilfegesetz und das Krankengeld durchgesetzt.²²⁶

Als Reaktion auf die beiden Ölkrisen 1973/74 und 1979 schlitterte Anfang der 1980er Jahre Dänemark in eine tiefe Haushaltskrise mit einer gleichzeitig stark ansteigenden Arbeitslosigkeit (1982: 8,4%), einem Haushaltsdefizit von 9% des BIP und einer Inflationshöhe von 10%.²²⁷ Die Mitte-Rechts-Regierungen in den Jahren 1982 bis 1993 nahmen anstatt eines Rückzugs des

²²³ Schmid (2010): 147.

²²⁴ vgl. Frevel (2010): 207. Anmerkung: Ausführlichere Informationen über die dänischen wohlfahrtsstaatlichen Handlungsfelder bietet Anhang I.

²²⁵ vgl. Frevel (2010): 207f. Anmerkung: 1916: Unfall-, 1921/22: Renten- und 1933: Krankenversicherung, die Arbeitslosenversicherung ist bis heute eine Versicherung auf freiwilliger Basis geblieben.

²²⁶ vgl. Bolkovac (2011): 43.

²²⁷ vgl. Green-Pedersen / Baggesen Klitgaard (2008): 151f.

Wohlfahrtsstaates, eine Eindämmung der weiteren Ausbreitung wohlfahrtstaatlicher Programme vor. Trotz einer fundamentalen Unterstützung des Wohlfahrtsstaates von Seiten der Bevölkerung war angesichts der Haushaltskrise eine wirtschaftliche Tragfähigkeit des Systems der sozialen Sicherheit ebenfalls wichtig. Dadurch ergab sich für die Politik Raum für Einschnitte der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen. Die Ausgaben für soziale Dienstleistungen sind dadurch Mitte der 1980er Jahre leicht gesunken.²²⁸

Mit der Erholung der Wirtschaft entstand Druck von der Bevölkerung, die wohlfahrtsstaatlichen Programme wieder auszuweiten, wodurch es zu Zurücknahmen einiger Kürzungen kam und der Wohlfahrtsstaat teilweise ausgeweitet wurde. Ab dem Jahr 1987 begann erneut eine wirtschaftliche Talfahrt Dänemarks als auch eine Ausweitung der Arbeitslosenquote. In der dänischen Arbeitsmarktpolitik Anfang der 1980er Jahre stand noch die Wahrung der Ansprüche auf Arbeitslosengeld im Zentrum, wohingegen Maßnahmen, um die arbeitslose Bevölkerung regulär in den Arbeitsmarkt zu reintegrieren, weniger Gewicht erhielten.²²⁹ Unter Poul Nyrop Rasmussen, der von 1993 bis 2001 den Premierminister der sozialdemokratischen Regierung stellte, folgte eine Restrukturierung der Arbeitsmarktpolitik, worunter eine Vermehrung der Arbeits- und Weiterbildungsangebote und eine Leistungsstreichung bei Nichtannahme von Vermittlungsangeboten durchgeführt wurde. Dadurch erreichte Poul Nyrop Rasmussen eine Reduzierung der Arbeitslosenquote von 15% auf 4% während seiner Zeit als Premierminister. Der dänische Wohlfahrtsstaat zielt seither auf Vollbeschäftigung ab und versucht, dies durch aktive Arbeitsmarktpolitik zu erreichen.

Im Jahr 2001 wich mit Anders Fogh Rasmussen die sozialdemokratische Regierung einer konservativen Regierung, welche wenige Änderungen des sozialpolitischen Kurses durchführte. Zu vorgezogenen Wahlen kam es im Jahr 2007, Rasmussens Partei erhielt die Mehrheit der Stimmen, gefolgt von der Sozialdemokratischen Partei. Die Parteien weiter links von der Sozialdemokratischen Partei angeordnet, schafften es 19% der Stimmen zu erhalten, wodurch ein manifester Block zum Erhalt des Wohlfahrtsstaates entstand. Im Jahr 2009 kam es zum Rücktritt Anders Fogh Rasmussens und Lars Lokke Rasmussen nahm im darauffolgenden Jahr eine Neubildung der Regierung vor.²³⁰

Das dänische System der Staatsbürgerversorgung, charakterisiert sich durch eine hohe Bedeutung von Sozialleistungen, deren Gewährung nicht durch Einkommen, Beiträge oder Beschäftigung beeinflusst wird, sondern die Anspruchsvoraussetzungen entstehen durch Innehaben der dänischen Staatsbürgerschaft über einen längeren Zeitraum bzw. eines Wohnsitzes im Staatsgebiet. Darüber

²²⁸ vgl. Schmid (2010): 148.

²²⁹ vgl. Green-Pedersen / Baggesen Klitgaard (2008): 151ff.

²³⁰ vgl. Bolkovac (2011): 43f.

hinaus existieren Zusatzversicherungsprogramme, welche meist staatlich subventioniert werden. Dieser universelle Charakter gilt als Präventivmaßnahme gegen Altersarmut oder gegen die Abhängigkeit der Frauen von ihren Partnern. Darüber hinaus wird eine Stigmatisierung der Leistungsbezieher vermieden, was sich als förderlich für den sozialen Frieden erweist.²³¹

Ein weiteres herausragendes Charakteristikum des Wohlfahrtsstaates Dänemark ist das Nichtvorhandensein von gesetzlichen Vorschriften bei tarifrechtlichen Angelegenheiten, wenn Verhandlungen zwischen Tarifpartnern stattgefunden haben. Das bedeutet, dass durch die Vereinbarung der Bestimmungen zur Sozialversicherung in den meisten Fällen von Staat, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern Entscheidungen getroffen werden und somit diese Parteien eine Mitkontrollfunktion ausüben.

In Dänemark kommt den Kommunen bzw. Gebietskörperschaften eine erhebliche Bedeutung im Sozialversicherungssystem zu, dessen zentrale Leitung die staatliche Ebene übernimmt. Im Laufe der 1980er Jahre als auch im Jahr 2007 kam es zu einer Aufwertung der Kompetenzen der Kommunen.²³²

Fazit

Die Herausbildung des dänischen Wohlfahrtsstaates lässt sich mit dem Begriff „*Growth to the limits*“ beschreiben. Damit wird auf die in den 1980er Jahren beobachtbare strenge finanzielle Kontrolle der staatlichen Sozialleistungen angespielt, gegen Ende der 1990er Jahre kam es aber zu einer erneuten Ausweitung dieser. Was die Transferprogramme betrifft, die auf den Arbeitsmarkt bezogen sind, so ließ sich ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Ausweitung und Retrenchment beobachten. Änderungen der politischen Machtverhältnisse manifestierten sich durch „*quantitative Anpassungen der wohlfahrtsstaatlichen Programme an wirtschaftliche Entwicklungen (...), die Auswirkungen auf die Generosität und die Einkommensersatzraten dieser Programme hatten*“.²³³ Inkrementelle Veränderungen der Grundprinzipien des dänischen Wohlfahrtsstaates ergaben sich in seiner gesamten Geschichte nie.²³⁴

Die Einflussnahme des Staates als auch die Vermischung öffentlicher und privater Bereiche ist in Dänemark relativ stark politisch und kulturell verankert, wodurch die Steuerfinanzierung keine starken Gegenbewegungen hervorrief. Staatliche Interventionen in Bereichen wie Umverteilung und der Übernahme von Aufgaben wie Pflege, Erziehung etc. wurden bisweilen in Dänemark in positiver Weise von der Bevölkerung aufgenommen.

²³¹ vgl. Frevel (2010): 207.

²³² vgl. Schmid (2010): 150.

²³³ Green-Pedersen / Baggesen Klitgaard (2008): 155.

²³⁴ vgl. Hacker (2001) zitiert in Schubert (2008): 156.

6.2. Der Wohlfahrtsstaat und Ungleichheit in Großbritannien

6.2.1. Ungleichheit in Großbritannien

Im internationalen Vergleich zählt Großbritannien zu jenen Staaten mit einer relativ hohen Ungleichverteilung der Einkommen. Historisch betrachtet kam es seit 1975 zu einem drastischen Anstieg des Gini-Koeffizienten des verfügbaren Einkommens in Großbritannien (1975: 28%, 2009: 34%, siehe Abbildung 13). Ebenfalls kam es zu einer stärkeren Steigerung der Einkommen der obersten 10% der Verteilung zwischen Mitte der 1980er Jahre und den späten 2000er Jahren (2,5%) verglichen zur Einkommenserhöhung des untersten Dezils (0,9%).²³⁵

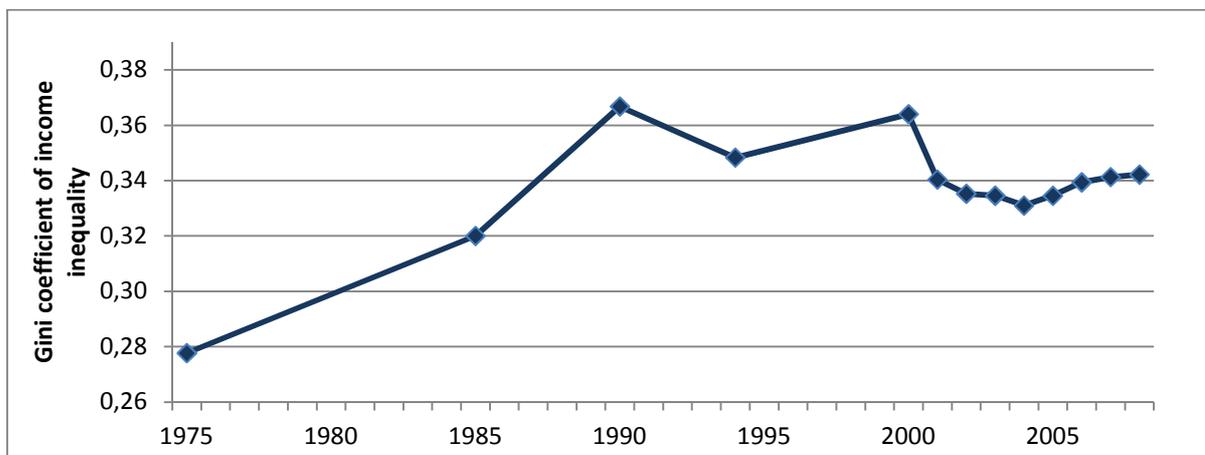


Abbildung 13: Einkommensungleichheit gemessen durch den Gini-Koeffizienten des verfügbaren Haushaltseinkommens zwischen 1975 und 2008 in Großbritannien²³⁶

Hill et al. (2010) fassen die Entwicklungen zusammen, indem sie zur Messung der Ungleichheit ein 90:10 Ratio verwenden: Das oberste Dezil erhält Arbeitsentgelte, die 3,9-mal höher ausfallen, als jene des untersten Dezils. Die ungleiche Distribution fällt massiv stärker aus, wenn man die Verteilung des Vermögens betrachtet, da Haushalte des obersten Dezils über ein Gesamtvermögen (inkl. private Renten) verfügen, das fast einhundert mal so hoch ausfällt, als jener Anteil des untersten Dezils.²³⁷

Ähnlich wie in den Ausführungen zu Dänemark (siehe Kapitel 6.1.1) ist die Ungleichverteilung der Einkommen bis zu einem gewissen Grad von der Konjunkturlage in Großbritannien abhängig. Wodurch sich positive und negative Effekte wirtschaftlicher Aufschwünge ergeben.²³⁸ Wenchao et al. (2011) sehen dabei einen direkten Zusammenhang zwischen dem Einkommen des obersten Perzentils der Einkommensdistribution und dem bedeutendsten britischen Aktienindex FTSE 100²³⁹,

²³⁵ vgl. OECD (2011a): 23.

²³⁶ vgl. OECD (2011a): 25.

²³⁷ vgl. Hill et al. (2010): 387.

²³⁸ vgl. Wenchao et al. (2011): 23.

²³⁹ FTSE steht für „Financial Times Stock Exchange“.

da die Entwicklungen des Aktienmarktes mit jenen der Einkommensdistribution im Beobachtungszeitraum in ähnliche Richtungen verlaufen sind.²⁴⁰ Dieses Muster verstärkt die Annahme, dass die obersten Einkommensschichten aufgrund eines höheren Anteils von Kapitalerträgen am Einkommen von einem Konjunkturaufschwung stärker als die untersten und mittleren Schichten profitieren.

Aufgrund von Veränderungen der Steuer- und Sozialpolitik seit 2010 kann davon ausgegangen werden, dass sich in den kommenden Jahren die Wirkungen dieser zeigen werden. Darunter fallen die Erhöhung der Einkommenssteuer auf 50% für Einkommen über GBP 150.000 und eine graduelle Reduzierung des Freibetrages der Einkommenssteuer für Einkommen über GBP 100.000. Auf der anderen Seite könnten Kürzungen wohlfahrtsstaatlicher Leistungen einen gegenteiligen Effekt auf die Einkommensdistribution ausüben. Das britische Budget sieht somit Reduzierungen der Ausgaben für wohlfahrtsstaatliche Ausgaben in der Höhe von GBP 11 Milliarden bis zum Jahr 2014-15 vor. Diese Kürzungen werden vor allem die untersten Einkommensdezile betreffen.²⁴¹

Ebenso wie in Dänemark verzeichnet lediglich der öffentliche Sektor eine stärkere Neigung zu mehr Gleichheit der Arbeitseinkommen als die Privatwirtschaft. Ausschlaggebend für die Einkommensungleichheit zwischen den Geschlechtern ist ebenfalls das geringe Niveau des Entgeltes in Teilzeitarbeitsverhältnissen, woran traditionellerweise ein höherer Anteil von Frauen partizipiert. Trotz der heute noch andauernden ungleichen Einkommensdistribution zwischen den Geschlechtern, kann historisch betrachtet von einer Verbesserung der Situation der Frauen gesprochen werden.²⁴²

6.2.2. Entwicklung des britischen Wohlfahrtsstaates

Aufgrund der in Großbritannien sehr früh einsetzenden Industrialisierung wurde gleichzeitig der Anstieg der Armut und Ungleichheiten im Land beschleunigt. Im Jahr 1834 wurde das „Poor Law“, d.h. die britische Armenfürsorge, neu geregelt, wobei Selbsthilfe für die Befreiung aus der Armut vorrangig war. Deshalb richteten sich die Leistungen der Fürsorge auf Abschreckung und die Höhe der Leistungen reichte für die Bezieher nur für einen minimalen Lebensstandard aus. Die Gewährung der Leistungen war an Leben und Arbeit in den eigens eingerichteten Arbeitshäusern gekoppelt, wobei die Bedürftigkeit offen zum Ausdruck kam.²⁴³

Ein aufkeimender Kollektivismus mit wohlfahrtsstaatlichen Zielvorstellungen manifestierte sich erst mit Anfang des 20. Jahrhunderts in der Implementierung wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen, wie

²⁴⁰ vgl. Wenchao et al. (2011). 28.

²⁴¹ vgl. Wenchao et al. (2011): 32f.

²⁴² vgl. Hill et al. (2010): 387ff.

²⁴³ vgl. Schmid (2010): 185f.

einer allgemeinen Sozialversicherung zwischen 1906 und 1914. Bereits im Jahr 1897 kam es zur Einführung eines Arbeitsunfallgesetzes. 1908 wurde mit dem „Old Age Pensions Act“ ein Pensionsgesetz eingeführt, das aus Steuern finanzierte Pauschalleistungen an alle bedürftigen Briten über 70 Jahre vorsah. Besonderheit daran war die Unabhängigkeit von der Armenfürsorge und seiner stigmatisierenden Wirkung. Drei Jahre darauf wurde der „National Insurance Act“ verabschiedet, der die obligatorische und über Beiträge finanzierte Arbeitslosen- und Krankenversicherung inkludierte.²⁴⁴

Das britische Sozialsystem erfuhr erst wieder nach dem Zweiten Weltkrieg und mit dem Beveridge Report im Jahr 1942 stärkere Umstrukturierungen. Die führenden Parteien setzten sich für die Ausgestaltung eines Wohlfahrtsstaates ein. Somit wurden universelle und angemessene Leistungen als auch eine umfassende Absicherung der Risiken als die Bausteine des britischen Wohlfahrtsstaates festgelegt. Zentral war ein Sozialversicherungssystem, welches bei Einkommensausfall Ersatzleistungen bieten sollte. Finanziert wurde das System über die Beitragsaufteilung zwischen Arbeitgebern und –nehmern.

Die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges und der Weltwirtschaftskrise ließen die Akzeptanz der staatlichen Teilnahme an sozialen und wirtschaftspolitischen Fragen wachsen, wodurch sich der Wohlfahrtsstaat ausbreiten konnte. Die heutigen Eckpfeiler des Sozialsystems Großbritanniens wurden mit der Einführung des National Insurance Acts 1946, dem National Health Service Act 1946, dem National Assistance Act 1948 und des Kindergeldes 1945 gegründet. Diese vier Pfeiler sind noch heute von großer Bedeutung für den britischen Wohlfahrtsstaat.²⁴⁵

Eine dritte Phase maßgeblicher Veränderungen des britischen Wohlfahrtsstaates begann in den 1980er Jahren, indem die konservativen Regierungen den Wohlfahrtsstaat massiv einzuschränken begannen. Die beiden Regierungen unter Thatcher und Major waren von einer „*Vermarktlichung von Wohlfahrtsleistungen*“ geprägt und förderten zum einen die private Vorsorge, auf der anderen Seite kam es zu Ausgliederungen zahlreicher bislang staatsfinanzierter Leistungen an private Anbieter. Dadurch kam zum Ausdruck, dass im Sinne einer Beachtung der Kostenkontrolle die Ungleichheiten im Land zunahmen. Schmid (2010) sieht in der Kontrahierung des britischen Wohlfahrtsstaates durch die konservativen Regierungen den Grund darin, ...

²⁴⁴ vgl. Mitton (2008): 263 und Schmid (2010): 185f. Anmerkung: Ausführlichere Informationen über die britischen wohlfahrtsstaatlichen Handlungsfelder bietet Anhang IV.

²⁴⁵ vgl. Schmid (2010): 187.

„ (...) dass der Wohlfahrtsstaat in Großbritannien niemals durch einen derart tiefgreifenden gesellschaftlichen Konsens getragen wurde, wie dies insbesondere in Schweden der Fall ist“²⁴⁶

Weiters betont Schmid, dass aufgrund der ...

„(...) individualistischen Idee von Wohlfahrtsstaatlichkeit (...) zwar ein Problembewusstsein für gesellschaftliche Ungleichheiten besteht, sich dies allerdings nicht in einer Bereitschaft zur höheren Besteuerung für sozialpolitische Zwecke und zu tiefer greifenden staatlichen Interventionen niederschlägt.“²⁴⁷

Mit dem Einzug von Labour in die Regierung von 1994 kam es erneut zu einem Perspektivenwechsel, dennoch wichen die Forderungen der Partei von den traditionellen Vorstellungen der Labour Party ab, was auch in der Änderung der Benennung der Partei auf „New Labour“ zum Ausdruck kam. Nach Blair verfolgte New Labour einen zwischen Staat und Markt angesiedelten „Dritten Weg“, wodurch es zu einer Fortführung der privatwirtschaftlichen Tendenzen in der Sozialpolitik kam. Ausgangspunkt für den wohlfahrtsstaatlichen Pfad von New Labour ist die Selbstverantwortung der Leistungsbezieher, wonach für bestimmte Personengruppen die Verpflichtung zur Partizipation an Fortbildungen oder zur Jobsuche als Voraussetzung für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung gilt.²⁴⁸

Fazit

Zu den Hauptcharakteristika des britischen Wohlfahrtsstaates zählen eine große Zahl eigenständiger Anbieter, ein hoher Zentralisierungsgrad der Regulierungen, die Festlegung von Leistungszielen und individuelle Wahlmöglichkeiten. Das Konzept des Wohlfahrtsstaates nach dem Beveridge Plan, das noch heute Gültigkeit besitzt, fußt demnach auf drei Annahmen:²⁴⁹

- *„Erstens, dass entlohnte Arbeit die wesentliche Einkommensquelle ist,*
- *zweitens, dass das wirtschaftspolitische Ziel der Vollbeschäftigung erreicht wird und*
- *drittens, dass Vollbeschäftigung ‚männliche Vollbeschäftigung‘ bedeutet.“*

Mitton (2008) bezeichnet den heutigen britischen Wohlfahrtsstaat als *„kumuliertes Ergebnis jahrzehntelangen Modifizierens und Ausprobierens“*. Damit soll ausgedrückt werden, dass das britische Wohlfahrtsmodell nicht durch praktische Handlungsempfehlungen oder Werte entstanden ist. In Zukunft kann davon ausgegangen werden, dass sich der Trend hin zu einer verstärkten

²⁴⁶ Schmid (2010): 198.

²⁴⁷ Schmid (2010): 199.

²⁴⁸ vgl. Mitton (2008): 264ff.

²⁴⁹ Schmid (2010): 188.

Einbindung privater Anbieter fortsetzen wird, um mehr Effizienz zu erzielen, was aber gleichzeitig eine Aushöhlung des traditionellen Wohlfahrtsstaates zur Folge hätte.²⁵⁰

6.3. Verknüpfung Ländervergleich und bestätigte Zusammenhänge

Die Ausführungen zu Ungleichheit in Großbritannien und Dänemark (Kapitel 6.1.1 und 6.2.1) weisen darauf hin, dass in beiden Staaten momentan ein Trend zu einer ansteigenden Ungleichheit der Einkommen herrscht. Aufgrund der starken Abweichung der Gini-Werte erscheint eine Beurteilung der wohlfahrtsstaatlichen Handlungsfelder hinsichtlich der einkommensungleichheitsreduzierenden Wirkung in beiden Ländern zentral. Um Forschungsfrage 2 beantworten zu können, werden in diesem Kapitel Unterschiede in den wohlfahrtsstaatlichen Handlungsfeldern Alter, Arbeit und Familie zwischen Dänemark und Großbritannien mit den Hypothesen, die in Kapitel 5.3 bestätigt werden konnten, zusammengeführt, um ableiten zu können, ob sich die höhere Einkommensungleichheit in Großbritannien durch die bestätigten Zusammenhänge erklären lässt.

6.3.1. Dekommodifizierung

Zuerst werden die dekommodifizierenden Wirkungen der wohlfahrtstaatlichen Handlungsfelder in Großbritannien und Dänemark verglichen, d.h. inwiefern der jeweilige Wohlfahrtsstaat Schutz gegen ein Ausfallen des Einkommens bietet. In einem ersten Schritt soll die Höhe der gesamten staatlichen Sozialausgaben herangezogen werden, da diese – laut bestätigter Hypothese 1 – mit der Ungleichverteilung der Einkommen negativ korreliert.

Generell lässt sich bei Betrachtung der Werte erkennen, dass in beiden Staaten eine steigende Tendenz zu höheren Sozialausgaben auftritt (Tabelle 8). Diese Entwicklung darf aber nicht nur auf eine Ausweitung der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen aufgrund eines Ausbaus des Wohlfahrtsstaates zurückgeführt werden, da ebenfalls strukturelle Bedingungen, wie z.B. der Anstieg sozialer Probleme wie Arbeitslosigkeit, für höhere Ausgabenniveaus verantwortlich gemacht werden können. Dennoch bietet der Vergleich der Sozialausgabenhöhe beider Staaten einen ersten Erklärungsansatz dafür, warum Dänemark eine gleichere Einkommensdistribution als Großbritannien aufweist. Bei Berücksichtigung von Steuern und Steuervergünstigungen wandelt sich das Bild und Dänemark weist für das Jahr 2007 nur eine gering höhere Ausgabenquote für Nettosozialleistungen auf als Großbritannien. Dies lässt sich durch die besonders hohe direkte und indirekte Besteuerung der Sozialleistungen in Dänemark erklären, die unter Kapitel 5.3.6 „Umverteilungskapazität“ noch näher angesprochen wird.²⁵¹

²⁵⁰ vgl. Mitton (2008): 280f.

²⁵¹ vgl. European Union (2011): 59.

Öffentliche Sozialausgaben ²⁵²	BRUTTO				
	1990	1995	2000	2005	2007
Dänemark	25,1	28,9	25,8	27,1	30,8
Großbritannien	17,0	20,2	19,2	21,3	23,3
Öffentliche Sozialausgaben	NETTO				
	1990	1995	2000	2005	2007
Dänemark	-	-	-	-	23,7
Großbritannien	-	-	-	-	22,0

Tabelle 8: Öffentliche Sozialausgaben in Dänemark und Großbritannien 1990-2005 in Prozent des BIP²⁵³

Bei Aufschlüsselung der Sozialausgaben in die Komponenten Alter, Arbeit, Gesundheit, Mindesteinkommen und Familie, verzeichnet Dänemark ebenfalls in fast allen Bereichen höhere Ausgabenwerte als Großbritannien.²⁵⁴ Im Bereich Gesundheit weisen beide Staaten ähnlich hohe Ausgabenniveaus auf, was auf die verwandte Struktur des Gesundheitssystems zurückgeführt werden kann, das in beiden Staaten steuerfinanziert ist und von allen Staatsbürgern kostenlos genutzt werden kann. Lediglich im Bereich der Ausgaben für Geldleistungen zur Familienunterstützung vergibt Großbritannien einen höheren Anteil seines BIPs als Dänemark. Dies lässt sich zum Teil damit begründen, dass sich in Dänemark die Sachleistungen im Bereich der Familienunterstützung höher belaufen aufgrund eines breiten steuerfinanziertem Unterstützungsprogrammes für Familien mit Kinderkrippen und Kindergärten, das vergleichsweise besser ausgebaut ist als jenes in Großbritannien.²⁵⁵

In einem nächsten Schritt sollen die Nettoersatzraten, d.h. in welchem prozentuellen Ausmaß die Leistung zum Einkommen steht, und die unterschiedliche Länge der Bezugsdauer der Sozialleistungen beider Länder betrachtet werden, um weitere Hinweise des dekommodifizierenden Effekts der wohlfahrtsstaatlichen Handlungsfelder ableiten zu können. Hypothesen 2 und 3, die bestätigt werden konnten, finden demnach Anwendung.

Im Bereich **Arbeit** liegt das Hauptunterscheidungsmerkmal darin, dass in Dänemark keine Pflicht zur Arbeitslosenversicherung besteht, dennoch aber aufgrund des Genter-Systems²⁵⁶ ca. 80% der dänischen Arbeitnehmer arbeitslosenversichert sind. Die Nettoersatzrate ist mit offiziell 90% des Durchschnittslohnes vor Eintritt der Arbeitslosigkeit besonders hoch, dennoch liegt durch Festlegung eines Höchstbetrages die faktische Nettoersatzrate darunter. Durch die Bestimmung einer Pauschale von 75 EUR pro Woche für Personen über 25 Jahren der britischen Contribution-

²⁵² Die Öffentlichen Sozialausgaben inkludieren Ausgaben für Alter, Arbeitsunfähigkeit, Gesundheit, Familie, Aktive Arbeitsmarktprogramme, Arbeitslosigkeit, Wohnen und andere.

²⁵³ vgl. OECD (2010) und SOCX (2011)

²⁵⁴ Siehe Anhänge II und V.

²⁵⁵ vgl. MISSOC (2011)

²⁵⁶ Der Begriff Genter-System bezieht sich auf das ursprünglich in der belgischen Stadt Gent eingeführte System der Arbeitslosenversicherung, die freiwillig war, gewerkschaftlich verwaltet und staatlich gefördert wurde. Heute verfügen Dänemark, Schweden und Finnland über ähnliche Modelle. (vgl. Clasen / Viebrock 2006: 351.)

based Job Seekers Allowance (JSA) in Großbritannien liegt die Nettoersatzrate niedriger als jene in Dänemark, dies trifft vor allem auf die höheren Einkommenschichten zu.²⁵⁷ Abbildung 14 stellt die Nettoersatzraten der Arbeitslosenunterstützung beider Länder gegenüber. Es kommt zum Ausdruck, dass Dänemark vor allem bei einem geringeren Einkommen eine höhere Nettoersatzrate aufweist. Darüber hinaus ist der Unterschied zwischen der Nettoersatzrate in der Anfangsphase der Arbeitslosigkeit und der Nettoersatzrate bei Langzeitarbeitslosigkeit in Dänemark sehr gering, wohingegen in Großbritannien Langzeitarbeitslose eine größere Reduzierung der anfänglichen Nettoersatzraten erfahren.

Anteil tatsächlicher Bruttoverdienst am durchschnittlichen Bruttoverdienst	Nettoersatzrate Anfangsphase der Arbeitslosigkeit		Nettoersatzrate Langzeitarbeitslosigkeit	
	Dänemark	Großbritannien	Dänemark	Großbritannien
67%	83%	60%	80%	55%
100%	60%	51%	58%	38%
150%	46%	37%	44%	26%

Abbildung 14: Nettoersatzraten der Arbeitslosenunterstützung²⁵⁸

Hier kommt die enorme Bedeutung von Arbeit im britischen Wohlfahrtsstaat zum Ausdruck, denn anstelle einer Einkommensersatzquote, die sich am vormaligen Lohnniveau ausrichtet, vergibt der Staat minimale Leistungen für Arbeitslose, die darauf abzielen, Arbeitslosigkeit unter keinen Umständen der Erwerbsfähigkeit vorzuziehen. Es steht hiermit der politische Gedanke „Welfare-to-work“ im Mittelpunkt und es wird postuliert, dass Arbeit die stärkste armutssenkende Wirkung ausübe.²⁵⁹

Die Bezugsdauer betreffend gewährt das dänische System über einen längeren Zeitraum die Arbeitslosenunterstützung (2 Jahre) danach greift das System der dänischen Mindestsicherung ein, wohingegen die Contribution based JSA für maximal 182 Tage ausbezahlt wird, die Income-based JSA aber unlimitiert bei Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen gewährt wird, da sie zum britischen System der Sozialhilfe zählt und als „letztes soziales Netz“ verstanden werden kann.

Das Kernstück der dänischen **Altersvorsorge**, die Volksrente, gewährt bei 40-jährigem Innehaben der Staatsbürgerschaft bzw. des Wohnsitzes in Dänemark eine Pauschale in der Höhe von maximal EUR 8.932 und enthält darüber hinaus eine einkommensabhängige Komponente, wodurch die Volkspension eine Bürgerrente darstellt.²⁶⁰ Das britische Rentensystem sieht zwar ebenfalls die Gewährung einer Grundrente vor, der beitragsfinanzierte Pauschalbetrag liegt jedoch mit EUR 113

²⁵⁷ Neben der Contribution based JSA, welche beitragsfinanziert ist und pauschale Leistungsvergabe vorsieht, gibt es in Großbritannien noch eine Income Based JSA, die steuerfinanziert und einkommensabhängig ist. Nähere Informationen dazu in Mitton (2008).

²⁵⁸ vgl. OECD (2011a). Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf eine alleinlebende Person.

²⁵⁹ vgl. Mitton (2008): 268f.

²⁶⁰ vgl. Ploug (2008)

pro Woche auf ein Jahr gerechnet unter dem dänischen Maximalbetrag der Volksrente. Die in Großbritannien und Dänemark gleichermaßen existierenden betrieblichen Pensionsversicherungssysteme lassen sich aufgrund der kollektivvertraglich geregelten Bedingungen schwer vergleichen.²⁶¹

Tabelle 9 gibt einen Überblick über die jeweiligen Nettoersatzraten²⁶² des dänischen und britischen Rentensystems.²⁶³ Es kommt deutlich hervor, dass Großbritannien bei einem durchschnittlichen Bruttoverdienst weniger als die Hälfte an Einkommen ersetzt als dies Dänemark tut.

Anteil tatsächlicher Bruttoverdienst am durchschnittlichen Bruttoverdienst	Nettoersatzrate	
	Dänemark	Großbritannien
50%	132%	67%
75%	103%	51%
100%	90%	42%
150%	81%	31%
200%	73%	24%

Tabelle 9: Nettoersatzraten des dänischen Rentensystems²⁶⁴

Ein Vergleich der Bezugsdauer erscheint bei Betrachtung der Rentensysteme als irrelevant, zumal die gesetzlichen Pensionsantrittsaltersvorgaben in Dänemark bei Frauen und Männern bei 65 Jahren liegen als auch in Großbritannien das männliche Pensionsantrittsalter 65 Jahre beträgt, wobei das weibliche Antrittsalter bis zum Jahr 2020 schrittweise von derzeit 60 Jahren auf das männliche Niveau angehoben werden soll. In Dänemark ist es einfacher in Frühpension zu treten als in Großbritannien, wodurch sich die Bezugsdauer verlängern kann.²⁶⁵

Betreffend die **Familienunterstützungsleistungen** erfolgt die Berechnung der Höhe des Mutterschaftsgeldes in beiden Staaten durch Heranziehen des Arbeitsentgeltes der Mutter. Die Nettoersatzrate des Mutterschaftsgeldes liegt in Großbritannien für alle Einkommensschichten auf einem tiefen Level zwischen 13% und 38%. Dänemarks Mutterschaftsgeld ersetzt für die ärmeren Einkommensschichten 50% der Einkünfte. (siehe Abbildung 15). Neben dem Mutterschaftsgeld besteht für Eltern ein Anspruch auf zusätzliche kinderbezogene Leistungen. Unter deren Berücksichtigung ergeben sich für Großbritannien ähnlich hohe Nettoersatzraten wie für Dänemark,

²⁶¹ vgl. Mitton (2008): 267, 276 und Schmid (2010): 190.

²⁶² Die Nettoersatzrate berechnet sich mittels Division der Netto-Rentenansprüche durch den Netto-Verdienst vor der Pensionierung, Einkommenssteuern und SV-Beiträge berücksichtigend.

²⁶³ Die Berechnungen nehmen eine Person an, die mit dem Alter von 20 Jahren in den Arbeitsmarkt eingetreten ist, das gesetzliche Pensionsantrittsalter erreicht, eine Karriere ohne Unterbrechungen verfolgt und eine Kapitalverzinsung von 3,5% gilt.

²⁶⁴ vgl. OECD Statistics (2011a)

²⁶⁵ vgl. MISSOC (2011)

wodurch sich die zuvor genannten Unterschiede nahezu ausgleichen. Die Bezugsdauer fällt in Großbritannien mit maximal 39 Wochen höher aus als in Dänemark mit insgesamt 18 Wochen.²⁶⁶

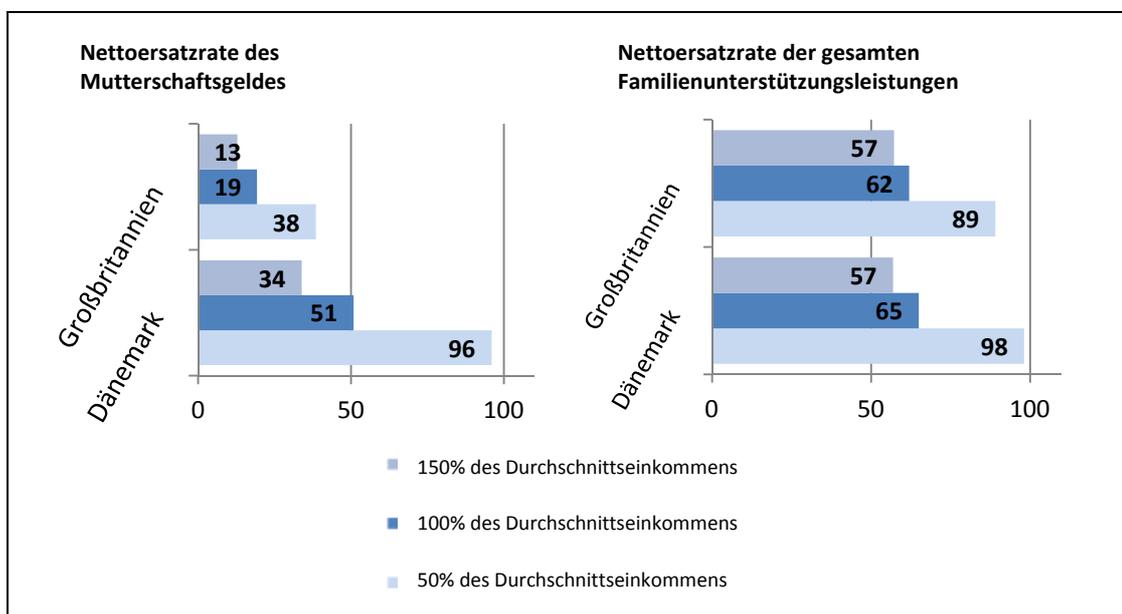


Abbildung 15: Nettoersatzrate des Mutterschaftsgeldes und der gesamten Familienunterstützungsleistungen in Prozent während der Zeit des Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaubes, 2008²⁶⁷

6.3.2. Residualismus

Dänemarks und Großbritanniens Sozialsysteme unterscheiden sich hinsichtlich der Kombination einkommensabhängiger und pauschaler Leistungshöhen als auch der verschiedenen Anspruchsvoraussetzungen, was die Beurteilung des Indikators Residualismus ermöglicht. Die Bestätigung von Hypothese 4 identifizierte einen positiven Zusammenhang zwischen universellen Systemen und der Ungleichheit der Einkommensverteilung. Hypothese 5 bestätigte die ungleichheitsreduzierende Wirkung des umfassenden Wohlfahrtsmodelles, d.h. die Kombination pauschaler und einkommensabhängiger Leistungen mit den Anspruchsvoraussetzungen Staatsangehörigkeit und Arbeitsmarktpartizipation.

Abbildung 16 veranschaulicht den Anteil der bedarfsgeprüften Leistungen an den gesamten öffentlichen Sozialausgaben. Hier wird ersichtlich, dass Großbritannien knapp ein Viertel seiner Sozialausgaben bedarfsgeprüften Leistungen zuführt. Die Bedeutung dieser hohen Zielgruppenorientierung kann zu einem gewissen Grad auf die historisch ebenfalls starke Ausrichtung auf bedarfsgeprüfte Leistungen zurückgeführt werden. Anders als in Dänemark, kam historisch betrachtet den Fürsorgeleistungen eine stärkere stigmatisierende Wirkung zu, wodurch

²⁶⁶ vgl. MISSOC (2011)

²⁶⁷ OECD (2011b). Anmerkung: Die Daten gelten für eine Familie mit zwei Kindern und zwei Verdienern.

z.B. das „Poor Law“ im 19. Jahrhundert gezählt werden kann (siehe dazu Kapitel 6.2.2). Das hohe Ausmaß bedarfsgeprüfter Leistungen kommt auch durch die britische wohlfahrtsstaatliche Auffassung zu tragen, wonach entlohnte Arbeit als die Haupteinnahmequelle gesehen wird und somit universelle Sozialleistungen geringeres Gewicht bekommen.²⁶⁸

In Dänemark bekam die Bereitstellung universeller Leistungen bereits relativ früh – besonders durch die sozialdemokratischen Regierungen – politische Aufmerksamkeit, wodurch sich das universalistische System der sozialen Sicherung besonders zwischen 1930 und 1960 herausbildete.²⁶⁹ Trotz der starken Orientierung an universellen Leistungen muss dennoch gewährt sein, dass die Leistungsvergabe effizient erfolgt, wodurch besonders in wirtschaftlich weniger prosperierenden Zeiten Einschnitte bei der universellen Leistungsvergabe vorgenommen wurden.

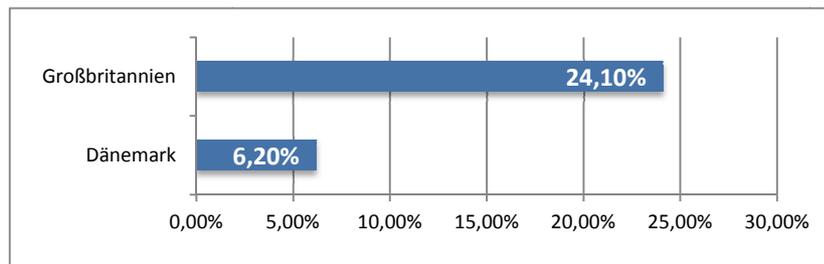


Abbildung 16: öffentliche Sozialausgaben für bedarfsgeprüfte Leistungen (in Prozent der gesamten öffentlichen Sozialausgaben)²⁷⁰

Arbeitslosenunterstützung erfolgt in Dänemark einkommensabhängig, auch in Großbritannien erfolgt durch die Income-based JSA und den Working Tax Credit (=Lohnsubventionen) die Leistungsvergabe einkommensabhängig, mit der Contribution-based JSA kommt es aber auch zur Auszahlung von pauschalen Leistungen. Anspruchsberechtigt sind Personen, die Beiträge an eine Arbeitslosenversicherung gezahlt haben, wobei im Unterschied zu Großbritannien das dänische Modell keine Versicherungspflicht vorsieht.²⁷¹

Das **Pensionssystem** in Dänemark charakterisiert sich durch eine pauschale und einkommensbezogene Komponente der Volkspension, wodurch die Eigenschaften einer Bürgerrente nach Korpi und Palme (siehe Exkurs in Kapitel 5.3.2) zutreffend sind. Die Anspruchsvoraussetzungen bedingen die dänische Staatsbürgerschaft oder den Wohnsitz für einen gewissen Zeitraum in Dänemark. Die Zusatzrente ist nicht vom Einkommen abhängig, sondern ist arbeitszeitbezogen, wodurch keine der Einkommensschichten aufgrund niedrigeren oder höheren Arbeitsentgeltes diskriminiert wird.²⁷² In Großbritannien erfolgt die Leistungsvergabe der

²⁶⁸ vgl. Schmid (2010): 188.

²⁶⁹ vgl. Schmid (2010): 147.

²⁷⁰ vgl. Adema / Ladaique (2011): 19.

²⁷¹ vgl. Mitton (2008): 268f und MISSOC (2011).

²⁷² vgl. Ploug (2008)

Grundrente pauschal, jene der Zusatzrente einkommensabhängig. Die Anspruchsvoraussetzungen sehen die Beitragsentrichtung an die Pflichtversicherung als Bedingung an.²⁷³ In beiden Staaten sind die Betriebsrenten kollektivvertraglich geregelt, wodurch ein Vergleich erschwert wird.

Hier wird deutlich, dass dem dänischen Rentensystem aufgrund seiner Ausgestaltung als Bürgerrente ein sehr hohes Potential zur Ungleichheitsreduktion innewohnt, sofern die durch die Analyse von Korpi und Palme getroffene Annahme gilt, dass die Bürgerrente den größten Erfolg in der Senkung der Einkommensungleichverteilung verzeichnet, vor allem was den Effekt auf die vulnerabelsten Gruppen der Einkommensdistribution angeht. Die Anspruchsvoraussetzungen knüpfen in Dänemark mit der Bürgerrente an Staatsangehörigkeit und mit der ATP-Zusatzrente an Arbeitsmarktpartizipation. Diesen Voraussetzungen wird laut Hypothese 5 ebenfalls ein starker egalisierender Effekt auf die Einkommensdistribution beigemessen, wodurch sich die niedrigere ungleiche Einkommensverteilung in Dänemark im Vergleich zu Großbritannien teilweise erklären lässt.

Im Bereich der **Familienunterstützung** erfolgt in beiden Staaten die Gewährung des Mutterschaftsgeldes einkommensabhängig und bei Auszahlung des Kindergeldes werden in Großbritannien als auch in Dänemark Pauschalbeträge festgelegt. Die Anspruchsvoraussetzungen unterscheiden sich kaum, da in beiden Fällen der Aufenthalt des Kindes im jeweiligen Staat verlangt wird.²⁷⁴

6.3.3. Privatisierung

Ein bedeutender Einfluss auf das Ausmaß der egalisierenden Wirkung der Sozialausgaben geht zu einem gewissen Grad von der Bedeutung der privaten Sozialausgaben aus. Tabelle 10 verdeutlicht, dass der Anteil privater Sozialausgaben am BIP in Großbritannien größer ausfällt als in Dänemark. Es kann in beiden Staaten ein Trend zu einer erhöhten Bedeutung der privaten Sozialausgaben beobachtet werden. Die Rolle der freiwilligen privaten Ausgaben ist vor allem im Rentensystem in Großbritannien stärker ausgeprägt als in Dänemark, was die höhere Ungleichheit der Personen im Pensionsalter erklären kann. Im Bereich Gesundheit sind die privaten Ausgabenniveaus in beiden Ländern ähnlich hoch.²⁷⁵

Hypothese 6 verweist auf den positiven Zusammenhang zwischen einem hohen Anteil privater Sozialausgaben und der Ungleichheit der Einkommen. Obwohl die Ausgabenniveaus für private Leistungen in Großbritannien höher liegen als in Dänemark und somit von einer geringeren ungleichheitsreduzierenden Wirkung der öffentlichen Sozialausgaben ausgegangen wird, kann

²⁷³ vgl. MISSOC (2011)

²⁷⁴ vgl. MISSOC (2011)

²⁷⁵ Siehe Anhänge II und V.

aufgrund von Steuerabsetzmöglichkeiten diese Bild leicht verändert werden. In Großbritannien sind die Möglichkeiten zum Steuerabzug privater Sozialausgaben höher als in Dänemark, wodurch der Effekt auf die Ungleichverteilung der Einkommen der privaten Ausgaben etwas verringert werden kann.²⁷⁶ Dennoch sei darauf hingewiesen, dass durch die erhöhte Möglichkeit des Steuerabzuges vermehrt reichere Einkommensschichten von privaten Vorsorgeprogrammen angesprochen werden und sich dieser Effekt somit wieder umkehren kann.

Private Sozialausgaben	1990	1995	2000	2005
Dänemark	2,1	2,4	2,4	2,6
Großbritannien	5,1	6,7	7,8	7,1

Tabelle 10: Öffentliche und private Sozialausgaben in DK und GB in Prozent des BIP 1990-2005²⁷⁷

Die Möglichkeit zur privaten **Pensionsversicherung** nutzen in Großbritannien vor allem besserverdienende Einkommensschichten wegen der relativ niedrigen Höhe der Grundrente. Um Privatvorsorge auch für die untersten Einkommensschichten attraktiver zu gestalten, wurden 2001 die Stakeholder Pensionen eingeführt, worunter Modelle zur Privatvorsorge subsummiert werden, die gewissen Mindeststandards unterliegen. Es stellte sich aber heraus, dass die Stakeholder-Pensionen vor allem von den obersten Einkommensschichten genutzt wurden und nur in einem geringen Ausmaß den vulnerablen Schichten der Bevölkerung nützten.²⁷⁸ Die private Altersvorsorge stellt den vierten Pfeiler des dänischen Pensionssystems dar. Sie ist durch die Entwicklung von Steueranreizen, die die Ersparnisbildung und -verwendung in privaten Pensionsfonds motivieren sollte, Lebensversicherungen und anderen Anlagemöglichkeiten entstanden. International verglichen liegt Dänemark mit über 90 % der Arbeitnehmer, welche an der privaten Altersvorsorge teilnehmen, sehr weit oben. Derzeit beziehen ca. ein Drittel der pensionierten Dänen Leistungen aus privaten Rentenarrangements.²⁷⁹ Schmidt (2010) sieht eine Tendenz in Richtung schrittweiser Senkung der Volks- und ATP-Rente und eine stärkere Bedeutung der privaten Altersvorsorge.²⁸⁰ Darüber hinaus wird debattiert, das Rentenaltersalter auf 67 Jahre anzuheben und die Möglichkeiten zur Frühpension einzuschränken.²⁸¹

6.3.4. Vollbeschäftigungsgarantie

Hypothese 7 bestätigte den positiven Zusammenhang zwischen den Ausgaben für Aktive Arbeitsmarktpolitik und der Reduktion der Ungleichheit der Einkommen.

²⁷⁶ vgl. Adema / Ladaique (2005): 29f.

²⁷⁷ vgl. OECD (2010)

²⁷⁸ vgl. FAZ (2003) zitiert in Schmid (2010): 191.

²⁷⁹ vgl. Frevel (2008): 208.

²⁸⁰ vgl. Schmidt (2010): 153.

²⁸¹ vgl. Bolkovac (2011): 44.

Ausgehend von den Zielsetzungen des Beveridge-Planes (siehe Abschnitt 6.2.2) geht hervor, dass Vollbeschäftigung und Integration in den Arbeitsmarkt im britischen Wohlfahrtsstaat eine herausragende Rolle annehmen und somit aktivierende Maßnahmen essentiell sind. In Großbritannien fällt darunter das Welfare-to-Work-Program der New Labour Regierung „New Deal“, wodurch Beratungen und Weiterbildungen angeboten werden, die die Chance auf eine neue Anstellung erhöhen sollen. 2009 kam es zu einer Reformierung des Systems und an die Stelle des New Deals trat der „Flexible New Deal“, der private Träger bei der Jobvermittlung inkludiert, d.h. wenn der von Arbeitslosigkeit Betroffene nach einem Jahr Partizipation in den staatlichen Vermittlungsprogrammen keine Arbeit gefunden hat, treten die privaten Vermittler ein.²⁸²

Für die Aufrechterhaltung des dänischen Wohlfahrtsstaates sind ebenfalls die arbeitsmarktpolitischen Instrumente ein bedeutender Faktor.²⁸³ Diese Tendenz begann vor allem durch die hohen Arbeitslosenraten, mit denen das Land Ende des letzten Viertels des zwanzigsten Jahrhunderts konfrontiert war. Die Arbeitslosigkeit konnte von ihrem Höchststand 1993 durch die eingeführte Arbeitsmarktreform befreit werden und von einem Stand von 12,1% auf ein Niveau von 5,5% im Jahr 1999 gebracht werden. Teil davon war eine Steuerreform, die unter anderem eine Arbeitsmarktabgabe vorsah. Teilweise kam es zu Knappheit des Arbeitskräfteangebotes und die auf eine Erhöhung der Erwerbsquote ausgerichtete Strategie der Aktivierung trug Früchte. Charakteristisch für die Aktivierungspolitik sind nicht nur Steigerungen der Mobilität oder geförderte Formen der Niedriglohnbeschäftigung, sondern daneben sollen auch Qualifikationssteigerungen der Arbeitssuchenden erreicht werden. Auch Bezieher der Mindestsicherungsleistungen haben in gleicher Weise wie die Arbeitslosen Recht auf die Nutzung dieser Vermittlungsstrukturen. Der dänische Staat tritt verstärkt als Arbeitgeber auf und verzeichnet darüber hinaus verglichen zu anderen europäischen Staaten eine starke Erwerbsbeteiligung wodurch ein geringerer Anteil an Sozialleistungen beansprucht wird und sich somit für den Staat die Einnahmen durch Steuern steigern.²⁸⁴

	1990	1995	2000	2005	2006	2007
Dänemark	0,7	1,9	1,9	1,6	1,5	1,3
Großbritannien	0,6	0,4	0,2	0,4	0,3	0,3

Tabelle 11: Ausgaben für Aktive Arbeitsmarktpolitik in Dänemark und Großbritannien 1990-2007 in Prozent des BIP²⁸⁵

²⁸² vgl. Schmid (2010): 195.

²⁸³ vgl. Frevel (2008): 208.

²⁸⁴ vgl. Schmid (2009): 159

²⁸⁵ vgl. OECD Statistics (2011d). Anmerkung: Zu den ALMP zählen laut OECD (2011d): „PES and Administration, Training, Job Rotation and Sharing, Employment Incentives, Supported Employment and Rehabilitation, Direct Job Creation, Start-Up Incentives.“

Tabelle 11 veranschaulicht, dass die Ausgaben für ALMP in Dänemark höher ausfallen als in Großbritannien, wobei in beiden Staaten von einer Tendenz zu einer Senkung dieser Ausgaben gesprochen werden kann. In Dänemark begann vor allem die Konservativen Regierung von 2001 die Ausgabenniveaus für ALMP zu senken als auch einen Arbeitsmarktreform einzuführen, um die Bezieher von Sozialhilfe verstärkt dazu zu motivieren anstatt weiter von Sozialleistungen abhängig zu sein eine Reintegration in den Arbeitsmarkt zu wählen.²⁸⁶

Beide Länder sehen Vollbeschäftigungsgarantie als Ziel ihres Wohlfahrtsstaates an. Dazu leistet Familienunterstützung seitens des Wohlfahrtsstaates einen Beitrag: Aufgrund des Beveridge-Planes kann Vollbeschäftigung für den britischen Wohlfahrtsstaat mit „männlicher Vollbeschäftigung“ gleichgesetzt werden. Dies erklärt die geringeren Ausgaben für soziale Dienstleistungen im Bereich der Familienunterstützung. Das britische Sozialsystem sieht keine Erhöhung der Leistungen für Alleinerzieher vor und verfügt über ein schwach ausgebildetes Kinderbetreuungsangebot. Frauen steht es lediglich zu, sich die Zeiten der Kinderversorgung als Zeiten zur Sozialversicherung anrechnen zu lassen.²⁸⁷

Dänemark vergibt verglichen zu anderen EU-Staaten einen verhältnismäßig hohen Anteil der gesamten Sozialausgaben für familienbezogene Leistungen, die eine hohe Deckungsrate des aus den drei Gliedern – Kindergarten, Krippe und Tagesmutter – bestehenden Kinderbetreuungssystems bewirken. Somit waren 2003 87% der dänischen Kinder zwischen einem und fünf Jahren in diesen öffentlichen Einrichtungen in Betreuung.²⁸⁸ Viele Gebietskörperschaften garantieren den Eltern einen Kindertagesbetreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag des Kindes wobei die Nutzung dieser Leistungen Beiträge von höchstens 33% der Kosten verlangt.²⁸⁹ Die Komponenten des dänischen Familienunterstützungssystems weist auf die Verfolgung eines Doppelverdienermodells der Familienunterstützung hin.²⁹⁰

6.3.5. Korporatismus / Etatismus

Aufgrund der Bestätigung von Hypothese 8 wurde der Zusammenhang zwischen gewerkschaftlichem Organisationsgrad und der Ungleichheitsreduktion herausgestrichen. Wie im Abschnitt über die dänische Arbeitslosenversicherung bereits angesprochen, ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad vor allem aufgrund des „Genter-Systems“ der Arbeitslosenversicherung relativ hoch. In Großbritannien wurde die vormals starke Tradition der

²⁸⁶ vgl. Green-Pedersen / Baggesen Klitgaard (2008): 160.

²⁸⁷ vgl. Mitton (2008): 270.

²⁸⁸ vgl. Green-Pedersen / Baggesen Klitgaard (2008): 162.

²⁸⁹ vgl. Ploug (2008)

²⁹⁰ Siehe Ferrarini (2003, 2006) für nähere Ausführungen zu den unterschiedlichen Familienunterstützungsmodellen.

Gewerkschaften vor allem durch die die Gewerkschaften zurückdrängenden Maßnahmen der Regierung unter Margret Thatcher abgeschwächt, wodurch der gewerkschaftliche Organisationsgrad relativ gering ist.

Tabelle 12 gibt einen Überblick über die Veränderungen des gewerkschaftlichen Organisationsgrades in den letzten Jahren und drückt aus, dass Dänemark einen weit höheren Wert als Großbritannien aufweist.

	2000	2005	2006	2007	2008	2009
Dänemark	74%	72%	69%	69%	68%	69%
Großbritannien	30%	28%	28%	28%	27%	27%

Tabelle 12: Gewerkschaftlicher Organisationsgrad in Dänemark und Großbritannien²⁹¹

Hypothese 9 bestätigte den positiven Zusammenhang zwischen dem Zentralisierungsgrad der Lohnverhandlungen und der Ungleichheitsreduktion. Es wird auf Vissers (2011) Datenbank über die institutionellen Charakteristika von Gewerkschaften, Lohnsetzung, Staatseinfluss und Sozialverträge zurückgegriffen, wonach die analysierten Länder abhängig von ihrer jeweiligen Koordinierung der Lohnverhandlungen in fünf Kategorien eingeteilt werden.²⁹²

5) wirtschaftsübergreifende Tarifverhandlungen basierend

- a) auf erzwingbaren Vereinbarungen zwischen den zentralen Organisationen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter welche vollständig auf die Wirtschaft und den gesamten privaten Sektor wirken oder
- b) auf staatlicher Einflussnahme mittels Lohnfestsetzungen, Einfrierungen oder Obergrenzen.

4) gemischte Tarifverhandlungen auf Branchen- und Wirtschaftsebene:

- a) zentrale Organisationen verhandeln nicht-erzwingbare zentrale Vereinbarungen und / oder
- b) Schlüsselgewerkschaften und –arbeitgebervertreter setzen einen Rahmen für die gesamte Wirtschaft.

Däne-
mark

3) Tarifverhandlungen auf Branchenebene ohne oder mit irregulären Muster-Rahmenabkommen, begrenzte Einbindung von zentralen Organisationen und eingeschränkte Freiheiten für unternehmensweites Verhandeln.

2) gemischtes oder wechselndes System von Verhandlungen auf Branchen- und Unternehmensebene mit schwacher Erzwingbarkeit der Vereinbarungen.

Großbri-
tannien

1) keine der oben genannten Muster treffen zu, fragmentierte Verhandlungen, vorwiegend auf Unternehmensebene.

²⁹¹ vgl. OECD Statistics (2011d). Anmerkung: Gewerkschaftlicher Organisationsgrad entspricht dem Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung (in %).

²⁹² vgl. Visser (2011)

In Großbritannien ist seit den 1980er Jahren kein bestimmtes Muster des Zentralisierungsgrades von Lohnverhandlungen zutreffend da die Verhandlungen stark fragmentiert und auf Unternehmensebene stattfinden. Vereinzelt kam es zwischen 1966 und 1979 zu kurzen Perioden eines höheren Zentralisierungsgrades der Lohnverhandlungen. Auch in Dänemark konnte seit Beginn des Beobachtungszeitraums 1960 bis Mitte der 1980er Jahre ein hoher Zentralisierungsgrad (Kategorie 5) der Gewerkschaften von Visser festgestellt werden. Seither schwankt Dänemark zwischen Kategorie 4 und vorwiegend 3.²⁹³

Obwohl in beiden Staaten seit der Mitte der 1980er Jahre mit der wachsenden Bedeutung des privaten Sektors der Zentralisierungsgrad der Lohnverhandlungen gesunken ist, verfügt Dänemark zurzeit immer noch über ein stärkere, wenn auch begrenzte, Einbindung von gewerkschaftlichen Organisationen. Ein herausragendes Charakteristikum des Wohlfahrtsstaates Dänemark ist das Nichtvorhandensein von gesetzlichen Vorschriften bei tarifrechtlichen Angelegenheiten, wenn Verhandlungen zwischen Tarifpartnern stattgefunden haben. Das bedeutet, dass durch die Vereinbarung der Bestimmungen zur Sozialversicherung in den meisten Fällen von Staat, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern die Entscheidungen getroffen werden und somit diese Parteien eine Mitkontrollfunktion ausüben. Dadurch lässt sich ein Teil der Unterschiede des Zentralisierungsgrades der Lohnverhandlungen zwischen Dänemark und Großbritannien erklären.²⁹⁴

6.3.6. Umverteilungskapazität

Obwohl bezüglich der Kategorie „Umverteilungskapazität“ keine Bildung von Hypothesen vorgenommen wurde und somit der Progressionsgrad des Steuersystems in Zusammenhang mit der Ungleichverteilung der Einkommen nicht analysiert wurde, soll an dieser Stelle trotzdem kurz auf die Steuersysteme Großbritanniens und Dänemarks eingegangen werden.

Zur Beurteilung der Umverteilungskapazität von Staaten kann der Progressionsgrad des Steuer- und Transfersystems Aufschluss geben, da sich dieser in der Differenz zwischen Primär- und Sekundärverteilung der Einkommen ausdrückt. Abbildung 17 veranschaulicht den Gini-Index jeweils vor (=Markteinkommen) und nach (verfügbares Einkommen) Berücksichtigung von Steuern und Transfers. Es kommt klar zum Ausdruck, dass Dänemark mit einem ohnehin schon niedrigeren Wert des Gini-Koeffizienten des marktbasierten Einkommens auch eine stärkere Reduktion der Ungleichverteilung durch Steuern und Transfers erreicht.

²⁹³ vgl. Visser (2011)

²⁹⁴ vgl. Schmid (2010): 150.

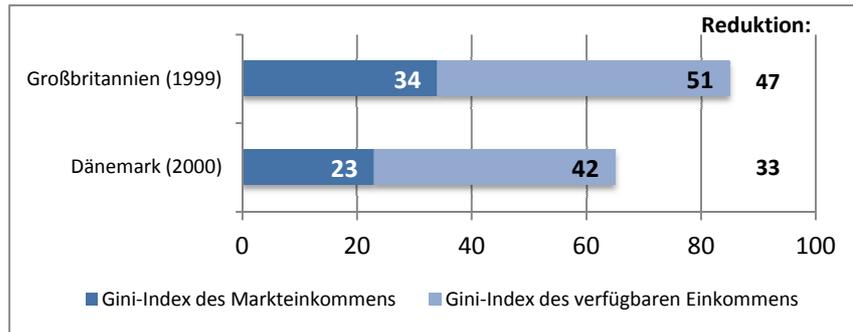


Abbildung 17: : Gini-Index bei Betrachtung der Markteinkommen und der verfügbaren Einkommen in GB und DK (Werte in %) ²⁹⁵

Prasad und Deng (2009) bildeten einen Index zur Messung der Progressivität von Steuersystemen. Aus Abbildung 18 geht hervor, dass nach ihrer Einschätzung Großbritanniens Steuersystem (d.h. Steuern auf Einkommen, Eigentum und Arbeitnehmerbeiträge) relativ gesehen einen höheren Progressionsgrad als Dänemark aufweist. Davon abgesehen, führen Prasad und Deng an, dass ihre Analysen den in der Literatur oft zitierten Zusammenhang bestätigen, wonach sich generösere Wohlfahrtsstaaten (z.B. nordische Staaten) durch regressivere Steuersysteme charakterisieren, um die hohen Sozialausgaben finanzieren zu können. ²⁹⁶ Laut den aktuellen Angaben ist Dänemark das Land mit der EU-weit höchsten direkten Besteuerung, was daraus resultiert, da der Großteil der Sozialleistungen steuerfinanziert wird. ²⁹⁷

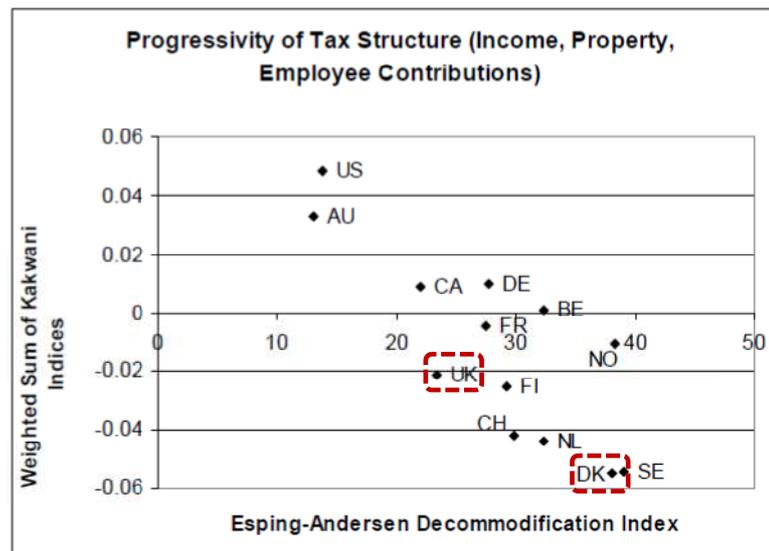


Abbildung 18: Progressionsgrad des Steuersystems ausgewählter Staaten ²⁹⁸

Darüber hinaus ist die Rolle der Mehrwertsteuer, die in Prasad und Dengs Grafik keinen Ausdruck findet, ebenfalls ein Prädiktor für die Beurteilung des Progressionsgrads von Steuern, wie unter

²⁹⁵ vgl. Brandolini / Smeeding (2010): 93

²⁹⁶ vgl. Prasad / Deng (2009): 39.

²⁹⁷ vgl. European Union (2011): 60.

²⁹⁸ Prasad / Deng (2009): 39.

Kapitel 5.3.6 bereits angesprochen. Beim Ländervergleich zeigt sich, dass die impliziten indirekten Steuern für Konsum in Dänemark mit 31 Prozent des BIPs durchschnittlich fast doppelt so hoch sind als in Großbritannien. Auch die Mehrwertsteuer fällt in Dänemark mit 10 Prozent des BIPs doppelt so hoch aus als in Großbritannien.²⁹⁹

6.3.7. Zusammenfassende Überlegungen des Ländervergleiches

Zur Beantwortung von Forschungsfrage 2 wurden in diesem Kapitel Unterschiede der wohlfahrtsstaatlichen Handlungsfelder zwischen Dänemark und Großbritannien mit den Hypothesen, die in Kapitel 5.3 bestätigt werden konnten, zusammengeführt, um daraus ableiten zu können, ob sich die höhere Einkommensungleichheit in Großbritannien durch die bestätigten Zusammenhänge erklären lässt. So konnten für jede, der von Esping-Andersen definierten Kategorien, die bestätigten Hypothesen einen Teil der Unterschiede der Einkommensverteilung zwischen Großbritannien und Dänemark erklären.

Bezüglich der Kategorie **Dekommodifizierung** konnte durch den Vergleich von Ausgabenniveaus bzw. Nettoersatzraten und der Bezugsdauer der unterschiedlichen Unterstützungsprogramme in den Bereichen Arbeit, Alter und Familie festgestellt werden, dass in Dänemark größtenteils höhere Sozialausgaben als auch höhere Nettoersatzraten für eine geringere Ungleichverteilung mitverantwortlich sein können. Während bei Betrachtung der Bruttoausgaben Dänemark weit mehr für Sozialleistungen seines BIPs vergibt, werden die Unterschiede geringer, wenn die Nettosozialausgaben verglichen werden. Dadurch, dass der dänische Wohlfahrtsstaat hauptsächlich über Steuern finanziert wird, ist auch die Belastung von Sozialleistungen stärker.

Vor allem im Bereich der Renten liegt in Dänemark die Nettoersatzrate weit höher als jene Großbritanniens, dies kann sich zu einem gewissen Teil durch die höhere Bedeutung privater Rentenvorsorge in Großbritannien erklären, obwohl auch in Dänemark die private Altersvorsorge zunimmt. Auch im Bereich der Arbeitslosenunterstützung ist das dänische System generöser was die Bezugsdauer als auch die Nettoersatzrate betrifft. Ebenfalls ist die Bezugsdauer in Dänemark, wenn auch nur geringfügig, in den meisten Bereichen, höher als in Großbritannien, was den senkenden Effekt auf die Einkommensungleichverteilung weiter erklären kann.

Die Kategorie **Residualismus** beleuchtete Dänemarks und Großbritanniens Sozialsysteme hinsichtlich der verschiedenen Anspruchsvoraussetzungen als auch der unterschiedlichen Kombination einkommensabhängiger und pauschaler Leistungshöhen. Der Anteil der bedarfsgeprüften Sozialleistungen fällt in Großbritannien höher aus als in Dänemark, wonach Hypothese 4, welche einen positiven Zusammenhang zwischen universellen Systemen und der

²⁹⁹ vgl. Europäische Union (2011): 174, 258.

Senkung der Ungleichheit der Einkommensverteilung identifizierte, auf die Länderbeispiele Anwendung findet. Auch bei Betrachtung der Bereiche Arbeitslosenunterstützung und Alterspensionen ging hervor, dass in Großbritannien vor allem im Bereich der Altersrenten ein stärkerer Fokus auf das Einkommen bei der Bestimmung der Höhe der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen gelegt wird als in Dänemark. Hypothese 5, die die ungleichheitsreduzierende Wirkung der Kombination pauschaler und einkommensabhängiger Leistungen mit den Anspruchsvoraussetzungen Staatsangehörigkeit und Arbeitsmarktpartizipation bestätigte, konnte demnach auch beim Ländervergleich Anwendung finden.

Bezüglich der Kategorie **Privatisierung** nimmt Hypothese 6 auf den positiven Zusammenhang zwischen dem Anteil privater Sozialausgaben und der Ungleichheit der Einkommensverteilung Bezug. Die Länderanalyse machte dabei deutlich, dass der Anteil privater Sozialausgaben am BIP in Großbritannien größer ausfällt als in Dänemark, obwohl in beiden Staaten ein Trend zu einer erhöhten Bedeutung der privaten Sozialausgaben beobachtet werden kann. Die Möglichkeiten zur privaten Pensionsversicherung nutzen in Großbritannien vor allem die obersten Einkommensschichten, da die Höhe der Grundrente sehr gering ist. Auch in Dänemark wird einen sinkende Bedeutung der Volksrente verglichen zu privaten Arrangements beobachtet.

Hypothese 7 der Kategorie **Vollbeschäftigungsgarantie** bestätigte den positiven Zusammenhang zwischen den Ausgaben für Aktive Arbeitsmarktpolitik und der Reduktion der Ungleichheit der Einkommen. Großbritannien als auch Dänemark setzten in den letzten Jahren verstärkt auf aktivierende Arbeitsmarktpolitik und beide Länder sehen Vollbeschäftigungsgarantie als Ziel ihres Wohlfahrtsstaates an. Obwohl nach den Zielsetzungen des Beveridge-Planes Vollbeschäftigung und Integration in den Arbeitsmarkt im britischen Wohlfahrtsstaat eine herausragende Rolle annehmen und somit aktivierende Maßnahmen essentiell sind, verzeichnet Dänemark trotzdem höhere Ausgabenniveaus für Aktive Arbeitsmarktpolitik. Der dänische Staat tritt verstärkt als Arbeitgeber auf und verzeichnet darüber hinaus verglichen zu anderen europäischen Staaten eine starke Erwerbsbeteiligung wodurch ein geringerer Anteil an Sozialleistungen beansprucht wird und sich somit für den Staat die Einnahmen durch Steuern steigern. Familienunterstützung, die zur Unterstützung der Vollbeschäftigung gedacht ist, ist ebenfalls in Dänemark ausgeprägter und verfolgt durch Eigenschaften des Doppelverdienermodells eine bessere Strategie Frauen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wohingegen Vollbeschäftigung für den britischen Wohlfahrtsstaat mit „männlicher Vollbeschäftigung“ gleichgesetzt wird.

Aufgrund der Bestätigung von Hypothesen 8 und 9 zur Kategorie **Korporatismus / Etatismus** wurde herausgestrichen, dass Ungleichheitsreduktion einerseits mit dem gewerkschaftlichen Organisationsgrad und andererseits mit dem Zentralisierungsgrad der Lohnverhandlungen positiv

korreliert. Das „Genter-Systems“ der Arbeitslosenversicherung ist zum einen für einen höheren gewerkschaftlichen Organisationsgrad Dänemarks verantwortlich, gleichzeitig kam es in Großbritannien besonders in der Zeit des Thatcherismus zur Zurückdrängung der Bedeutung von Gewerkschaften. In Großbritannien ist seit den 1980er Jahren ebenfalls kein bestimmtes Muster des Zentralisierungsgrades von Lohnverhandlungen zutreffend da die Verhandlungen stark fragmentiert und auf Unternehmensebene stattfinden. Obwohl in beiden Staaten seit der Mitte der 1980er Jahre mit der wachsenden Bedeutung des privaten Sektors der Zentralisierungsgrad der Lohnverhandlungen gesunken ist, verfügt Dänemark zurzeit immer noch über ein stärkere, wenn auch begrenzte, Einbindung von gewerkschaftlichen Organisationen bei den Lohnverhandlungen.

Zur Beurteilung der **Umverteilungskapazität** von Großbritannien und Dänemark, diente der Vergleich der Gini-Werte des Markteinkommens und des verfügbaren Einkommens, wodurch klar hervorging, dass Dänemark mit einem ohnehin schon niedrigeren Wert des Gini-Koeffizienten des Markteinkommens ebenfalls eine stärkere Reduktion der Ungleichverteilung durch Steuern und Transfers erreicht, die sich in den Gini-Werten des verfügbaren Einkommens ausdrückt. Nach Prasad und Dengs (2009) Index zur Einschätzung des Progressionsgrades unterschiedlicher Steuersysteme, ging hervor, dass Großbritanniens Steuersystem einen höheren Progressionsgrad als Dänemark aufweist. Darüber hinaus verdeutlichte sich dadurch der Zusammenhang, wonach sich generösere Wohlfahrtsstaaten, wie Dänemark, durch regressivere Steuersysteme charakterisieren, um die hohen Sozialausgaben finanzieren zu können. Außerdem wurde dadurch das Argument verstärkt, dass Sozialausgaben stärker progressiv wirken als Steuern.

7. ZUSAMMENFASSUNG UND CONCLUSIO

Ausgangspunkt dieser Arbeit bildet die Annahme, dass Wirtschaftswachstum als „Ersatzdroge für Einkommensungleichheiten“ in entwickelten Staaten nicht länger tragfähig ist, um soziales Wohlergehen der Gesellschaft zu garantieren. Das Ziel dieser Arbeit ist, durch den internationalen Vergleich wohlfahrtsstaatlicher Handlungsfelder Aussagen zu treffen, warum in manchen Staaten eine höhere oder geringere Ungleichverteilung der Einkommen beobachtet werden kann. Von Interesse ist, ob in Staaten Ungleichheit als politische Entscheidung aufgefasst werden kann. Dazu werden zwei Forschungsfragen gebildet, wobei sich die erste mit den Zusammenhängen zwischen den Merkmalen nationaler wohlfahrtsstaatlicher Handlungsfelder und der Senkung der Ungleichverteilung der Einkommen beschäftigt. Die zweite Frage versucht zu klären, ob die identifizierten Zusammenhänge für einen Teil der Unterschiede in der Höhe der Ungleichverteilung der Einkommen zwischen Dänemark und Großbritannien verantwortlich gemacht werden können.

Neben einer Diskussion der Entwicklung und Folgen von Ungleichheit als auch der Entwicklung und möglichen Wirkungen von Wohlfahrtsstaaten bedient sich diese Arbeit der Methoden der Vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung, indem die Theorie zur Bildung von Wohlfahrtsstaatstypologien von Esping-Andersen (1989) Anwendung findet. Dessen Kategorien – Residualismus, Dekommodifizierung, Privatisierung, Vollbeschäftigungsgarantie, Korporatismus / Etatismus und Umverteilungskapazität – erlauben es, Hypothesen zu bilden, inwiefern die Charakteristika wohlfahrtsstaatlicher Handlungsfelder mit einem egalisierenden Effekt auf die Einkommensverteilung in Wohlfahrtsstaaten in einem Zusammenhang stehen. Die für jede Kategorie – mit Ausnahme von „Umverteilungskapazität“ – gebildeten Hypothesen werden darauffolgend durch vorwiegend quantitative vergleichende Studien überprüft. Im Fall von Hypothesen, die widerlegt werden, erfolgt eine Anpassung mittels der Bildung von Hypothesen, die durch die Studienergebnisse bestätigt werden konnten. Forschungsfrage 1 kann dadurch beantwortet werden.

Die zentralen Erkenntnisse bezüglich der Beantwortung von Forschungsfrage 1 betonen die Bedeutung der Höhe der öffentlichen Sozialausgaben für einen stärkeren ausgleichenden Effekt auf die Einkommensverteilung der Wohlfahrtsstaaten. Darüber hinaus versprechen höhere Nettoersatzraten und eine längere Bezugsdauer der jeweiligen wohlfahrtsstaatlichen Leistungen einen ähnlichen Effekt. Bezüglich der Bestimmung der Höhe der jeweiligen Sozialleistungen ist von Bedeutung, inwiefern eine Kombination pauschaler und einkommensabhängiger Leistungen erfolgt, d.h. neben einer gewissen Grundversorgung mittels Leistungen werden einkommensabhängige Leistungen gewährt, die Arbeitsmarktpartizipation und/oder Staatsangehörigkeit verlangen.

Was die Anspruchsvoraussetzungen der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen betrifft, so ist die Bedeutung universeller Leistungen zentral, da diese einen stärkeren egalisierenden Effekt als zielgruppenorientierte Leistungen, die nach einer Bedarfsprüfung gewährt werden, versprechen. Erklärung dafür bilden unter anderem die Argumente, dass bei einem hohen Grad zielgruppenorientierter Leistungen reichere Einkommenschichten diskriminiert werden, dadurch eine geringere Unterstützungsmotivation für den Wohlfahrtsstaat aufgebracht wird und folglich private Vorsorgeprogramme an Attraktivität gewinnen, die wiederum die untersten Einkommenschichten benachteiligen und begrenzt umverteilend wirken.

Diese Überlegungen führen zu der weiteren Erkenntnis, wonach private Sozialausgaben in einem positiven Verhältnis zur Einkommensungleichheit stehen und sogar die positive Wirkung der öffentlichen Sozialausgaben auf die Einkommensverteilung mindern können. Aktive Arbeitsmarktpolitik ist essentiell für eine Senkung der Einkommensungleichverteilung und der Verfolgung des Zieles Vollbeschäftigungsgarantie. Die Institutionen des Arbeitsmarktes üben in Wohlfahrtsstaaten ebenfalls einen nicht zu vernachlässigenden Einfluss auf die Einkommensungleichverteilung aus. Genau genommen sind ein höherer gewerkschaftlicher Organisationsgrad und ein höherer Zentralisierungsgrad der Lohnverhandlungen Erklärungsfaktoren für eine geringere Einkommensungleichverteilung.

Der daran anschließende Teil dieser Arbeit befasst sich mit der jeweiligen Situation der Einkommensungleichheit in Dänemark und Großbritannien und der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung. Es werden die bestätigten Hypothesen herangezogen um die wohlfahrtsstaatlichen Handlungsfelder zu vergleichen. Daraus ergibt sich, dass alle formulierten und bestätigten Hypothesen einen Teil der Unterschiede der Einkommensverteilung zwischen Dänemark und Großbritannien erklären können, wodurch sich Forschungsfrage 2 beantworten lässt.

Es zeigt sich, dass Dänemark im Großteil der von Esping-Andersen verwendeten Kategorien bei Heranziehen der bestätigten Hypothesen besser abschneidet als Großbritannien. So sind höhere

Sozialausgabenniveaus, ein geringerer Grad bedarfsgeprüfter Leistungen, stärkere Merkmale eines umfassenden Wohlfahrtsstaates, eine geringere Bedeutung privater Sozialausgaben, höhere Ausgaben für Aktive Arbeitsmarktpolitik als auch ein höherer gewerkschaftlicher Organisationsgrad und Zentralisierungsgrad der Lohnverhandlungen in Dänemark für einen Teil der niedrigeren Ungleichverteilung der Einkommen verglichen zu Großbritannien verantwortlich.

Wichtig ist dabei zu betonen, dass durch die hohe Steuerquote in Dänemark zur Aufrechterhaltung des generösen Wohlfahrtsstaates die Nettosozialausgaben weit stärker von den Bruttosozialausgaben abweichen, als dies in Großbritannien der Fall ist, was die Beurteilung etwas verändern kann. Darüber hinaus ist nicht nur in Großbritannien sondern auch in Dänemark ein Trend hin zu einer höheren Bedeutung privater Sozialausgaben beobachtbar, was nach Hypothese 6 eine Verringerung des umverteilenden Effekts mit sich bringt.

Bezüglich der Umverteilungskapazität wurde der Progressionsgrad des Steuersystems in beiden Ländern betrachtet. Interessanterweise stellte sich heraus, dass Großbritanniens Steuersystem progressiver ist als Dänemarks. Dies lässt sich auf die hohe direkte als auch indirekte Besteuerung in Dänemark zurückführen. Letztere belasten vor allem die ärmeren Einkommensschichten disproportional. Durch diese Arbeit wurde somit ersichtlich, dass Dänemark nicht als rein sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaat klassifiziert werden kann, denn Esping-Andersen (1989) beschreibt diese Gruppe der Wohlfahrtsstaaten mit einem hohen Progressionsgrad des Steuersystems.

Generell ging aus der geschichtlichen Betrachtung der beiden Wohlfahrtsstaaten hervor, dass gesellschaftliche Entwicklungen für die jeweilige unterschiedliche Entwicklung des Wohlfahrtsstaates in Dänemark bzw. Großbritannien verantwortlich gemacht werden können. Dänemarks Wohlfahrtsstaat beruht somit noch heute auf einem starken gesellschaftlichen Konsens und hohe Sozialausgabenniveaus und universelle Leistungen erlangen die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz. In Großbritannien wird verstärkt auf die Selbsthilfefähigkeit des Individuums und die Rolle der Familie gesetzt, wodurch wohlfahrtsstaatliche Handlungen unter erschwerten Bedingungen durchgesetzt werden können.

Der wohlfahrtsstaatliche Vergleich ermöglicht zwar eine Verbesserung der kritischen Auseinandersetzung mit der Sozialpolitik der eigenen Nation, vergrößert den Horizont hinsichtlich der Handlungsmöglichkeiten bei bestimmten Herausforderungen, wie in diesem Fall der Bekämpfung der Einkommensungleichheit, und erlaubt imitatives Lernen. In dieser Arbeit würde sich für Großbritannien ergeben, dass sich der Fokus der britischen Sozialpolitik stärker auf universelle Leistungen, einen höheren Anteil öffentlicher Sozialausgaben im Verhältnis zu den

privaten Sozialausgaben, die Bedeutung der Gewerkschaften und der ALMP legen sollte, um der Ungleichheit der Einkommen zu begegnen. Diese Handlungsempfehlungen sind zwar hilfreich in der Bewertung unterschiedlicher wohlfahrtsstaatlicher Erfolge in der Ungleichheitsreduktion, dennoch sind spezifische gesellschaftliche, kulturelle, wirtschaftliche und politische Gegebenheiten des jeweiligen Landes dafür ausschlaggebend, inwiefern „Best-Practices“ an die nationalen Gegebenheiten adaptiert werden können.

Da die Erforschung des ungleichheitsreduzierenden Effekts von Wohlfahrtsstaaten unendlich vielschichtig ist, als auch von vielen Faktoren, die jenseits der wohlfahrtsstaatlichen Handlungsfelder liegen, abhängig ist, stellt diese Arbeit nur einen kleinen Ausschnitt eines Erklärungsansatzes für die unterschiedlichen (Miss-)Erfolge von Wohlfahrtsstaaten in der Bekämpfung der Einkommensungleichheit dar. Wie im Kapitel über die Vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung bereits angeführt, konzentriert sich der Großteil der Studien, die den Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wohlfahrtsstaaten zu erklären versuchen, auf Ausgabenniveaus. Diese Arbeit unternimmt den Versuch, von diesem stark quantitativen Ansatz abzugehen, indem die Struktur der Leistungen (wie z.B. Zielgruppenorientierung, Privatisierung) integriert wurde, dennoch dominiert die Betrachtung von Ausgabenniveaus. Für einen internationalen Vergleich erschwert sich besonders die Betrachtung institutioneller Indikatoren, wohingegen Statistiken über Sozialausgaben international vergleichbar und verfügbar sind.

Die Bildung von Hypothesen erlaubt erste Anhaltspunkte für das Argument, dass Ungleichheit Ausdruck politischer Entscheidung ist. Entgegen ihren Kritikern, üben nach den Erkenntnissen dieser Arbeit Wohlfahrtsstaaten sehr wohl Einfluss auf die jeweilige nationale Ungleichverteilung der Einkommen aus. In Zeiten eines sich verstärkenden „Welfare State Retrenchments“ wird immer mehr versucht, Sozialausgaben zu kürzen, indem auf die Selbsthilfefähigkeit der Individuen und den privaten Markt gesetzt wird. Diese Arbeit rechtfertigt entgegen diesen Bestrebungen eine zentrale Bedeutung von öffentlichen Sozialausgaben und den institutionellen Eigenschaften des Wohlfahrtsstaates. Unklar ist dabei nur, welche Grenzen hinsichtlich der unterschiedlichen Leistungshöhen bestehen, d.h. es stellen sich Fragen wie z.B., welcher Grad an privaten Sozialleistungen die Verteilung der Einkommen noch nicht negativ beeinflusst oder ab welcher Höhe der staatlichen Sozialausgaben kein umverteilender Effekt mehr garantiert werden kann. Die Beantwortung dieser Fragen ist dabei von nationalen Unterschieden wirtschaftlicher, politischer als auch gesellschaftlicher Natur abhängig.

In dieser Arbeit wurde absichtlich die Ebene der Europäischen Union (EU) ausgeblendet, um sich völlig auf nationale Gegebenheiten konzentrieren zu können. Dennoch erscheint die Betrachtung

des wohlfahrtsstaatlichen Einflusses der EU für eine Beurteilung der Senkung der Einkommensungleichheiten als relevant, da die Mitgliedsstaaten vermehrt Kompetenzen abgeben bzw. Handlungen europaweit koordinieren müssen und somit die Grenzen zwischen den „Drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ nach und nach zu verschwimmen beginnen.

Aufgrund diverser Forschungsproblematiken in diesem Themenbereich bleibt ein hohes Forschungsinteresse an zukünftigen Studien bestehen, die sich mit den Aspekten von Ungleichheit und der Rolle von Wohlfahrtsstaaten befassen. Die Komplexität von Ungleichheit verlangt zum einen eine Konzentration auf spezifische Problembereiche bzw. einzelne Bereiche wohlfahrtsstaatlicher Handlungsfelder, zum anderen müssen die so gewonnenen Erkenntnisse immer in Kombination mit einer Fülle anderer, interdependenter Einflüsse auf die Ungleichheit betrachtet werden.

8. QUELLENVERZEICHNIS

- Adema, Willem (2010): The Welfare State across Selected OECD Countries: How much does it really cost and how good is it in reducing poverty? In: Social Justice Ireland (Hg.): The Future of the Welfare State, Dublin, 20-50.
- Adema, Willem et al. (2011): Is the European Welfare State Really More Expensive? Indicators of Social Spending, 1980-2012; And a manual to the OECD Social Expenditure Database, OECD Social, Employment and Migration Working Papers, No. 124, OECD Publishing.
<http://www.oecd.org/dataoecd/56/2/35632106.pdf>. Zuletzt geprüft am: 1. Dezember 2011.
- Alber, Jens (2001): Hat sich der Wohlfahrtsstaat als soziale Ordnung bewährt? In: Mayer, Karl Ulrich (Hg.): Die beste aller Welten? Marktliberalismus versus Wohlfahrtsstaat. Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main, 59-113.
- Albers, Hans-Jürgen (2005): Handbuch zur ökonomischen Bildung. Oldenburg Wissenschaftsverlag, München
- Albers, Sönke et al. (2009): Methodik der empirischen Sozialforschung. 3. Auflage, Gabler Verlag, Wiesbaden.
- Alvaredo, Facundo et al. (2011): The World Top Income Database 2011. <http://gmond.parisschoolofeconomics.eu/topincomes>. Zuletzt geprüft am: 12. Dezember 2011.
- Arts, Will / Gelissen, John (2002): Three worlds of welfare capitalism or more? A state-of-the-art report. In: Journal of European Social Policy 12, 137-158.
- Aspalter, Christian (2011): The development of ideal-typical welfare regime theory. In: International Social Work 2011 54, 735-750.
- Atkinson, Tony (2002): Income Inequality and the Welfare State in Global Era. The J. Douglas Gibson Lecture, School of Policy Studies.
http://www.queensu.ca/sps/events/lectures/j_douglas_gibson/02lecture.pdf. Zuletzt geprüft am: 22. Oktober 2011.
- Atkinson, A.B. (1997): Bringing Income Distribution in From the Cold. In: The Economic Journal vol. 107, no. 441, 297-321.
- Bäckman, Olof (2005): Welfare States, Social Structure and the Dynamics of Poverty Rates. A comparative study of 16 countries, 1980-2000. Arbetsrapport / Institutet för Framtidsstudier, 2005: 7. <http://www.framtidsstudier.se/wp-content/uploads/2011/01/20051201134859fil2PWNc7fvFPdW2pEwy70s.pdf>. Zuletzt geprüft am: 01. November 2011.
- Berg-Schlosser, Dirk / Müller-Rommel, Ferdinand (1991): Vergleichende Politikwissenschaft: ein einführendes Handbuch. Leske Verlag + Budrich GmbH, Opladen.

- BMASK (2011): Passive, aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik.
<http://www.bmask.gv.at/cms/site/dokument.html?channel=CH0633&doc=CMS123261643>
 1916. Zuletzt geprüft am: 3. September 2011.
- Boje, Thomas (1996): Welfare State Models in Comparative Research. Do the Models Describe the Reality? In: Greve, Bent (Hg.): Comparative Welfare Systems: the Scandinavian model in a period of change. Macmillan Press Ltd, Hampshire and London, 13-28.
- Bolkovac, Martin (2011): Sozialpolitik im internationalen Vergleich. Skriptum für die Verwendung im Rahmen der Bildungsarbeit des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, der Gewerkschaften und der Kammern für Arbeiter und Angestellte. VÖGB, Wien.
http://www.voegb.at/servlet/ContentServer?pagename=S08/Page/Index&n=S08_2.7.4,
 Zuletzt geprüft am: 11. Oktober 2011.
- Bonoli, Giuliano (1997): Classifying Welfare States: A Two-Dimension Approach. In: Journal of Social Policy 26, 3, 351-372.
- Bornschiefer, Volker (2010): Sozioökonomische Ungleichheit im Weltsystem: Entwicklung, Einflussfaktoren und Folgen. In: Budowsky, Monica / Nollert, Michael (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Seismo Verlag, Zürich, 129-150.
- Bornschiefer, Volker (2002): Changing Income Inequality in the Second Half of the 20th Century: Preliminary Findings and Propositions for Explanations. In: Journal of World-Systems Research, VIII, I, Winter 2002, 100-127.
- Bradley, David et al. (2003): Distribution and Redistribution in Postindustrial Democracies. In: World Politics 55, 2, 193-228.
- Brady, David (2004): The Welfare State and Relative Poverty in Rich Western Democracies, 1967-1997. In: The University of North Carolina Press: Social Forces, 83, 4, 1329-1364.
- Brandolini, Andrea / Smeeding, Timothy M. (2010): Income Inequality in Richer and OECD Countries. In Salverda, Wiemer et al. (Hg.): The Oxford Handbook of Economic Inequality. Oxford, New York, 71-100.
- Briggs, Asa (1961): The Welfare State in Historical Perspective. In: Alcock, Peter / Powell, Martin (2011): Welfare Theory and Development. Sage Publications Ltd., Birmingham. Pp. 9-36.
http://www.sagepub.com/upm-data/36570_Alcock_&_Powell~Vol_1_Ch_01.pdf, zuletzt geprüft am: 17. November 2011.
- Calderón, César et al. (2004): Labor Market Regulations and Income Inequality: Evidence for a Panel of Countries. Inter-American Development Bank, Washington, DC.
- Cameron, Lisa et al. (2010): Kuznets curve. In: Blaug, Mark (Hg.): Famous Figures and Diagrams in Economics. Edward Elgar Publishing, Cheltenham, 439-446.
- Caminada, Koen / Goudswaard, Kees (2004): Are Public and Private Social Expenditures Complementary? In: Department of Economics Research Memorandum 2004.01, 1-19.
http://mpira.ub.uni-muenchen.de/20179/1/KC_46.pdf. Zuletzt geprüft am: 17. Oktober 2011.
- Clasen, Jochen / Viebrock, Elke (2006): Das Genter System der Arbeitslosenversicherung – immer noch gewerkschaftliches Rekrutierungsinstrument oder sozialpolitisches Auslaufmodell? In: Zeitschrift für Sozialreform 52, 3, 351-371.
- Cousins, Mel (2005): European Welfare States. Comparative Perspectives. Sage Publications, London.
- De Maio, Fernando G. (2006): Income Inequality Measures. In: Journal of Epidemiol Community Health 61, 849-852.

- De Okonomiske Rad (2011): Danish Economy Autumn 2011. <http://www.dors.dk/sw1596.asp>.
Zuletzt geprüft am: 01. Dezember 2011.
- Duden (2011): Duden Online. <http://www.duden.de>. Zuletzt geprüft am: 04. November 2011.
- Equality Trust (2009): Spirit Level Slides from the Equality Trust.
<http://www.equalitytrust.org.uk/resources/slides>. Zuletzt geprüft am: 06. Oktober 2011.
- Esping-Andersen, Gosta (2007): Equal opportunities and the welfare state. In: The American Sociological Association (Hg.): Contexts vol. 6, no. 3, The University of California Press, 23-27.
- Esping-Andersen, Gosta (1989): Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates. In: Lessenich, Stephan / Ostner, Ilona (1998): Welten des Wohlfahrtskapitalismus: Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive. Campus Verlag, Frankfurt / New York, 19-58.
- Esping-Andersen, Gosta / Myles, John (2008): The Welfare State and Redistribution.
<http://dcpis.upf.edu/~gosta-esping-andersen/articles.htm>. Zuletzt geprüft am: 03. Oktober 2011.
- Eurich, Johannes (2004): Gerechtigkeit, Ungleichheit und die Wahrnehmung individueller Rechte. In: Van Aaken, Anne / Grözinger, Gerd (Hg.): Ungleichheit und Umverteilung. Metropolis-Verlag, Marburg, 19-46.
- European Union (2011): Taxation Trends in the European Union. Data for the Member States, Iceland and Norway. Publication Office of the European Union, Luxembourg.
epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY.../KS-DU-09-001-EN.PDF. Zuletzt geprüft am: 11. Dezember 2011.
- Eurostat (2011): Harmonisierte Arbeitslosenquote - insgesamt.
<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&language=de&pcode=teilm020&tableSelection=1&plugin=1>. Zuletzt geprüft am: 12. Dezember 2011.
- Fahey, Tony (2010): The future of the welfare state: An overview. In: Social Justice Ireland (Hg.): The Future of the Welfare State, Dublin, 1-19.
- Ferrarini, Tommy (2003): Parental Leave Institutions in Eighteen Post-War Welfare States. Dissertation, Schockholms universitet.
- Ferrarini, Tommy (2006): Families, States and Labour Markets – Institutions, Causes and Consequences of Family Policy in Post-War Welfare States. Edward Elgar Publishing Limited, Cheltenham.
- Fink, Marcel (2005): Fallbeispiel Innenpolitik: Wohlfahrtsstaatliche Politik.
http://public.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/inst_staatswissenschaften/Fink/pdf_filena_me_FallbeispielWohlfahrtsstaatlichePolitik.pdf. Zuletzt geprüft am: 05. November 2011.
- Fosu, Augustin Kwasi (2010): Growth, Inequality and Poverty Reduction in Developing Countries: Recent Global Evidence. Background paper for the Global Development Outlook 2010 Shifting Wealth: Implications for Development.
<http://www.oecd.org/dataoecd/30/0/44773119.pdf>. Zuletzt geprüft am: 16. September 2011.
- Förster, Michael F. / Mira d'Ercole, Marco (2009): The OECD Approach to Measuring Income Distribution and Poverty: Strengths, Limits and Statistical Issues.
http://umdcipe.org/conferences/oecdumd/conf_papers/Papers/The%20OECD%20Approach%20to%20Measuring%20Income%20Distribution%20and%20Poverty.pdf. Zuletzt geprüft am: 28. Oktober 2011.

- Förster, Michael F. / Mira d'Ercole, Marco (2005): Income Distribution and Poverty in OECD Countries in the Second Half of the 1990s. OECD Social, Employment and Migration Working Papers. <http://www.oecd.org/dataoecd/48/9/34483698.pdf>. Zuletzt geprüft am: 16. Oktober 2011.
- Frank, Robert H. (2007): How rising inequality harms the middle class. University of California Press, Berkeley.
- Frevel, Bernhard (2008): Sozialpolitik kompakt. 2. Aktualisierte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.
- Goudswaard, Kees / Caminada, Koen (2009): The redistributive effect of public and private social programmes: A cross country empirical analysis. In: International Social Security Review 63, 1/2010.
- Green-Pedersen, Christoffer / Baggesen Klitgaard, Michael (2008): Im Spannungsfeld von wirtschaftlichen Sachzwängen und öffentlichem Konservatismus: Das dänische Wohlfahrtssystem. Deutsche Übersetzung von Julia Gieseler. In: Schubert, Klaus et al. (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 150-168.
- Guger, Alois (2006): Die Effektivität wohlfahrtsstaatlicher Distributionspolitiken – Trends im internationalen Vergleich. In: Held, Martin et al. (Hg.): Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik. Jahrbuch 5. Soziale Sicherung in Marktgesellschaften. Metropolis Verlag, Marburg, 221-244.
- Heinemann, Maik (2009): Einkommensverteilung, Umverteilung und endogenes Wachstum. In: Van Aaken, Anne / Grözinger, Gerd (Hg.): Ungleichheit und Umverteilung. Metropolis-Verlag, Marburg, 237-268.
- Hill, John et al. (2010): An anatomy of economic inequality in the UK: Report of the National Equity Panel. http://news.bbc.co.uk/2/shared/bsp/hi/pdfs/27_01_10_inequalityfull..pdf. Zuletzt geprüft am: 20. November 2011.
- ILO (2008): World of Work Report 2008. Income Inequalities in the Age of Financial Globalization. <http://www.ilo.org/public/english/bureau/inst/download/world08.pdf>. Zuletzt geprüft am: 14. Dezember 2011.
- Jenkins, Stephen P. / van Kerm, Philippe (2009): The Measurement of Economic Inequality. In: Salverda, Wiemer et al. (Hg.): The Oxford Handbook of Economic Inequality. Oxford, New York, 41-67.
- Jütting, Johannes (2009): Inequality: Why should we care and what can we do about it? OECD Development Centre. <http://www.oecd.org/dataoecd/35/13/44282291.pdf>. Zuletzt geprüft am: 25. September 2011.
- Katz, Lawrence F. (1994): Active labor market policies to expand employment and opportunity. In: Reducing unemployment: current issues and options. A symposium sponsored by the Federal Reserve Bank of Kansas City, Jackson Hole, WY.
- Kenworthy, Lane / Pontusson, Jonas (2005): Rising Inequality and the Politics of Redistribution in Affluent Countries. In: Perspectives on Politics, 3, 449-471.
- Kim, Hwanjoon (2002): Anti-poverty effectiveness of taxes and income transfers in welfare states. In: International Social Security Review, 53, 105-129.
- Koeniger, Winfried et al. (2004): Labour Market Institutions and Wage Inequality. Discussion Paper No. 1291, September 2004, Forschungsinstitut für Zukunft und Arbeit, Bonn.
- Kohl, Jürgen (1999): Leistungsprofil wohlfahrtsstaatlicher Regimetypen. In: Noll, Heinz-Herbert (Hg.): Sozialberichterstattung und Sozialstaatsbeobachtung: Individuelle Wohlfahrt und

wohlfahrtsstaatliche Institutionen im Spiegel empirischer Analysen. Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main.

- Korpi, Walter / Palme, Joakim (1998): The Paradox of Redistribution and Strategies of Equality: Welfare State Institutions, Inequality and Poverty in the western countries. In: American Sociological Review vol. 63, no. 5, 661-687.
- Kosta, Josifidis / Supic, Novica / Beker, Emilija (2009): Income Inequalities and the (In)Efficiency of the European Welfare Regimes. <http://www.wbiconpro.com/1%5B1%5D.-Josifidies.pdf>. Zuletzt geprüft am: 04. Oktober 2011.
- Krol, Alicja / Miedema, Judy Maan (2009): Measuring Income Inequality: an Exploratory Review. In: Health Determinants, Planning and Evaluation Division. Region of Waterloo – Public Health. <http://chd.region.waterloo.on.ca/en/researchResourcesPublications/resources/IncomeInequality.pdf>. Zuletzt geprüft am: 30. Oktober 2011.
- Kuznets, Simon (1955): Economic Growth and Income Inequality. In: The American Economic Review 45, 1-28.
- Lamping, Wolfram. (2008): Auf dem Weg zu einem postnationalen Sozialstaat? Die Sozialpolitik der Europäischen Union. In: Schubert, Klaus et al. (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 595-620.
- Leibfried, Stephan (1992): Towards a European Welfare State? On Integrating Poverty Regimes into the European Community. In: Ferge, Zsuzsa / Kolberg, Jon Eivind (Hg.): Social Policy in a Changing Europe. Campus Verlag, Frankfurt am Main, 245-280.
- Lenski, Gerhard E. (1966): Power and Privilege: a theory of social stratification. University of North Carolina Press, McGraw Hill, 1966, New York.
- Löckener, Elisabeth (2009): Ein Tisch ist ein Tisch. Human- und Sozialkapital, Ungleichheit und Umverteilung. In: Van Aaken, Anne / Grözinger, Gerd (Hg.): Ungleichheit und Umverteilung. Metropolis-Verlag, Marburg, 139-164.
- Lundberg, Olle et al. (2008): The role of welfare state principles and generosity in social policy programmes for public health: an international comparative study. In: The Lancet, vol. 372, iss. 9650, 1633-1640.
- Mahler, Vincent A. / Jesuit, David K. (2006): Fiscal redistribution in the Developed countries: new insights from the Luxembourg Income Study. In: Socio-Economic Review 4, 483-511.
- MISSOC (2011): Social protection Systems – MISSOC. http://ec.europa.eu/employment_social/missoc/db/public/compareTables.do?lang=en. Zuletzt geprüft am: 10.12.2011.
- Mitchell, Deborah et al. (2004): Targeting Welfare. In: The Economic Record 70, 210, 315-340.
- Mitton, Lavinia (2008): Vermarktlichung zwischen Thatcher und New Labour: Das britische Wohlfahrtssystem. Deutsche Übersetzung von Sonja Blum und Hendrik Meyer. In: Schubert, Klaus et al. (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 263-284.
- Moene, Karl Ove / Wallerstein, Michael (2003): Income Inequality and Welfare Spending: A disaggregated Analysis. Memorandum no. 18/2003. University of Oslo, Department of Economics.
- Nelson, Kenneth (2003): Fighting Poverty. Comparative Studies on Social Insurance, Means-Tested Benefits and Income Redistribution. In: Dissertation am Department of Sociology, Stockholm University, Stockholm.

- Niehues, Judith (2010): Social Spending Generosity and Income Inequality: A Dynamic Panel Approach. Discussion Paper No. 5178, September 2010, Forschungsinstitut für Zukunft und Arbeit, Bonn.
- OECD (2011a): Divided We Stand. Why Inequality Keeps Rising. OECD Publishing.
<http://dx.doi.org/10.1787/9789264119536-en>. Zuletzt geprüft am: 06. Dezember 2011.
- OECD (2011b): Benefits and Wages. Net Replacement Rates for six family types: long-term unemployment.
http://www.oecd.org/document/3/0,3746,en_2649_34637_39617987_1_1_1_1,00.html.
 Zuletzt geprüft am 17. Dezember 2011.
- OECD (2010): OECD Factbook 2010: Economic, Environmental and Social Statistics. Social Expenditure. <http://www.oecd-ilibrary.org/sites/factbook-2010-en/10/02/01/index.html?contentType=&itemId=/content/chapter/factbook-2010-75-en&containerItemId=/content/serial/18147364&accessItemIds=&mimeType=text/html>.
 Zuletzt geprüft am: 14. November 2011.
- OECD Statistics (2011a): Social and Welfare Statistics – Social Protection – ELS Pensions.
<http://stats.oecd.org/Index.aspx>. Zuletzt geprüft am: 02. Dezember 2011.
- OECD Statistics (2011b): Labour – Trade Union – Trade union density.
<http://stats.oecd.org/Index.aspx>. Zuletzt geprüft am: 02. Dezember 2011.
- OECD Statistics (2011c): Social and Welfare Statistics – Social Protection – Income Distribution – Inequality – Income Distribution – Inequality – Country Tables.
<http://stats.oecd.org/Index.aspx>. Zuletzt geprüft am: 02. Dezember 2011.
- OECD Statistics (2011d): Social and Welfare Statistics – Social Protection – Social Expenditure – Aggregated Data – Public and Private Social Expenditure by Country.
<http://stats.oecd.org/Index.aspx>. Zuletzt geprüft am: 02. Dezember 2011.
- Oswald, Andrew J. / Blanchflower, David G. (2004): Well-being over time in Britain and the USA. In: *Journal of Public Economics*, Volume 88, Issue 7-8, July 2004, pp. 1359-1386.
- Palme, Joakim (2006): Wohlfahrtsstaaten und Ungleichheit: Institutionelle Designs und Umverteilungswirkungen. In: Budowsky, Monica / Nollert, Michael (Hg) (2010): *Soziale Ungleichheiten*. Seismo Verlag, Zürich, 163-196.
- Ploug, Niels (2008): Social and Health Policy. Ministry of Foreign Affairs of Denmark.
<http://www.ambtallinn.um.dk/en/menu/AboutDenmark/Political+System/SocialAndHealthPolicy/>. Zuletzt geprüft am: 19. November 2011.
- Prasad, Naren (2008): Policies for Redistribution: The use of taxes and social transfers. Discussion Paper Series by the International Institute for Labour Studies. Policies for Redistribution: The use of taxes and social transfers. Zuletzt geprüft am: 15. Dezember 2011.
- Prasad, Monica / Deng, Yingying (2009): Taxation and the Worlds of Welfare. Luxembourg Income Study Working Paper Series. Working Paper No. 480.
<http://www.lisproject.org/publications/liswps/480.pdf>. Zuletzt geprüft am: 17. Dezember 2011.
- Rieger, Elmar (1998): Soziologische Theorie und Sozialpolitik im entwickelten Wohlfahrtsstaat. In: Lessenich, Stephan / Ostner, Ilona (Hg.): *Welten des Wohlfahrtskapitalismus: Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*. Campus Verlag, Frankfurt / New York, 59-90.
- Ritter, Gerhard A. (2010): *Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*. R. Oldenburg Verlag, München.

- Roemer, John E. (2009): Prospects for achieving equality in market economies. In: Salverda, Wiemer et al. (Hg.): The Oxford Handbook of Economic Inequality. Oxford, New York, 693-708.
- Rueda, David / Pontusson, Jonas (2000): Wage Inequality in Varieties of Capitalism. In: World Politics 52, 3, 350-383.
- Schmid, Josef (2010): Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Schmidt, Manfred G. et al. (2007): Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Schubert, Klaus et al. (2008): Europäische Wohlfahrtssysteme. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Schröder, Christin (2004): Familienpolitik und Familienentwicklung in Italien – unter besonderer Berücksichtigung der Entscheidungsmöglichkeiten und Entscheidungskonsequenzen für Frauen. Magisterarbeit, Universität Rostock.
- SOCX (2011): OECD Stats. Social Expenditure – Aggregated Data. <http://stats.oecd.org/Index.aspx> . Zuletzt geprüft am: 01. Dezember 2011.
- Sorensen, Annemette (2005): Welfare states, family inequality, and equality of opportunity. In: Research in Social Stratification and Mobility 24, 367-375.
- The Economist (2009): Delayed explosion. Print Edition 13.11.2009. http://www.economist.com/node/14742556?story_id=14742556. Zuletzt geprüft am: 11. Oktober 2011.
- Titmuss, Richard M. (1974): What is Social Policy. In: Leibfried Stephand / Mau, Steffan (2008): Welfare States: Construction, Deconstruction, Reconstruction, Volume I, Edward Elgar Publishing, Cheltenham, 138-147.
- UNDP (2010): Human Development Report 2010. The Real Wealth of Nations: Pathways to Human Development. http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2010_EN_Complete_reprint.pdf. Zuletzt geprüft am: 21. September 2011.
- Van Aaken, Anne / Grözinger, Gerd (2004): Ungleichheit und Umverteilung. Metropolis-Verlag, Marburg.
- Vanhoudt, Patrick (1997): Do Labor Market Policies and Economic Growth Matter for Income Inequality in OECD Countries? Some Empirical Evidence. Staff Papers, Vol. 44, No. 3, International Monetary Fund.
- Visser, Jelle (2011): Data Base on Institutional Characteristics of Trade Unions, Wage Setting, State Intervention and Social Pacts, 1960-2010 (ICTWSS). Amsterdam Institute for Advanced Labour Studies AIAS. University of Amsterdam. Version 3.0, May 2011. http://www.uva-aias.net/uploaded_files/regular/ICTWSScodebook30%282%29.pdf und http://www.uva-aias.net/uploaded_files/regular/ICTWSS_Database_30.xls. Zuletzt geprüft am: 19. Dezember 2011.
- Voitchovsky, Sarah (2009): Inequality and Economic Growth. In: Salverda, Wiemer et al. (Hg.): The Oxford Handbook of Economic Inequality. Oxford, New York, 549-574.
- Voitchovsky, Sarah (2005): Does the Profile of Income Inequality Matter for Economic Growth? In: Journal of Economic Growth, 10, 273-296.
- Wallerstein, Michael (1999): Wage-Setting Institutions and Pay Inequality in Advanced Industrial Societies. In: American Journal of Political Science 43, 3, 649-680.

- Weikard, Hans-Peter (2006): Knappheit und minimale Rechte der Grundsicherung. In: Held, Martin et al. (2006): Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik. Jahrbuch 5. Soziale Sicherung in Marktgesellschaften. Metropolis Verlag, Marburg, 119-139.
- Wenchao, Jin et al. (2011): Poverty and Inequality in the UK: 2011. IFS Commentary C118. Joseph Rowntree Foundation. The Institute for Fiscal Studies.
<http://www.ifs.org.uk/comms/comm118.pdf>. Zuletzt geprüft am: 01. Dezember 2011.
- Wilensky, Harold L. (1975): The Welfare State and Equality. Structural and ideological roots of public expenditures. University of California Press, London, Berkeley, Los Angeles.
- Wilkinson, Richard / Pickett, Kate (2009): The Spirit Level. Why More Equal Societies Almost Always Do Better. Penguin Books, London. Deutsche Erstausgabe übersetzt von Peinelt, Edgar / Binder, Klaus (2010): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Tolkemitt Verlag, Berlin
- Wörterbuch der Sozialpolitik (2011): Etatismus. <http://www.socialinfo.ch/cgi-bin/dicopossode/show.cfm?id=173>. Zuletzt geprüft am: 2. November 2011.

9. ANHANG

Anhang I: Überblick wohlfahrtsstaatlicher Handlungsbereiche in Dänemark³⁰⁰

DÄNE-MARK	Dekommodifizierung Leistungshöhe, Bezugsdauer, Deckungsrate (=Anspruchsvoraussetzungen)	Residualismus Kombination pauschale und einkommensabhängige Leistungen	Finanzierungsform Beitragssteuerfinanziert oder	Zusätzliches (Bürgerrente und Doppelverdienermodell)
Arbeit	<p>Arbeitslosenunterstützung: Leistungshöhe: 90% des Durchschnittslohnes der letzten 12 Wochen vor Eintritt der Arbeitslosigkeit, Maximal € 513/Woche</p> <p>Bezugsdauer: 2 Jahre innerhalb einer 2-Jahres-Periode, bis zu einem Alter von höchstens 66 Jahren, freiwilliges Frühpensionssystem zw. 60-65 Jahren</p> <p>Deckungsrate: 52 Wochen Beschäftigung innerhalb der letzten 3 Jahre vor unfreiwilliger Arbeitslosigkeit, Mindestversicherungsdauer 1 Jahr, Aktive Arbeitssuche</p>	einkommensabhängig	beitragsfinanziert	
Alter	<p>Volkspension: Leistungshöhe: 90% für Durchschnittseinkommen, € 8.932 voller Grundbetrag für 40 Jahre Wohnsitz in Dänemark, Mindestrente: € 224/Jahr</p> <p>Bezugsdauer: -</p> <p>Deckungsrate: dänische Staatsbürgerschaft, 3 Jahre Wohnsitz mindestens oder 10 Jahre Aufenthalt + 5 Jahre mindestens vor Pensionsantritt</p>	<p>Volkspension: Pauschale + einkommensabhängige Komponente = Bürgerrente</p>	<p>Volkspension: steuerfinanziert (3,5%)</p>	
	<p>ATP-Zusatzrente: Leistungshöhe: von Dauer der Mitgliedschaft bzw. Beitragszahlungsleistung abhängig, € 3.325/Jahr falls immer Vollzeit gearbeitet wurde</p> <p>Bezugsdauer: -</p> <p>Deckungsrate: Pflichtversicherung bei Mindestarbeitszeit v. 9h/Woche</p>	<p>ATP-Zusatzrente: arbeitszeitbezogen, einkommensunabhängig</p>	<p>ATP-Zusatzrente: Beitragsfinanziert 1/3 Arbeitnehmer, 2/3 Arbeitgeber (€33/Monat für Vollbeschäftigung) – 4 Beitragssätze von Art der Arbeit abhängig</p>	
	<p>Berufsrenten: Leistungshöhe: Höhe tarifvertraglich geregelt</p> <p>Bezugsdauer: -</p> <p>Deckungsrate: Partizipation an betrieblichem Rentenprogramm</p>	<p>Berufsrenten: branchenabhängig</p>	<p>Berufsrenten: Beitragsfinanziert 1/3 Arbeitnehmer, 2/3 Arbeitgeber</p>	
	<p>Private Altersvorsorge: Leistungshöhe: -</p> <p>Bezugsdauer: -</p> <p>Deckungsrate: -</p>	<p>Private Altersvorsorge: einkommensabhängig</p>	<p>Private Altersvorsorge: Privat finanziert, 90% der Arbeitnehmer nehmen an privater Altersvorsorge teil</p>	

³⁰⁰ vgl. MISSOC (2011), Schmid (2010).

Eltern- schaft / Familie	Mutterschaftsgeld: Leistungshöhe: von der Höhe des Stundenlohns der Mutter abhängig, höchstens € 413/Woche Bezugsdauer: höchstens 4 Wochen vor und 14 Wochen nach Geburt; Vaterschaft: 2 Wochen Leistungen innerhalb der 14 Wochen nach Geburt des Kindes Deckungsrate: Voraussetzung Arbeitstätigkeit oder Anspruch auf Arbeitslosenversicherung	Mutterschaftsgeld: Einkommensabhängig, höchstens € 460/Woche	Mutterschaftsgeld: steuerfinanziert	Doppelverdienermodell wird verfolgt, Aufteilung des Elternurlaues im Ausmaß von 52 Wochen zwischen Vater und Mutter vorgesehen
	Kindergeld: (child benefit) Leistungshöhe: Alter des Kindes ausschlaggebend, € 569/Quartal = Höchstbetrag, € 118/Monat = Mindestbetrag Bezugsdauer: bis 18 Jahre Deckungsrate: ab dem 1. Kind	Kindergeld: einkommens-unabhängig, altersabhängig zw. 823 DKK und 1.157 DKK	Kindergeld: steuerfinanziert	Hohe Deckungsrate des Kinderbetreuungssystems (87%) – höchstens 33% der Kosten privat zu tragen
Gesund- heit	Gesundheitssystem (Ärzte und Krankenhäuser): Leistungshöhe: Kategorie 1 volle Kostenübernahme, Kategorie 2 Kostendifferenzbetrag zu Vertragsärzten und zahnärztliche Leistungen Bezugsdauer: - Deckungsrate: universell	Gesundheitssystem: pauschal (v.a. Kategorie 1)	Gesundheitssystem: Steuerfinanziert	
	Krankengeld: Leistungshöhe: Höchstgrenze bei EUR 513/Woche, kollektivvertraglich geregelt, Fortzahlung d. Arbeitsentgelts Bezugsdauer: höchstens 52 Wochen über 18 Monate Deckungsrate: Beschäftigungszeit als Voraussetzung von 120h in den 13 Wochen vor Krankheitsfall	Krankengeld: einkommens- und beschäftigungsabhängig,	Krankengeld: Arbeitgeber finanziert die ersten 21 Tage, danach steuerfinanziert	
Mindest- einkom- men	Social assistance, starting allowance: Leistungshöhe: 80% (€ 1.789) für Personen mit Kindern, 60 % (€ 1.376) für kinderlose Personen von den Höchstbeträgen des Arbeitslosengeldes Bezugsdauer: universell, Teilnahme an aktivierenden Arbeitsmarkt-Maßnahmen Deckungsrate: universell	Einkommensabhängig	steuerfinanziert	

Anhang II: Öffentliche und Private Sozialausgaben nach Bereichen Dänemark 1990-2007 in Prozent des BIP³⁰¹

Finanzierung	Bereich	Indikator	DÄNEMARK								
			1990	1991	1995	2000	2005	2006	2007	2008	
Öffentlich	Alter	Old-age Pensions	4,6	4,1	4,4	5,4	4,6	5,1	5,2	5,3	
	Gesundheit	benefits total	5,5	5,1	4,7	4,6	5,1	6,1	6,2	6,5	
		(benefits in kind)									
	Familie	Cash-benefits	1,1	0,9	1,4	1,8	1,5	1,6	1,5	1,5	
		In-Kind benefits	1,7	1,7	1,8	2,0	1,8	1,8	1,9	1,8	
	Arbeit	Active Labour Market Programs	Active Labour Market Programs	0,7	1,9	1,9	1,6	1,5	1,3
			Total Cash benefits	0,7	1,9	1,9	1,6	1,5	1,3
		Active labour market programmes - Unemployment compensation / severance pay	3,8	3,0	3,0	3,0	1,4	1,3	1,0	0,7	
		Active labour market programmes - Early retirement for labour market reasons	1,0	1,2	1,2	1,5	1,7	1,5	1,3	1,2	
		Mindesteinkommen	Income Maintenance	..	0,8	0,8	1,0	0,7	0,7	0,6	0,5
	Mandatory Private	Gesundheit	Incapacity Related - Paid sick leave DK / Incapacity Related - Pensions (occupational injury and disease) UK	0,5	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2
Unemployment			Active labour market programmes - Unemployment compensation / severance pay								
Old Age		Old Age Total Cash Benefits - Pension									
Total		Total	0,5	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2	
Voluntary Private	Alter	Total	1,3	1,3	1,5	1,8	2,0	2,3	2,1	2,2	
	Gesundheit	Total	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	
	Total (incl. others)	Total	1,4	1,3	1,6	1,9	2,1	2,4	2,3	2,3	

Anhang III: Werte der Gini-Koeffizienten Dänemarks³⁰²

DÄNEMARK		Indikator	Mitte 1980er	1990	Mitte 1990er	2000	Mitte 2000er	Späte 2000er
Gini Koeffizient (NACH Steuern und Transfers)		Total population	0,22	0,23	0,22	0,23	0,23	0,25
		Working age population: 18 - 65	0,21	0,22	0,21	0,22	0,23	0,24
		Retirement age population: above 65	0,20	0,20	0,19	0,20	0,20	0,22
Gini Koeffizient (VOR Steuern und Transfers)		Total population	0,37	0,40	0,42	0,42	0,42	0,42
		Working age population: 18 - 65	0,32	0,35	0,37	0,37	0,37	0,37
		Retirement age population: above 65	0,70	0,71	0,71	0,70	0,68	0,67

³⁰¹ vgl. OECD (2010)

³⁰² vgl. OECD (2010)

Anhang IV: Überblick wohlfahrtsstaatlicher Handlungsbereiche in Großbritannien³⁰³

GROSS-BRITANNIEN	Dekommodifizierung Leistungshöhe, Bezugsdauer, Deckungsrate (=Anspruchsvoraussetzungen)	Residualismus Kombination pauschale und einkommensabhängige Leistungen	Finanzierungsform Beitrags- oder steuerfinanziert	Zusätzliches (Bürgerrente und Doppelverdienermodell)
Arbeit	Arbeitslosenunterstützung: Contribution-based JSA Leistungshöhe: keine festgelegte Ersatzquote des Durchschnittslohnes, mind. 25 Jahre: € 75/Woche, 18-24 Jahre: € 59/Woche Bezugsdauer: 182 Tage Deckungsrate: unfreiwillig von Arbeitslosigkeit Betroffene, keine Tätigkeit im Ausmaß von mehr als 16h pro Woche, aktive Arbeitsmarktsuche	pauschal	beitragsfinanziert	
	Income-based JSA – Social assistance scheme Leistungshöhe: minimal, bedarfsabhängig, Grundbetrag f. Singles = Betrag wie Arbeitslosenunterstützung (siehe oben) Bezugsdauer: -Unlimitiert Deckungsrate: Anspruchsvoraussetzungen wie oben, tritt nach Ablauf d. 182 Tage in Kraft oder bei zu geringer Beitragshöhe	einkommensabhängig	steuerfinanziert	
	Lohnsubventionen: Working Tax Credit	einkommensabhängig	steuerfinanziert	
Alter	Grundrente: Leistungshöhe: - Pauschalrente: € 113/Woche Bezugsdauer: - Deckungsrate: Beitragszahlung von mind. 10 Jahren , voller Grundbetrag für 44 (m.) bzw. 39 (w.) Jahre Beitragszahlungen	Pauschal	beitragsfinanziert	
	Zusatzrente: (altes System SERPS) = State Second Pension Leistungshöhe: - Höchstbetrag ca. 170 EUR /Woche Bezugsdauer: - Deckungsrate: neben Grundrente keine anderen Einkommensquellen vorhanden	einkommensabhängig (3 Berechnungssätze)	steuerfinanziert	
	Betriebliche Pensionsversicherungsprogramme: Leistungshöhe: Höhe ist beitragsabhängig Bezugsdauer: - Deckungsrate: Partizipation an betrieblichem Rentenprogramm	branchenabhängig	beitragsfinanziert	
	Private Altersvorsorge („Stakeholder Pensionen“)	einkommensabhängig	Privat finanziert	
Elternschaft	Mutterschaftsgeld: Leistungshöhe: von der Höhe des Stundenlohns der Mutter abhängig, 90% Verdienstersatz in den ersten 6 Wochen nach Geburt, danach Reduktion, € 142/Woche Maximum Bezugsdauer: 39 Wochen Deckungsrate: Voraussetzung Mindest-Arbeitstätigkeit und -verdienst	Einkommensabhängig bzw. pauschal nach 6 Wochen	beitragsfinanziert	Alleinverdienermodell wird verfolgt

³⁰³ vgl. MISSOC (2011), Schmid (2010)

	<p>Kindergeld: child benefit Leistungshöhe: nur im Falle von Sozialversicherung, ältestes Kind = € 97, jedes andere € 64 Bezugsdauer: bis 16 Jahre bzw. 20 Jahre bei Ausbildung Deckungsrate: ab dem 1. Kind</p>	pauschal	steuerfinanziert
Gesundheit	<p>Gesundheitssystem (Ärzte und Krankenhäuser): Leistungshöhe: volle Kostenübernahme (Ausnahme Zahnarzt) Bezugsdauer: - Deckungsrate: universell</p>	pauschal	Steuerfinanziert
	<p>Krankengeld: Leistungshöhe: € 90/Woche = statutory sick pay bezahlt durch den Arbeitgeber; Pflicht-Sozialversicherung für Arbeitnehmer = Short Term Incapacity Benefit: € 79 erste 28 Wochen, € 93 danach für maximal 52 Wochen; danach greift Long Term Incapacity Benefit Bezugsdauer: - Deckungsrate: Beschäftigungszeit als Voraussetzung von 120h in den 13 Wochen vor Krankheitsfall</p>	pauschal	Beitragsfinanziert (Versicherungs-Pflicht)
Mindesteinkommen	<p>Employment and Support Allowance: Leistungshöhe: Höhe von Alter und Familienstand abhängig Bezugsdauer: universell, Teilnahme an aktivierenden Arbeitsmarkt-Maßnahmen Deckungsrate: universell</p>	Einkommensabhängig	steuerfinanziert

Anhang V: Öffentliche und Private Sozialausgaben nach Bereichen Großbritannien 1980-2007 in Prozent des BIP³⁰⁴

Finanzierung	Bereich	Indikator	Großbritannien								
			1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	
Öffentlich	Alter	Old-age Pensions	3,7	4,0	4,0	4,1	4,0	4,1	4,1	4,2	
	Gesundheit	benefits total (benefits in kind)	4,9	4,9	4,9	5,6	5,5	6,7	6,8	6,8	
		Familie	Cash-benefits	2,3	2,3	1,9	2,3	2,7	3,2	3,2	3,2
	Arbeit		In-Kind benefits	0,5	0,4	0,4	0,5	0,9	1,0	1,0	1,1
			Active Labour Market Programs	0,5	0,7	0,6	0,4	0,2	0,4	0,3	0,3
			Total Cash benefits	0,5	0,7	0,6	0,4	0,2	0,4	0,3	0,3
			Active labour market programmes - Unemployment compensation / severance pay	1,1	2,0	0,7	0,9	0,3	0,3	0,2	0,2
			Active labour market programmes - Early retirement for labour market reasons	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
		Mindesteinkommen	Income Maintenance	0,6	0,9
	Mandatory Private	Gesundheit	Incapacity Related - Paid sick leave DK / Incapacity Related - Pensions (occupational injury and disease) UK	0,2	0,2	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Unemployment			Active labour market programmes - Unemployment compensation / severance pay	0,1	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Old Age		Old Age Total Cash Benefits - Pension	..	0,0	0,1	0,2	0,4	0,5	0,6	0,6	
Total		Total	0,2	0,2	0,3	0,6	0,7	0,8	0,8	0,8	
Voluntary Private	Alter	Total	2,2	3,1	3,7	4,5	5,3	4,1	4,2	3,9	
	Gesundheit	Total	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	
	Total (incl. others)	Total	3,3	4,4	4,7	6,1	6,8	5,3	5,3	5,0	

Anhang VI: Werte der Gini-Koeffizienten Großbritanniens³⁰⁵

GROSSBRITANNIEN	Indikator	Mitte 1980er	1990	Mitte 1990er	2000	Mitte 2000er	Späte 2000er
Gini Koeffizient (NACH Steuern und Transfers)	Total population	0,31	0,35	0,34	0,35	0,33	0,35
	Working age population: 18 - 65	0,31	0,35	0,33	0,35	0,33	0,35
	Retirement age population: above 65	0,26	0,31	0,28	0,28	0,27	0,28
Gini Koeffizient (VOR Steuern und Transfers)	Total population	0,42	0,44	0,45	0,46	0,45	0,46
	Working age population: 18 - 65	0,41	0,43	0,45	0,46	0,45	0,46
	Retirement age population: above 65	0,71	0,69	0,66	0,65	0,64	0,63

³⁰⁴ vgl. OECD (2010)

³⁰⁵ vgl. OECD (2010)

Anhang VII: Die Autorin

Persönliche Daten

Name	Mag. Daniela Widhalm
Wohnort	1090 Wien, Österreich
Nationalität	Österreich
Geboren am	16.10.1985 in Horn, Österreich
E-Mail	daniela.widhalm@gmx.at

Akademische Ausbildung

Seit 10/2006	Diplomstudium der Politikwissenschaft an der Universität Wien, Spezialisierungen: Internationale Politik, Internationale Entwicklung, Politische Ökonomie
10/2005 – 01/2011	Diplomstudium der Internationalen Betriebswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien, Spezialisierungen: Außenhandel, Internationale Finanzierung
07/2007 – 11/2007	Auslandssemester an der University of Western Australia, Perth

10. ABSTRACT

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit der zunehmenden Ungleichverteilung der Einkommen in entwickelten Volkswirtschaften, die sich aufgrund der begrenzten Wirkung von Wirtschaftswachstum zum Ausgleich dieser Ungleichheiten ausdrückt. Ausgangspunkt bildet die Vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung und die darunter fallende Theorie nach Esping-Andersen (1989). Seine verwendeten Kategorien zur Bildung der „Drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ dienen der Autorin als Anhaltspunkt, um jeweils Hypothesen in Zusammenhang mit der ungleichheitsreduzierenden Wirkung von Wohlfahrtsstaaten bilden zu können. Eine Sammlung vorwiegend quantitativer Studien über die Effekte wohlfahrtsstaatlicher Handlungsfelder und der Ungleichheitsreduzierung dient als Grundlage zur Bestätigung oder Widerlegung der jeweiligen Hypothesen. Die Anwendung der durch die recherchierten Studien bestätigten Zusammenhänge wird auf den Ländervergleich übertragen, wodurch zum Ausdruck kommt, dass verschiedene Ausgabenniveaus und Ausprägungen der wohlfahrtsstaatlichen Handlungsfelder einen Erklärungsfaktor für die unterschiedlich hoch ausfallende Ungleichverteilung der Einkommen zwischen Dänemark und Großbritannien darstellen können. Die bestätigten Hypothesen können somit als Ausgangspunkt für Politikempfehlungen Anwendung finden.

For this thesis the rising trend in income inequality in richer economies in connection with socio-economic conflicts and the limits of economic growth to balance out the negative consequences of inequalities served as the research interest. For the theoretical perspective of this thesis Comparative Welfare State Research with Esping-Andersen's (1989) categories is applied. The use of Esping-Andersen's categories by which he grouped the "Three Worlds of Welfare Capitalism" allows the formulation of several hypotheses concerning the correlation between income inequality reduction and welfare states' political actions. A selection of mainly quantitative comparative studies is used to confirm or condemn the hypotheses. The confirmed hypotheses are then applied to Great Britain and Denmark in order to evaluate differences in the level of and characteristics of social expenses between the two countries. As all confirmed hypotheses can be applied to the

country examples it can be argued that welfare states, with a strong focus on social expenses and specific characteristics, are able to have a positive effect on income distribution. This argument can be seen as a starting point for political recommendations against welfare state retrenchment.